



www.free21-magazin.de

DIGITALE IDENTITÄT...

„... sie zu knechten, sie alle
zu finden, ins Dunkel zu treiben
und ewig zu binden.“

J.R.R. Tolkien, Ringgedicht, Herr der Ringe

Unsichtbare digitale Ketten ab S. 4

+++ Palantir mit faschistischer Zukunftsvision +++ Digitaler Kolonialismus bringt neue Logik

der Unterentwicklung +++ WHO und WEF: Digitalisierung zur sozialen Kontrolle +++ Techno-

kratie: Scheideweg der Menschheit? +++ Der Westen: Grauensvolle Bilanz bei Menschenrechten +++



Impressum

Free21 Magazin ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass die layouteten Seiten als PDF-Datei heruntergeladen und auf DIN A4-Papier ausgedruckt werden können.

Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne, Konzern-, Partei- oder Staatsinteressen agieren kann und dem Leser bei seiner Meinungsbildung eine wirkliche und ehrliche Hilfe ist.

Herausgeber:

Free21
Tobias Augenbraun
Gießener Straße 66
35415 Pohlheim
Ust-ID: DE459083339

Redaktion:

Tobias Augenbraun

ViSdPR:

Tobias Augenbraun
Gießener Straße 66
35415 Pohlheim

Kontakt

Telefon:

01578-5517855

E-Mail:

redaktion@free21-magazin.de

Web:

www.free21-magazin.de

Abo:

www.free21abo.de

Mail:

info@free21abo.de

Lizenzen: CC BY-NC-ND 4.0.

Alle Artikel auf free21-magazin.de können (sofern nicht anders angegeben) für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei genutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Bildrechte auf Seite 1
dieses Magazins: ©Shoof

GESCHICHTE & GESELLSCHAFT

4 Unsichtbare digitale Ketten

Regularien für die totale Überwachung der Gesellschaft in allen Lebensbereichen sind verabschiedet. Digitale Identitäten werden 2027 eingeführt. In Verbindung mit dem digitalen Euro, entsteht eine dystopische Überwachungswelt. *Von Tobias Augenbraun*

15 Menschheit am Scheideweg: Kurzeinführung in die Technokratie



Was ist eigentlich Technokratie? Politische Systeme werden durch technokratische ersetzt, die destruktiv sind und auf die gezielte Zerstörung der etablierten Ordnung setzen. Zeit sich damit zu beschäftigen. *Von Axel B.C. Krauss*

21 Das explizite Manifest des digitalen Faschismus

Alex Karp, der CEO von Palantir hat ein Buch geschrieben aus dem 22 Thesen von Palantir veröffentlicht wurden. Dieses Manifest ist zutiefst politisch und offenbart einen faschistischen Charakter. Die aggressive Verschmelzung des Monopolkapitals mit der nationalen politischen Macht. *Eine Analyse von Rezgar Akrawi*



28 „Digitale Versklavung“ ist eine subtile Waffe der sozialen Unterwerfung und globalen Kontrolle

Die Digitalisierung wird von WEF und Weltgesundheitsorganisation auch im Gesundheitsbereich verfolgt. Ein Programm zur digitalen Kontrolle und Versklavung der Menschen, *schreibt Peter Koenig*

31 Digitale Ausbeutung und die neue Logik der Unterentwicklung

Afrika war schon immer Ziel kolonialer Ausbeutung. Diese Ausbeutungslogik des Kapitalismus wurde nie beendet, sondern verlagert sich ins Digitale. Der digitale Kapitalismus soll die Unterentwicklung Afrikas als Herrschaftsinstrument zementieren. *Von Prince Ifoh*

34 Entkernen, Umfunktionieren und (feindlich) Übernehmen

Warum die heutige Bundesrepublik Deutschland (so gut wie) nichts mehr mit der ‚Bonner Republik‘ zu tun hat und nur noch Fassaden der alten Republik stehen. *Von Leo Ensel*



37 Die Bilanz des kollektiven Westens in Bezug auf Menschenrechte und Völkerrecht

Der Westen verteidigt nicht das Völkerrecht, sondern setzt Menschenrechte als aggressive geopolitische Waffe ein, um Interessen durchzusetzen. So werden die Grundsätze der UN und alle Friedensbemühungen untergraben. Die Bilanz ist verheerend. *Von Alfred de Zayas*

KRIEG UND FRIEDEN

47 (Un)Sicherheit neu denken

Die Militarisierung der europäischen Gesellschaften nimmt unvorstellbare Dimensionen an. Zeit um Sicherheit aus Perspektive der Menschen, statt Staaten, zu betrachten. *Ein Vorschlag von Alexandra Uibariu*



Schöne neue Überwachungs-Welt

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Ringgedicht aus J.R.R. Tolkiens Herr der Ringe auf dem Cover, ist die perfekte Beschreibung dessen, was uns erwartet, sobald digitale Identitäten für alle eingeführt werden. Dies ist leider keine allzu ferne Zukunft mehr. Die EU hat alles längst beschlossen und mit Übungen, Rechtsakten und Behördenaufbau, die Infrastruktur zur totalen Kontrolle des gläsernen Bürgers bereits aufgebaut. 2027 soll es beginnen.

Das Ringgedicht, Lieblingsgedicht von Palantir-Gründer Peter Thiel, beschreibt genau worum es geht: Unterwerfung und vollständige Kontrolle („sie alle zu knechten“). Erst werden alle Dissidenten, alle mit der falschen Meinung, aufgespürt („sie alle zu finden“). Dies geschieht quasi auf übernatürliche Weise, unsichtbar, mit Hilfe von KI und Palantir-Software zur Massendatenanalyse. Digitale Identitäten erleichtern das Ganze ungemein.

Die Menschen sollen „ins Dunkel“ getrieben werden, was die Auslöschung der Freiheit und Erinnerung symbolisiert (die Auslöschung des Lichtes selbst). Einmal im Dunkel angelangt, wird man „ewig“ gebunden. Das ist die Auslöschung des Geistes und des freien Willens auf alle Ewigkeit.

Klingt wie ein Fiebertraum größtenteils, ist aber worum es letztlich geht: Die totale Kontrolle über alle Menschen. Dies ist unabdingbar, will man weiter Krieg spielen.

Es sind nicht nur Verordnungen, die bereits beschlossen sind, sondern es geht auch um die Infrastruktur aus KI-Datencentern, Satellitennetzen, Mobilfunk und Polizeidatenbanken und wem diese Daten gehören. In Deutschland und der EU wird immer gerne von Souveränität geredet, während die besagte Infrastruktur und

Datenanalyse-Tools in den Händen einer techno-feudalen Oligarchen-Clique liegt.

Die EU baut also ein System, um uns „zu knechten“, wird dabei aber von den Feudalherren unserer Zeit aus den USA überwacht, die Zugriff auf alle Daten haben. Es wird schon von den United States of Palantir gesprochen.

Verbindet man digitale Identitäten mit digitalem Zentralbankgeld, dem digitalen Euro, und mit der 4. industriellen Revolution, die Technologien verschmelzen und die Grenzen zwischen digitaler, biologischer und physikalischer Sphäre verwischen soll, können wir der Total-Überwachung beim Wildwuchs zuschauen. Dies wird unsere Gesellschaft in ein Paradies für die Panoptikum-Wärter machen und den Menschen versklaven.

Das Best-of totalitärer Systeme. Das faschistische Manifest von Palantir-CEO Alex Karp macht deutlich wohin die Reise geht. Der autoritäre Hightech-Komplex übernimmt immer mehr hoheitliche Aufgaben und verschmilzt langsam mit der politischen Macht. Es überrascht also nicht, wenn Peter Thiel davon spricht, dass „Freiheit und Demokratie nicht mehr vereinbar sind“.

Denken wir Sicherheit neu. Freiheit stirbt mit immer mehr Sicherheit und somit auch die Demokratie. Sicherheit für Menschen bedeutet nicht Total-Überwachung, sondern müsste von den Menschen für Menschen gemeinsam ausgehandelt werden. Niemand will in irgendwelchen Kriegen sterben, für Interessen der Ein Prozent oder irgendwelcher selbsternannter Hüter der Freiheit. Dafür müssen diese Eliten tatsächlich ein totales Überwachungssystem schaffen, damit die normalen Menschen wie Du und Ich sich nicht dagegen auflehnen, was zur Folge hätte, vom normalen Leben ausgeschlossen zu werden.

Diese Angst vor UNS sollte Ansporn sein, den Mächtigen dieser Welt, öfter auf die Finger zu hauen und zu sagen: NEIN, nicht mit uns!

Ihr

*Tobias Augenbraun,
Chefredakteur Free21*



Lizenz: Tobias Augenbraun, Free21, CC BY-NC-ND 4.0



Gerd Altmann, Pixabay, Pixabay Content License

Unsichtbare digitale Ketten

Wie man eine Gesellschaft kriegstüchtig in einen totalitären Überwachungsstaat umwandelt.

Autor: Tobias Augenbraun

Tobias Augenbraun, sammelte bei Uni Bonn TV erste journalistische Erfahrungen. Er arbeitete nach einer Ausbildung zum Fahrdienstleister bei der Deutschen Bahn und ist seit 2019 bei Free21 und mittlerweile Chefredakteur.



Die USA haben einen Truppenabzug von 5.000 Mann aus Deutschland angekündigt. Dies ist ein kleiner Teil der insgesamt laut US-Verteidigungsministerium 36.436 Soldatinnen und Soldaten in Deutschland (Stand Dezember 2025). In Europa sind etwa 86.000 US-Soldaten stationiert. [1]

Boris Pistorius, der deutsche Kriegsminister, gab sich gelassen und sprach von einer absehbaren Entscheidung, die die Abschreckungsfähigkeit des Bündnisses in keiner Weise beeinflussen würde. Das Ziel sei es, so Pistorius, „dass wir als Europäer selbst in der Lage sind, diese Fähigkeitslücke zu schließen“. Der Abzug sei darauf zurückzuführen, dass die USA ihre „sicherheitspolitischen Interessen“ im Nahen Osten bündeln.

Dann machte Pistorius noch eine bemerkenswerte Aussage, die an die Habecksche Formulierung von der „dienenden Führungsrolle“ erinnerte:

„Wir müssen innerhalb der NATO europäischer werden, um transatlantisch bleiben zu können.“ [2], so Pistorius.

Mit solchen Formulierungen steht der Kriegsminister nicht allein. Diese Forderung wurde schon in einem angenommenen Antrag auf dem 38. CDU Parteitag (20./21. Februar 2026 in Stuttgart) formuliert. Der Antrag trägt den Titel: *Antrag M03: Transatlantisch bleiben, europäischer werden.*

Was das genau bedeuten soll, wird im Antrag wie folgt formuliert:

„Wir sind bedroht.“

Russland ist zurückgekehrt zu seiner über 500 Jahre praktizierten Politik territorialer Expansion, die es vom Moskauer Stadtstaat in das flächengrößte Land der Erde verwandelt hat. Russland ist eine Nuklearmacht und verfügt über eine integrierte und inzwischen kriegserprobte Armee von 1,5 Millionen Soldaten. Dazu kommen noch etwa 2 Mil-

lionen Reservisten. Seine Wirtschaft ist auf Kriegswirtschaft umgestellt. Hybride Kriegsführung gegen den Westen findet täglich statt. Mehrere westliche Geheimdienste haben gewarnt, dass ein russischer Angriff auf das Gebiet der Europäischen Union und der NATO bis zum Jahr 2030 erfolgen könnte. Deutschland befindet sich aktuell nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im Frieden. In diesem Befund waren sich die zu einer öffentlichen Anhörung am Montag, 13. Oktober 2025, vor dem Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) des Bundestages geladenen Spitzen der Nachrichtendienste des Bundes einig.

Die Vereinigten Staaten geben jetzt Asien und ihrem eigenen unmittelbaren Umfeld in der Westlichen Hemisphäre militärisch Priorität. Sie erwarten, dass die Europäer selbst die Hauptlast der konventionellen Verteidigung des Kontinents tragen.“ S. 60-61 [3]

Die USA wollen, dass Europa den Krieg mit Russland übernimmt, finanziell und militärisch, damit die USA sich auf China konzentrieren können.

Nicht ganz ohne Ironie ist der Punkt der seit 500 Jahren praktizierten territorialen Expansion Russlands, wenn man es mit einem weiteren CDU-Antrag, nur ein paar Seiten weiter, vergleicht: „Handlungsfähigkeit der EU stärken – auch als Voraussetzung für ihre Erweiterungs- und Aufnahmefähigkeit.“ (S.64) Die EU hält an ihrer Erweiterungsstrategie fest, wirft anderen aber vor expansionistisch zu sein. Soll heißen: europäischer Imperialismus gut, russischer böse.

Man ist sich also einig: Russland bekämpfen, aufrüsten und irgendwie transatlantisch bleiben. Transatlantisch bleiben ist für diese Politiker überlebensnotwendig und hat damit zu tun, dass die Abhängigkeit von den USA in allen Bereichen -selbstverschuldet- so enorm angewachsen ist, dass es kaum möglich ist, sich von den USA abzuwenden. Außerdem hängen die Karrieren deutscher Politiker am Rockzipfel transatlantischer Organisationen. Es ist viel von europäischer Souveränität zu hören, die de facto nicht existiert. Aber man tut gern so als ob man sie wieder erlangen wolle.

Der Historiker Leon Vermeulen schreibt dazu:

Kein ernstzunehmender Beobachter glaubt, dass Europa kritische Technologien, Verteidigungssysteme, Cloud-Infrastruktur und industrielle Produktion auf unbestimmte Zeit auslagern und gleichzeitig weiterhin geopolitische Autonomie für sich beanspruchen kann.“ [4]

Aufrüstung und die Folgen

„Die Europäische Union muss ihre Sicherheit und Interessen verteidigen können. Wer sich nicht verteidigen kann, ist nicht souverän.“ Wir befänden uns in der gefährlichsten Periode seit 1945, so das CDU-Papier [5]. Die Aufrüstung kommt deshalb als absolute Notwendigkeit daher. Alternativlos im Angesicht des Bösen, das uns droht zu überrollen. Es liegt einfach in der Natur der Russen mit ihrer „500 Jahre“ alten Tradition der Expansion. So oder so ähnlich die Argumentation.

Um die europäische Souveränität zurückzuerlangen, versucht man es mit Aufrüstung und übernimmt den Krieg mit Russland, also genau das, was die US-Regierung fordert. Mit europäischer Souveränität hat das nur sehr wenig zu tun.

Man möchte 5% des BIP jährlich für Rüstung ausgeben. Die Hälfte des Bundeshaushalts. Dafür muss natürlich in anderen Bereichen gespart werden, vor allem bei den Schwächsten und Ärmsten. Die Journalistin Ulrike Eifler machte dies in einem Artikel auf Etoimedia mit dem Titel *Kampf um die Rente als Teil der Kriegsvorbereitung* deutlich:

„Erst letzte Woche wurde bekannt, dass eine Arbeitsgruppe aus Bund, Ländern und Kommunen Vorschläge entwickelt hat, die Milliardeneinsparungen bei denjenigen vorsehen, die sich am wenigsten dagegen wehren können – bei Kindern, Jugendlichen und Menschen mit Behinderungen. Zusätzlich will Gesundheitsministerin Nina Warken 20 Milliarden Euro einsparen, indem sie gesetzlich Versicherte zur Kasse bittet. Rente als Basisabsicherung, Angriff auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Ausweitung der Wochenarbeitszeit, Streichung von Feiertagen, Vorkasse bei Arztbesu-

chen – die Bundesregierung hat offenbar sämtliche Denkverbote abgelegt bei der Suche nach Möglichkeiten, ihre wahn-sinnige und gefährliche Aufrüstung zu finanzieren.“ [6]

Dies nennt man auch Klassismus, also die Verachtung der Oberschicht gegenüber armen Menschen. Eine Form von Rassismus, die Menschen aufgrund ihrer sozialen Herkunft oder ihres Status als z.B. Arbeitslose, Arbeiter oder Arme diskriminiert.

Der soziale Kahlschlag kann auch als Krieg gegen die eigene Bevölkerung angesehen werden, der die verarmenden Massen dazu bewegen soll zur Armee zu gehen bzw. in den Krieg zu ziehen. Die Menschen müssen verzweifelt genug sein, um überhaupt dabei mitzumachen. So ist dann das Mittel der Wahl, die Sozialsysteme zu zerschlagen.

Allerdings kann dies auch in die gegenteilige Richtung umschlagen und zu Protesten gegen die Regierung oder gar Aufständen führen. Ein Horrorszenario für eine Regierung und einen Staat, der den Krieg so sehr verinnerlicht hat. Also bleibt eigentlich nur, die eigene Bevölkerung irgendwie ruhigzustellen und auf Kurs zu halten. Diesen autoritären Umschwung können wir bereits beobachten, es sei hier nur an die Sanktionen gegen EU-Bürger erinnert (Baud [in der EU lebend], Doğru u.a.).

Es soll außerdem eine Überwachungs-Gesellschaft entstehen, in der man dissidente Meinungen und aufmüpfige Untertanen per KI-Überwachung automatisch und in Echtzeit bestrafen und vom öffentlichen Leben ausschließen kann, ohne dabei auf Sanktionslisten zurückgreifen zu müssen.

Um eine solche Überwachungs-Infrastruktur aufbauen zu können, braucht man ein Narrativ, um dem Normal-Bürger seine eigene Überwachung schmackhaft zu machen und es als alternativlos darzustellen. So stirbt die Freiheit mit Sicherheit.

Das Narrativ – Social Media Verbot

Die Diskussionen rund um eine Altersbeschränkung für Social-Media hat in letzter Zeit erheblich an Fahrt aufge-

nommen und dürfte an fast niemanden vorbeigegangen sein. Die Erzählung besagt, dass Kinder und Jugendliche vor den Gefahren und schädlichen Folgen durch soziale Medien geschützt werden müssen. Eine attraktive Erzählung, denn wer hat schon etwas gegen den Schutz von Kindern einzuwenden. Hier wird allerdings etwas aufgebaut, was schon länger geplant ist.

Im August 2025 legte die Leopoldina, die Nationale Akademie der Wissenschaften, die mit 80 Prozent vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und mit 20 Prozent vom Land Sachsen-Anhalt finanziert wird, ein Diskussionspapier mit dem Titel *Soziale Medien und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen* vor [7]. Die Leopoldina, laut eigener Aussage unabhängige Beraterin für Politik und Gesellschaft, empfiehlt darin Social Media nicht unter 13 Jahren zu nutzen. Gleichzeitig empfiehlt sie nicht nur auf Altersbeschränkungen zu setzen [8] und rät zur Etablierung einer digitalen Infrastruktur auf EU-Ebene und zur Nutzung der ab Anfang 2027 verpflichtenden EUDI-Wallet (digitale Briefftasche). Einer digitalen Identität ab 16 Jahren [9]. Die Empfehlungen der Leopoldina sind mit Vorsicht zu genießen, da sie nicht immer auf Fakten beruhen:

„Zum anderen wenden wir dort, wo belastbare Evidenz bislang noch fehlt, das Vorsorgeprinzip an und empfehlen Maßnahmen, die uns nach heutigem Wissensstand und unserer fachlichen Einschätzung als sinnvoll erscheinen.“ (S.36)

Das EU-Parlament forderte am 26.11.2025 den Zugang zu sozialen Medien erst ab 16 Jahren zu erlauben. „Die Abgeordneten unterstützen die Kommission darin, eine EU-App zur Altersüberprüfung und die digitale Briefftasche für die europäische Identität (eID) zu entwickeln.“ [10]

Am 16.02.2026 zog die SPD Fraktion im Bundestag mit einem Impulspapier nach und folgte im Grunde dem Leopoldina Papier [11]. Abgestufte Altersregelungen. Soziale Medien ab 14 Jahren. Nutzung der EUDI-Wallet. [12]

In einem offenen Brief haben sich 438 Wissenschaftler aus 32 Ländern gegen ein Social-Media-Verbot ausgesprochen, da sie der Meinung sind, dass man noch nicht genug darüber wisse, welche Gefahren ein solches Verbot für Minderjährige und Erwachsene mit sich bringen würde [13].

Die Wissenschaftler betonen außerdem, dass die Einführung von Alterskontrollen gefährlich zentralisierte Strukturen schaffen: „Wer festlegt, welche Altersschranken gelten sollen, und wer sie durchsetzt, erhält einen enormen Einfluss darauf, welche Inhalte im Internet für wen zugänglich sind“ [14].

Während die EU und der französische Präsident Macron auf eine Altersverifikations-App setzen und Ursula von der Leyen sogar schon verkündete, die „digital-age verification“-App sei fertig [15], setzt Deutschland auf die schon beschlossene und ab Anfang 2027 zur Pflicht werdende digitale Briefftasche. [16]

Weitere Berichte z.B. über den Fall Collien Fernandes, bei dem es um Deep-Fake Pornos geht [17], also eine Art Identitätsdiebstahl, heizen die Diskussion weiter an. Auch Eckhart von Hirschhausen hat eine 45-minütige Sendung über die „Deepfake-Mafia“ gemacht [18]. In KI-Videos bewirbt ein Fake-Hirschhausen zweifelhafte Medizinprodukte. Bei Journalisten, politischen Kommentatoren und Analysten kommt es ebenfalls vermehrt zu KI-Fakes. Dies ist also tatsächlich ein Problem. Die Berichterstattung nimmt zu und wird am Ende dazu führen, dass eine schon lange geplante digitale Identität als alternativlose Lösung präsentiert wird.

Das Narrativ geht also so:

1. Wir brauchen ein einheitliches Mindestalter für soziale Medien in der gesamten EU, um Kinder und Jugendliche zu schützen.
2. Plattformen sollen sich verpflichten dieses Mindestalter mit strengen Alterskontrollen festzustellen.
3. Wirksame Durchsetzung durch Gesetze.
4. EU-einheitliche Methoden für strenge Alterskontrollen.
5. Einführung der digitalen Briefftasche

Die Überwachungs-Infrastruktur

Für die künftige Überwachungs-Infrastruktur bedarf es nicht nur der technischen Möglichkeiten, es braucht auch rechtliche Regelungen, die das gesamte Konstrukt legalisieren. Dies hat man mit der sogenannten **eIDAS 2.0**-Verordnung bewerkstelligt [19]. Sie baut auf der ursprünglichen Version auf, die seit 17.09.2014 in Kraft ist und ist das verbindliche europaweit gültige Regelwerk für „elektronische Identifizierung“ und „elektronische Vertrauensdienste“, die die Grundlage für digitale Transaktionen durch qualifizierte elektronische Signaturen (QES), Siegel und Zeitstempel bilden. eIDAS 2.0 trat am 20.05.2024 in Kraft. Die wichtigste Neuerung der Verordnung ist die europäische digitale Identität (EUDI) [20].

Die digitale Identifizierung soll in der gesamten EU über die sogenannten European Digital Identity Wallets (**EUDI-Wallet** – digitale Briefftasche) erfolgen, die sich direkt auf dem Smartphone des Nutzers befindet. Ab Anfang 2027 soll die EUDI-Wallet in der gesamten EU zur Verfügung stehen. In Deutschland ist das Projekt beim Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) angesiedelt [21].

Die EU behauptet, dass die neue digitale Identität allen EU-Bürgern und Unternehmen zugute kommt, man selbst Besitzer seiner Daten wäre und sie alles vereinfachen würde, von Behörden-gängen über Bildung und Zahlungen bis hin zu Reisen [22]. Medizinische Dokumente und Einlösung von E-Rezepten sollen ebenfalls integriert sein [23]. Die Wallet soll zunächst freiwillig bleiben, wird aber immer mehr Verwaltungsaufgaben, Nachweise und Zahlungsmittel beinhalten und somit fast unmöglich sein zu umgehen.

Die Bundesdruckerei entwickelt mit ihrer Tochter D-Trust Technologien und Sicherheitsarchitektur für die Digitalisierung der Verwaltung, der sogenannten E-Governance [24]. Damit ist sie am Aufbau des „Ökosystem digitaler Identitäten – mit der EUDI-Wallet im Zentrum beteiligt und steuerte im Rahmen eines Pilotprojektes den digitalen Führerschein bei. Des Weiteren hat die Bundesdruckerei

an Projekten zum Eröffnen eines Bankkontos und im Gesundheitsbereich (eRezept) mitgewirkt und Lösungen und Technologien entwickelt, so Jan Kuchler von der Bundesdruckerei in einem Interview. Er gibt einen Ausblick auf weitere Projekte wie den digitalen Fahrzeugschein und Reisepass. [25]

Die gleichen Daten, die auch in der Wallet genutzt werden sollen, waren auch schon das Ziel des **EU-Daten-Governance-Rechtsaktes**, der am 03.06.2022 in Kraft trat und einen EU-Binnenmarkt für Daten schaffte. Diese Daten sollten zur beschleunigten Entwicklung von KI-Technologien verwendet werden, wozu ein freier Datenverkehr mit Drittländern etabliert wurde:

„Damit aus dieser Vision Wirklichkeit wird, schlug die Kommission vor, gemeinsame europäische Datenräume für verschiedene Bereiche für eine gemeinsame Nutzung und Bündelung von Daten einzurichten. Wie bereits in der Europäischen Datenstrategie vorgeschlagen, können sich diese gemeinsamen europäischen Datenräume auf Bereiche wie Gesundheit, Mobilität, Fertigung, Finanzdienstleistungen, Energie und Landwirtschaft oder auf eine Kombination dieser Bereiche, beispielsweise der Bereiche Energie und Klima, sowie auf Themen wie den europäischen Grünen Deal oder europäische Datenräume für die öffentliche Verwaltung oder Qualifikationen erstrecken.“ [26]

Am 31.05.2024 wurde die **EU-AMLR-Verordnung zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung** [27] und in einer weiteren Verordnung die dazugehörige Behörde **AMLA** (Anti Money Laundering Authority) mit Sitz in Frankfurt beschlossen [28]. Während die Anti-Geldwäsche Behörde AMLA [29] bereits Mitte 2025 ihre Arbeit aufgenommen hat, tritt die AMLR verpflichtend ab 10. Juli 2027 in Kraft.

AMLA ist laut Verordnung dafür zuständig Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu verhindern und ist befugt Sanktionen und Strafen zu verhängen. Dazu wurden neue Regeln festgelegt. EU-Mitgliedsstaaten müssen zentralisierte Meldestellen einrichten, die dann ihre

Daten nach Frankfurt übermitteln, wo die neue Behörde die Daten auswertet und in einer zentralen Datenbank sammelt. Finanzinstitute, nicht-finanzielle Unternehmen und Einzelpersonen können zu „Verpflichteten“ werden, die direkt von AMLA beaufsichtigt werden.

Die neuen AMLR Vorschriften zielen auf „den Großteil des Kryptosektors, auf Händler von Luxusgütern sowie auf Fußballvereine und -agenten. In der Verordnung werden u. a. auch strengere Sorgfaltspflichten, Regelungen zum wirtschaftlichen Eigentum und eine Obergrenze von 10.000 EUR für Barzahlungen festgelegt.“ [30]

Die EU-AMLR nennt ab Juli 2027 folgende „Verpflichtete“ [31]:

- Kredit- und Finanzinstitute;
- Rechnungsprüfer, externe Buchprüfer, Steuerberater und Rechtsanwälte, deren Haupttätigkeit in der Steuerberatung besteht;
- Notare, Rechtsanwälte und Angehörige von Rechtsberufen, die an Finanz- oder Immobilientransaktionen oder an der Planung bestimmter Transaktionen für ihre Kunden beteiligt sind;
- andere Unternehmen, einschließlich Profifußballvereine und Fußballvermittler sowie Händler bestimmter hochwertiger Güter.

Die *Verpflichteten* sollen die Identität ihrer Kunden einwandfrei digital feststellen (KYC – Know Your Customer Regeln), was zukünftig über die EUDI-Wallet erfolgt. Der Zweck und die Art der Geschäftsbeziehungen soll ermittelt und „fortlaufend“ überwacht werden [32]. Jede Transaktion kann dadurch eindeutig zugeordnet werden und es entsteht ein EU-weiter einheitlicher Datensatz, der von AMLA genutzt werden kann. Eine Datenbank, um alle Transaktionen zu überwachen.

PePs (Politisch exponierte Personen) werden bei der KYC-Prüfung mit hohem Risiko bewertet und besonders sorgfältig geprüft [33]. Dabei handelt es sich vor allem um Personen die öffentliche Ämter [34] bekleiden oder in internationalen Organisationen tätig sind. Die EU hat eine sehr umfangreiche Liste mit Personen veröffentlicht, die als PeP gelten [35].

Wenn Sie heutzutage als Youtuber, Journalist oder Verein Spenden für Ihre

Quellen:

- [1] (03.05.2026): „Trump kündigt größeren Abzug von US-Soldaten an“. tagesschau. <<https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/kritik-us-truppenabzug-republikaner-100.html>>
- [2] BMVg (04.05.2026): „NATO muss europäischer werden, um transatlantisch zu bleiben“. Bundesministerium der Verteidigung. <<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/truppenabzug-pistorius-reaktion-ankuendigung-us-praesident-6097994>>
- [3] CDU (20.02.2026): „Angenommene Sach- und Initiativanträge des 38. Parteitag der CDU Deutschlands“. CDU. <https://www.cdu.de/app/uploads/2026/02/2026_02_26_Angenommene-Sach_und-Initiativantraege.pdf>
- [4] LEON VERMEULEN (08.05.2026): „Europe’s Sovereignty Gamble Could Become an Economic Own Goal“. Substack. <<https://substack.com/home/post/p-196869711>>
- [5] siehe [3]
- [6] Ulrike Eifler (26.04.2026): „Kampf um die Rente als Teil der Kriegsvorbereitung“. Etoimedia. <<https://etosmedia.de/politik/kampf-um-die-rente-als-teil-der-kriegsvorbereitung/>>
- [7] Nationale Akademie der Wissenschaften (2025): „Soziale Medien und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (2025)“. Leopoldina. <https://www.leopoldina.org/ergebnisse-und-termine/publikationen/detail?tx_ximaleopublication_ximaleopublicationdetail%5Bcontroller%5D=Publication&tx_ximaleopublication_ximaleopublicationdetail%5Bentity%5D=585&tx_ximaleopublication_ximaleopublicationdetail%5Baction%5D=detail&cHash=b3188404fc40aa033b4e2a87127685f3>
- [8] Sebastian Meineck (20.08.2025): „Die magische Anziehungskraft des Social-Media-Verbots“. Netzpolitik. <<https://netzpolitik.org/2025/leopoldina-papier-unter-der-lupe-die-magische-anziehungskraft-des-social-media-verbots/>>
- [9] Nationale Akademie der Wissenschaften (06.2025): „Soziale Medien und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“. Leopoldina. <https://www.leopoldina.org/fileadmin/Daten/Publikationen/Dokumente/2025_Diskussionspapier_Soziale_Medien.pdf>
- [10] Pressemitteilung (26.11.2025): „Parlament fordert: Zugang zu sozialen Medien ab 16 Jahren“. Europäisches Parlament. <<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20251120IPR31496/parlament-fordert-zugang-zu-sozialen-medien-ab-16-jahren>>
- [11] SPD (16.02.2026): „Social Media sicherer machen“. SPD-Bundestagsfraktion. <<https://www.spdfraktion.de/themen/social-media-sicherer>>
- [12] SPD (15.02.2026): „Sichere Soziale Medien – Schutz von Kindern und Jugendlichen im digitalen Raum stärken“. SPD-Bundestagsfraktion. <<https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/impulspapier-sichere-soziale-medien.pdf>>
- [13] Offener Brief (09.03.2026): „Joint statement of security and privacy scientists and researchers on Age Assurance Executive summary“. Csa Scientist Open Letter. <<https://csa-scientist-open-letter.org/ageverif-Feb2026>>
- [14] Sebastian Meineck (03.03.2026): „Staaten sollen Social-Media-Verbote stoppen“. Netzpolitik. <<https://netzpolitik.org/2026/forschende-schlagen-alarm-staaten-sollen-social-media-verbote-stoppen/>>
- [15] (15.04.2026): „Statement by President von der Leyen with Executive Vice-President Virkkunen on the digital age verification app“. Europäische Kommission. <https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_26_817>
- [16] Sebastian Meineck (17.04.2026): „Macron will Alterskontrollen für alle durchboxen“. Netzpolitik. <<https://netzpolitik.org/2026/mit-merz-und-vonder-leyen-macron-will-alterskontrollen-fuer-alle-durchboxen/>>

Verordnungen	Zeitplan (voraussichtlich)	Rolle im System
eIDAS 2.0	20.05.24	(Electronic Identification, Authentication und Trust Services) liefert innerhalb der EU den rechtlichen Rahmen für elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste und definiert die technischen Standards, gemäß derer diese Vorgaben umzusetzen sind.
EU-AMLR	Ab 10. Juli 2027	Verpflichtete Unternehmen müssen klar definierte, risikobasierte Sorgfaltspflichten gegenüber ihren Kundinnen und Kunden erfüllen. Vor allem Identitäten eIDAS konform mit Hilfe z.B. der EUDI-Wallet feststellen und überprüfen. Überwachung von Geschäftsbeziehungen.
AMLA	Start der Behörde 01.07.2025	Anti Money Laundering Authority mit Sitz in Frankfurt. Aufsicht & Durchsetzung: Direkte Überwachung hochrisikanter Firmen, Koordination nationaler Behörden, Sanktionen. Dafür zuständig Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu verhindern. Befugt Sanktionen und Strafen zu verhängen. Zentralisiertes Datenregister aller EU-Meldestellen für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Überwachung aller Transaktionen.
EUDI-Wallet	Ab Januar 2027	EUDI-Wallet ist die künftige europäische Identitäts- und Attributs-Wallet innerhalb der eIDAS-Vorgaben und damit letztlich ein möglicher Baustein zur Erfüllung von Identifikations- und Authentifizierungsanforderungen. Auf Funktionsebene ermöglicht sie das selektive Teilen von Attributen und eine grenzüberschreitende Nutzung für Verwaltungs- und Onboarding-Prozesse. Der digitale Euro soll ebenfalls enthalten sein.
Digitaler Euro	2026 Pilotprojekte 2029 EU-weit ausrollbar	Soll in EUDI-Wallet integriert werden. Transparente Zahlungen, die EU-AMLR konform und überwachbar sind. ID-Prüfungen bei hohen Beträgen. Das Ende der anonymen Teilhabe am wirtschaftlichen Leben (durch das Zurückdrängen von Bargeld und die Ausweitung der AML-Pflichten).

Quellen:

[17] Pia Pentzlin (11.05.2026): „Hass nach Ulmen-Enthüllung: Collien Fernandes soll „den Küblböck machen““. Morgenpost. <<https://www.morgenpost.de/panorama/article411964445/hass-nach-ulmen-enthuellung-collien-fernandes-soll-den-kueblboeck-machen.html>>

[18] Eckart von Hirschhausen (04.05.2026): „Hirschhausen und die Deepfake-Mafia“. ARD Mediathek. <<https://www.ardmediathek.de/video/hirschhausen/hirschhausen-und-die-deepfake-mafia/wdr/Y3JpZDovL3dkciSkZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcmlEtNWQzZjhhZjYiNTViOS00ODIyLThlNTUzM2ZjOGQyYzRmNWNk>>

[19] EU (30.04.2024): „Regulation (EU) 2024/1183 of the European Parliament and of the Council of 11 April 2024 amending Regulation (EU) No 910/2014 as regards establishing the European Digital Identity Framework“. Europäische Union. <<https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2024/1183/oj>>

[20] Onlinezugangsgesetz (02.11.2023): „Die eIDAS-Verordnung, EUDI-Wallets und ihre Bedeutung für europäische digitale Identitäten“. Digitale-Verwaltung. <<https://www.digitale-verwaltung.de/Webs/DV/DE/digitale-identitaeten/eidas-2-0/eidas-2-0.html#doc20340230bodyText2>>

[21] ebd.

[22] „EU Digital Identity Wallet Home“. Europäische Kommission. <<https://ec.europa.eu/digital-building-blocks/sites/spaces/EUDIGITALIDENTITYWALLET/pages/694487738/EU+Digital+Identity+Wallet+Home>>

[23] bdr (05.12.2025): „Die EUDI-Wallet: sicher digital identifizieren in Europa I“. Bundesdruckerei Gruppe GmbH. <<https://www.bundesdruckerei.de/innovation-hub/eudi-wallet-sicher-digital-identifizieren-europa>>

[24] siehe [23]

[25] Bundesdruckerei (02.12.2025): „EUDI-Wallet: Ein Baustein für digitale Souveränität in Europa – Gespräch mit Jan Küchler“. YouTube. <<https://www.youtube.com/watch?v=nxd-I-Rxu94>>

Arbeit einsammeln, kann es – wie so Vielen – passieren, dass Sie AMLR-konform von einer KI unter die Kategorie Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung eingeordnet werden und die Bank vorsorglich Ihr Konto kündigt. Im Zusammenspiel mit digitalem Geld könnte dies noch viel schneller geschehen und Dissidenten den geschützten Raum nehmen, sich zu organisieren.

Ein weiteres Puzzlestück, welches ebenfalls in die EUDI-Wallet integriert werden soll, ist der **digitale Euro**. Der europäische Rat bekräftigte zuletzt am 19.12.2025, dass die EU die Einführung eines digitalen Euros ermöglichen will. Bargeld soll auch weiterhin „verfügbar sein“ und muss (noch) angenommen werden. Allerdings ist der digitale Euro laut EZB erst 2029 bereit. Die Einführung soll „dazu beitragen, die strategische Autonomie, die wirtschaftliche Sicherheit und die Widerstandsfähigkeit der EU zu verbessern.“ [36]

Der anvisierte Zeitplan ist jedoch nur einzuhalten, wenn der Gesetzgebungsprozess der EU im Jahr 2026 abgeschlossen wird. Im Juni 2026 soll es eine zentrale Abstimmung im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) dazu geben. Aber laut EZB gegenüber netzpolitik.org werde die Zentralbank das Projekt weiter vorantreiben, auch wenn

die Entscheidung über eine Ausgabe erst nach der EU-Regulierung getroffen werden könne [37].

Um den digitalen Euro voranzutreiben hat die EZB ab Juni 2026 ein Pilotprojekt vorgesehen. Mit der Entwicklungsphase will man im 3. Quartal 2026 beginnen und dann in der 2. Hälfte 2027 in die operationelle Phase übergehen [38].

Die EU verweist darauf, dass man eine „digitale Form des Bargeld“ einführen wolle [39]. Außerdem würde der digitale Euro eine hohe Privatsphäre gewährleisten. Trotzdem werden auch für den digitalen Euro die AMLR Regeln gelten. Der Zahlungsverkehr wird über die EUDI-Wallet, womit man sich bei jedem Einkauf eindeutig identifizieren muss, abgewickelt und anschließend wird die AMLA-Behörde alle Finanzdaten zentralisiert speichern. Bei hohen Beträgen ist dies von Anfang an vorgesehen. Bei kleinen Beträgen geschieht dies zu Beginn vielleicht noch nicht, aber da wir unvermeidlich in immer autoritärere Strukturen abdriften, wenn der Kriegs- und Aufrüstungskurs weiter gehalten wird, wird es darauf hinauslaufen das alle Transaktionen zentral gespeichert und in Echtzeit ausgewertet werden.

Die Infrastruktur hält das Potential bereit, den gläsernen Bürger zu schaffen.

Afrika – ID4D Identität für Entwicklung

Wir befinden uns mitten in der Umsetzungsphase und Entstehung einer komplett überwachten Gesellschaft. Doch bevor es soweit war und Verordnungen in der EU erlassen wurden, musste das System getestet werden. 2018 rollte die Weltbank ein digitales Identitätssystem in Afrika aus und nannte es ID4D [40]. Das steht für „Identification for Development“. Ein ziemlich vielsagender Name.

Ziel der Weltbank und der finanzierenden Partner war es, allen afrikanischen Bürgern eine digitale Identität zu geben. Um Geld einzusammeln, wurde ein Multi-Donor-Trust Fund gegründet, an dem sich die Gates Foundation, die britische und französische Regierung, NORAD (norwegische Entwicklungsbehörde) und das Omidyar Network beteiligten. Internationale Organisationen wie die UN, EU und WEF waren an ID4D zur Koordinierung beteiligt. [41]

Nachdem sich einige Länder (z.B. Burkina Faso) geweigert hatten an dem Programm teilzunehmen, verzögerte die Weltbank Auszahlungen, drohte damit NGO Finanzierungen einzustellen und es kam zu Ausschlüssen aus internationalen Foren. Die Teilnahme an ID4D wurde zur Vorbedingung, um an den internationalen Märkten Handel zu treiben [42].

In einem wissenschaftlichen Artikel mit dem Titel *Universal Digital Identity in Africa: Biometric Surveillance, Data Sovereignty, and Eschatological Risks*, veröffentlicht im *Open Journal of AI, Ethics & Society*, analysiert Sixbert Sangwa anhand von drei Fallstudien in Burkina Faso, Uganda und Nigeria, wie sich das digitale Identitäten-System ausgewirkt hat. Er kommt zu dem Schluss, dass es sich bei dem Programm um eine Form des Daten-Kolonialismus handelt, in dem Überwachung alltäglich ist. [43]

„Umfassende Systeme zur digitalen Identitätsprüfung führen acht miteinander verflochtene Bereiche der Kontrolle ein – Behörden, Finanzen, Gesundheitswesen, Bildung, Beschäftigung und Reisen – und prägen damit jede Phase der gesellschaftlichen Teilhabe von der Geburt bis zum Tod.“

In jedem Bereich wiederholt sich derselbe Mechanismus: Die durch sofortige Verifizierung gewonnenen Effizienzgewinne schaffen zugleich einen einzigen Knotenpunkt, über den Behörden oder Systembetreiber überwachen, zulassen oder ausschließen können.“

EU – Large Scale Pilots

Auch die EU hat im April 2023 mit 4 großangelegten Pilotprojekten die Anwendungen der EUDI-Wallet getestet und ausgearbeitet. Insgesamt hat die EU 6 dieser großen Projekte ins Leben gerufen, wobei 2 aktuell noch andauern und 4 bereits abgeschlossen wurden. An den Projekten waren 550 Privatunternehmen und öffentliche Behörden aus 26 EU-Mitgliedsstaaten, Norwegen, Island und der Ukraine beteiligt, wobei 11 verschiedene Anwendungen für die EUDI-Wallet getestet wurden. [44]

Die elf Anwendungen, die für die Wallet getestet wurden, sind: Führerschein, Behördengänge, Zahlungsverkehr, Banking, Bildung, Gesundheit, Sozialversicherung, Telekommunikation, Reisen, eSignatures, digitale Identitäten für Organisationen/Unternehmen. [45] Damit soll die EUDI-Wallet alle Lebensbereiche abdecken. Unser ganzes Leben soll über die digitale Brieftasche laufen.

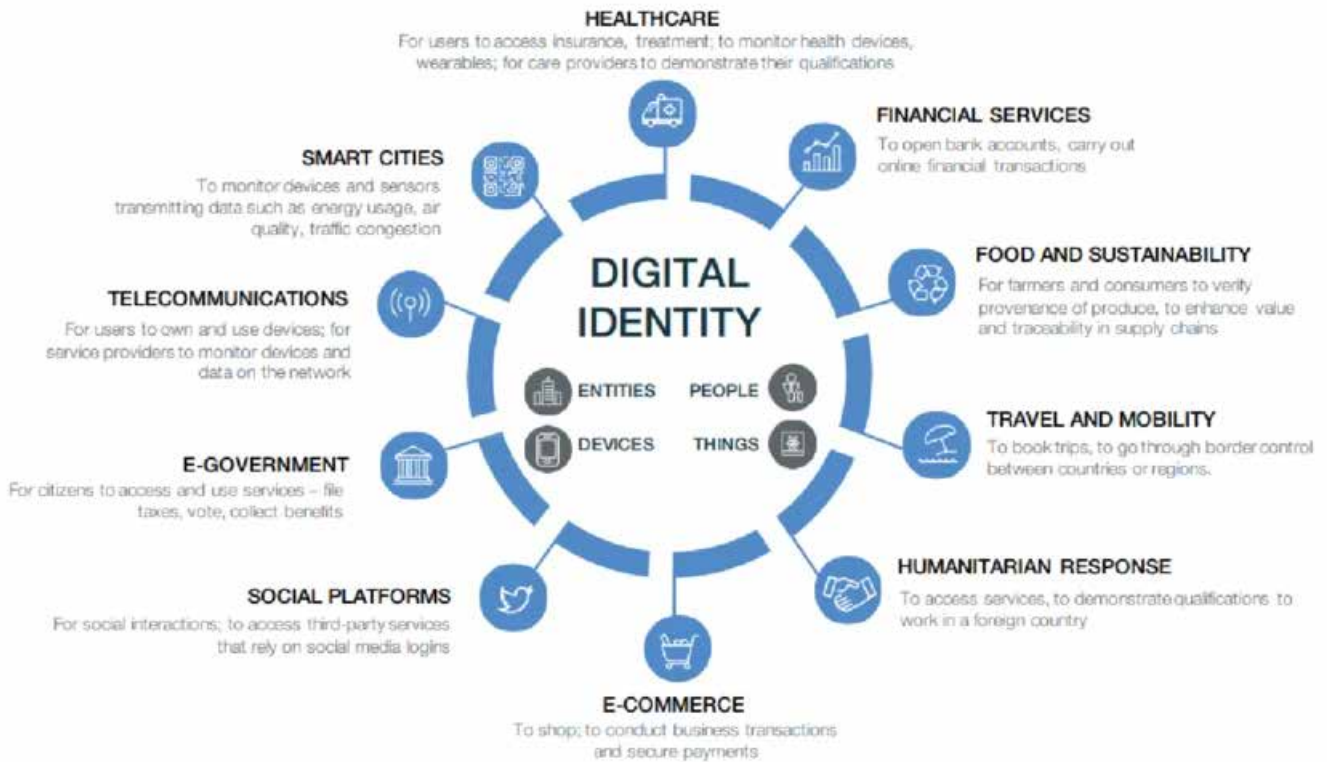
POTENTIAL ist eines dieser großangelegten Projekte. Es lief von 2023 bis September 2025 und es nahmen 18 EU-Mitgliedsstaaten, die Ukraine [46] und mehr als 140 öffentliche und private Institutionen teil. [47]

In einem Abschlussdokument für die Entscheider und Regierungsbehörden beschreibt POTENTIAL, was aus dem Projekt gelernt wurde und gibt sowohl technische als auch regulatorische Empfehlungen für die Implementierung der EUDI-Wallet. Die Vorgaben zur EUDI-Wallet, so wie sie in dem Projekt getestet wurde, wird durch 32 Rechtsakte bzw. EU-Verordnungen und verschiedene Standards und Normen geregelt. [48]

POTENTIAL empfiehlt starke Regulierungsbehörden zu schaffen, die sowohl die behördliche Aufsicht als auch das operative Management umfassen. Dafür sollen umfassende Öffentlich-Pri-

Quellen:

- [26] EU (30.05.2022): „Verordnung (EU) 2022/868 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 über europäische Daten-Governance und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt) (Text von Bedeutung für den EWR)“. Europäische Union. <<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32022R0868>>
- [27] EU (19.06.2024): „Verordnung (EU) 2024/1624 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2024 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung (Text von Bedeutung für den EWR)“. Europäische Union. <<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32024R1624>>
- [28] EU (19.06.2024): „Verordnung (EU) 2024/1620 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2024 zur Errichtung der Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010, (EU) Nr. 1094/2010 und (EU) Nr. 1095/2010 (Text von Bedeutung für den EWR)“. Europäische Union. <<https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2024/1620/oj/deu>>
- [29] AMLA: „Homepage“. Anti Money Laundering Authority. <https://www.amla.europa.eu/index_en>
- [30] Pressemitteilung (30.05.2024): „Bekämpfung von Geldwäsche: Rat nimmt Paket von Vorschriften an“. Europäischer Rat. <<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/30/anti-money-laundering-council-adopts-package-of-rules/>>
- [31] EU (14.04.2025): „Verhinderung des Missbrauchs des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (ab 2027)“. Europäische Union. <<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/LSU/?uri=CELEX:32024R1624>>
- [32] siehe [31]
- [33] „Politisch exponierte Personen“. Validatis. <<https://www.validatis.de/kyc-process/news-fachwissen/politisch-exponierte-personen/>>
- [34] (26.02.2024): „Geldwäscheprevention: Europäische Kommission veröffentlicht PeP-Liste“. Bafin. <https://www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Meldung/2024/meldung_2024_02_26_Pep_Liste_Europaetsche_Kommission.html>
- [35] EU (10.11.2023): „Prominent public functions at national level, at the level of international organisations and at the level of the European Union Institutions and Bodies“. Europäische Union. <<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52023XC00724>>
- [36] Pressemitteilung (19.12.2025): „Einheitliche Währung: Rat legt Standpunkt zum digitalen Euro und zur Stärkung der Rolle von Bargeld fest“. Europäischer Rat. <<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/12/19/single-currency-council-agrees-position-on-the-digital-euro-and-on-strengthening-the-role-of-cash/>>
- [37] Anna Ströbele Romero, Leonhard Pitz (30.04.2026): „Das sind die strittigen Fragen beim Digitalen Euro“. Netzpolitik. <<https://netzpolitik.org/2026/eu-ringt-um-einigung-das-sind-die-strittigen-fragen-beim-digitalen-euro/>>
- [38] EZB (08.05.2026): „FAQs on the digital euro pilot“. Europäische Zentralbank. <https://www.ecb.europa.eu/euro/digital_euro/pilot/html/ecb.faq-digital-euro-pilot.en.html#_Pilot_overview>
- [39] Explainer: „Der digitale Euro – was ist das?“. Europäischer Rat. <<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/digital-euro/>>
- [40] ID4D: „Homepage“. Identification for Development. <<https://id4d.worldbank.org/>>
- [41] ID4D (Unbekannt): „Who is Involved“. Identification for Development. <<https://id4d.worldbank.org/who-is-involved>>



Die digitale Identität wird zum einheitlichen Nachweis für den Zugang zu kritischen Dienstleistungen – Gesundheitswesen, Finanzwesen, Ernährungssysteme, Mobilität, humanitäre Hilfe, E-Commerce, soziale Plattformen, E-Government, Telekommunikation und Smart-City-Infrastruktur – und zeigt damit das Potenzial, die Aufsicht über alle Bereiche des sozioökonomischen Lebens zu bündeln. Zentralisierte Finanzdaten machen jede Transaktion zugänglich für staatliche oder ausländische Kontrolle und ermöglichen subtile Sanktionen: Verzögerungen, Herabstufungen oder strategische Kontosperrungen aufgrund von „Identitätsdiskrepanzen“ können Dissidenten unter Druck setzen. (Grafik: Universal Digital Identity in Africa: Biometric Surveillance, Data Sovereignty, and Eschatological Risks – Scientific Figure on ResearchGate. Available from: https://www.researchgate.net/figure/Digital-identity-positioned-as-the-single-credential-for-accessing-critical_fig1_398818474 [accessed 23 May 2026], CC BY 4.0)

Quellen:

- [42] Carp, Theodor-Nicolae. (2025). Mandatory Digital Identification and the Integrity of Democracy: Surveillance, Exclusion and the Risk of Authoritarian Revival. 10.13140/RG.2.2.15205.26087. <https://www.researchgate.net/publication/395382999_Mandatory_Digital_Identity_and_the_Integrity_of_Democracy_Surveillance_Exclusion_and_the_Risk_of_Authoritarian_Revival>
- [43] Sangwa, Sixbert. (2025). Universal Digital Identity in Africa: Biometric Surveillance, Data Sovereignty, and Eschatological Risks. Open Journal of AI, Ethics & Society (ISSN: 3105-3076). 1. 10.65655/8tws4c18. <https://www.researchgate.net/publication/398818474_Universal_Digital_Identity_in_Africa_Biometric_Surveillance_Data_Sovereignty_and_Eschatological_Risks>
- [44] EUDI-Wallet: „What are the Large Scale Pilot Projects“. Europäische Kommission. <<https://ec.europa.eu/digital-building-blocks/sites/spaces/EUDIGITALIDENTITYWALLET/pages/694487808/What+are+the+Large+Scale+Pilot+Projects>>
- [45] EUDI-Wallets: „The many use cases of the EU Digital Identity Wallet“. Europäische Kommission. <<https://ec.europa.eu/digital-building-blocks/sites/spaces/EUDIGITALIDENTITYWALLET/pages/716146139/The+many+use+cases+of+the+EU+Digital+Identity+Wallet>>

vate-Partnerschaften eingegangen werden und die Kooperation mit Privatunternehmen institutionalisiert werden. Es brauche starke nationale Regierungen und eine EU-weite Koordinierung [49]. Die Verschmelzung von Wirtschaft und Staat, mit Ihren Daten als autoritäres Geschäftsmodell. Hier entsteht etwas, was alle Kennzeichen des Faschismus enthält: *zentriertes Regierungssystem, aggressive und auf Eroberungen zielende Außenpolitik, Aufwertung der Rolle des Militärs in der Gesellschaft und eine „korporatistische“ Ordnung der sozialen Beziehungen* [50].

Auf dem Weg zum digitalen Faschismus wird als größtes Hindernis, die Akzeptanz der Menschen angesehen, die man mit der Sprache von Sicherheit und Datensouveränität einbinden will.

Die Aufnahme der Ukraine in die großangelegten Projekte für digitale

Identitäten ist kein Zufall. Die Ukraine benutzt bereits die Diia-App, eine App für digitale Identität, mit der man verschiedenste Behördengänge erledigen kann, in der digitale Ausweise integriert sind und mit der man bezahlen kann. So wurde der „erste virtuelle digitale Staat geschaffen“ [51]. Ein autoritärer Staat, der sich im Krieg befindet und gewalttätig zwangsrekrutiert scheint das ideale Testgelände für digitale Identitäten.

In der Tat ist die Ukraine zu einem Testgelände für die Tech-Giganten geworden, die dort die Möglichkeit sehen, den KI-Krieg der Zukunft zu erfinden und zu erproben. Eine besondere Rolle spielt Palantir, die von Peter Thiel mitgegründete und von der CIA mitfinanzierte Datenkrake.

Laut dem CEO Alex Karp ist Palantir mittlerweile für einen großen Teil der Zielauswahl in der Ukraine verantwortlich. Es sei Palantirs Mission den „Westen zu verteidigen“, „to scare the f-ck out of our enemies.“ [52]

Palantir ist nicht die einzige Tech-Firma, die in der Ukraine experimentiert. Der Krieg bietet Möglichkeiten, die man zu Hause einfach nicht ausprobieren kann oder darf. Microsoft, Amazon, Google, Starlink, Clearview AI und auch deutsche KI-Drohnenfirmen nutzen die Ukraine für umfassende Produkttests. Mychajlo Fedorow, Verteidigungsminister der Ukraine seit Januar 2026, sagte: „Unsere große Mission ist, die Ukraine zum weltgrößten Forschungs- und Entwicklungslabor zu machen.“ [53]

Auch in den USA werden immer mehr hoheitliche Aufgaben an Privatunternehmen wie Palantir oder Anduril ausgelagert. Durch die Privatisierung der souveränen hoheitlichen Aufgaben entsteht ein „autoritärer High-Tech-Komplex“, „eine Koalition von Firmen, Geldgebern und Ideologen“, die „an einer weltumspannenden Infrastruktur für Überwachung und Zwang im Dienste einer Herrschaft ohne demokratische Kontrolle“ arbeitet. Es bildet sich eine privatisierte autoritäre Herrschaft, die auf Überwachungs-Technologie beruht und aus „Cloud-Plattformen, KI-Modellen, Finanzinstrumenten, Drohnennetzwerken und Satellitensystemen“ besteht. Die *Vereinigten Staaten von Palantir*. [54]

In Deutschland wird Palantirs Gotham-Software von Landespolizeien in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bayern zur Massendatenanalyse eingesetzt [55]. Die Bundeswehr hat kürzlich einen Einsatz der Palantir-Software Maven (in der Ukraine erprobt), die bereits von der NATO eingeführt wurde, abgelehnt [56]. Bei einer europäischen Alternative müsse man allerdings auf Interoperabilität mit der NATO achten. Wahrscheinlich würde es darauf hinauslaufen, dass alle Daten trotzdem von Palantir abgegriffen werden. Es handelt sich bei Palantir-Produkten um geschlossene Systeme, deren Daten immer nach Hause zurück kommen. Der Verfassungsschutz sucht ebenfalls

nach einer europäischen Lösung [57]. Es gelte die „Abhängigkeiten zu vermeiden und die europäische Souveränität zu stärken“, so Sinan Selen, Präsident des Verfassungsschutzes (BfV).

Europäische Datensouveränität

Souveränität wird immer wieder zur Begründung dieser Verordnungen und Softwareauswahl angeführt. Hört sich gut an, aber sobald man den stinkenden Vorhang einmal anhebt, erkennt man, dass es keine Souveränität gibt und vielleicht auch niemals gab.

Die USA verhandeln zurzeit mit der EU geheim über ein Rahmenabkommen zur „Grenzpartnerschaft“ [58], das Ende 2026 finalisiert werden soll. Dabei fordert die US-Seite, dass Daten aus Polizeidatenbanken automatisiert abgefragt werden können. Neben biometrischen Daten und Bildern sollen auch „besondere Kategorien“ personenbezogener Daten geteilt werden. Die USA wollen „politische Einstellungen, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, Informationen über das Sexualleben einer Person“ und Religionszugehörigkeit [59] automatisiert abfragen. Der Rechtsweg und der Gang vor ein Gericht sind in dem Abkommen ausdrücklich ausgeschlossen [60].

Es geht angeblich um Reisefreiheit. Um weiterhin visafrei aus der EU in die USA einreisen zu können, wird die EU gezwungen, das Abkommen anzunehmen. Die Deutsche Welle zeigt, dass es sich hierbei nicht um ein Abkommen auf Augenhöhe zum gleichwertigen Datenaustausch handelt, auch wenn es so dargestellt wird, sondern ein einseitiges Abkommen zugunsten der USA ist [61]. „In Deutschland beträfe dies wohl die INPOL-Datenbank aller Polizeien des Bundes und der Länder, die derzeit Fotos und Fingerabdrücke von 5,4 Millionen Personen [62] enthält“ [63]. Im Übrigen betreffen die Daten, die automatisiert freigegeben und mit KI ausgewertet werden, nicht nur Verdächtige, die eine Straftat begangen haben, sondern auch Zeugen und Asylsuchende. Die Daten werden dann von der US-Einwanderungsbehörde und der militaristischen Migrationspolizei ICE genutzt.

Quellen:

- [46] POTENTIAL: „19 European Member States and Ukraine – Potential – For European Digital Identity“. Digital Identity Wallet. <<https://www.digital-identity-wallet.eu/about-us/19-european-member-states-and-ukraine/>>
- [47] POTENTIAL (Unbekannt): „140+ public and private partners – Potential – For European Digital Identity“. Digital Identity Wallet. <<https://www.digital-identity-wallet.eu/about-us/140-public-and-private-partners/>>
- [48] POTENTIAL – Abschlussdokument (01.09.2025): „POTENTIAL: FOR EUROPEAN DIGITAL IDENTITY“. Digital Identity Wallet. <https://www.digital-identity-wallet.eu/wp-content/uploads/2025/10/POTENTIAL-brochure_FINAL.pdf>
- [49] siehe [48]
- [50] Rudolf von Hüllen: „Was ist Faschismus?“. Konrad Adenauer Stiftung. <<https://www.kas.de/de/web/extremismus/rechtsextremismus/was-ist-faschismus>>
- [51] „Digital State – Diia application“. Ministry of Digital Transformation of Ukraine. <<https://expo.diia.gov.ua/#projects>>
- [52] Vera Bergengruen (08.02.2024): „How Tech Giants Turned Ukraine Into an AI War Lab“. Time. <<https://time.com/6691662/ai-ukraine-war-palantir/>>
- [53] ebd.
- [54] Francesca Briä (13.11.2025): „United States of Palantir“. Le Monde diplomatique. <<https://monde-diplomatique.de/artikel/16113232>>
- [55] Nils Metzger (22.04.2026): „Trotz Palantir-Manifest: Länder halten an Polizei-Software fest“. ZDFheute. <<https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/palantir-manifest-polizei-innenminister-bundesaender-reaktion-kritik-100.html>>
- [56] Marcus Giebel (17.05.2026): „Palantir: Deutscher NATO-Kommandeur lobt umstrittene US-Software“. Frankfurter Rundschau. <<https://www.fr.de/politik/palantir-deutscher-nato-kommandeur-lobt-umstrittene-us-software-94309562.html>>
- [57] Jörg Diehl, Florian Flade, Lorenz Jeric (13.05.2026): „Datenanalyse-Software – Verfassungsschutz setzt auf Palantir-Alternative“. tagesschau. <<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/verfassungsschutz-palantir-100.html>>

Es ist also keine Überraschung, dass die EU eine ähnliche, bewaffnete Abschiebepolizei unterhält, deren Mittel aufgestockt werden soll – Frontex. Mit dem in Arbeit befindlichen verschärften Abschiebegesetz [64] will die EU mehr Menschen mit digitalen Mitteln abschieben [65]. Diese EU-Verordnung wird uns langsam an schwerbewaffnete Polizisten in unseren Straßen gewöhnen und ähnlich wie ICE in den USA vorgehen.

Ein Zusammenschluss aus Bürgerrechts- und zivilgesellschaftlichen Organisationen warnt vor der Implementierung der Verordnung [66]: Es könne dazu führen, dass unser tägliches Leben, der öffentliche Raum und Interaktionen durch ICE-ähnliche Razzien gestört werde. Razzien in Privatwohnungen oder öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Krankenhäusern usw.), um noch „unentdeckte“ Migranten zu finden. Dabei sollen Personen digital überwacht werden und elektronische Fußfesseln zum Einsatz kommen. Ein Versuchslabor für Überwachungstechnologie. Racial Profiling ist dabei vorprogrammiert.

Wieder einmal sind die Schwächsten Opfer eines Überwachungs-technologischen Feldversuchs. Wir sollten keine Sekunde daran glauben, dass es bei Migranten aufhört. Das ist nur der Anfang. Einmal eingeführt wird die Technologie und die paramilitärische Migrationspolizei auch Dissidenten und *Verhaltensauffällige* ins Visier nehmen, bis es Normalität ist und sich auf alle erstreckt.

KI und Datencenter

Die hier skizzierte Überwachungsinfrastruktur wird mit KI in Echtzeit überwacht. Damit die KI ihre Aufgabe erfüllen kann, sind riesige Datencenter nötig, die häufig ihre eigene Stromversorgung benötigen. Diejenigen, die die Hoheit über diese Datencenter haben, haben enorme Datenmengen und somit auch Macht.

Ein Fall aus Hamm verdeutlicht den Daten-Imperialismus der *Vereinigten Staaten von Palantir*. Dort hat die Investmentfirma Blackstone mit der im eigenen Besitz befindlichen Firma QTS (Quality Technology Services), einen Vertrag mit

der Industriegebiet Westfalen GmbH über ein Gelände zum Bau „eines der größten Rechenzentren Deutschlands“ geschlossen [67]. Blackstone investiert dafür 4 Milliarden Euro.

Der CEO von Blackstone Stephen Schwarzman ist persönlicher Freund, Berater und Finanzier von Donald Trump. Beispielsweise spendete Schwarzman 100 Millionen Dollar für Trumps neuen Ballsaal und war in der Delegation des US-Präsidenten beim kürzlich erfolgten China-Besuch [68].

QTS besitzt laut eigenen Angaben 107 Datencenter, wovon 50 tatsächlich in Betrieb sind [69]. Sie befinden sich in den USA und Europa (GB, Spanien, Niederlande, Finnland) und es wird weiter expandiert. Es handelt sich um eine Firma, die eng mit der US-Regierung und dem US-Kriegsministerium zusammenarbeitet und viele Mitarbeiter direkt aus dem Militär rekrutiert [70].

QTS stellt die Datencenter, die dann von Palantir-Software ausgewertet werden und von Polizeien und Geheimdiensten genutzt werden. Der französische Inlandsgeheimdienst DGSI (Direction Générale de la Sécurité Intérieure) hat beispielsweise 2025 den Vertrag mit Palantir um weitere 3 Jahre verlängert, „bis zur Einführung eines neuen souveränen Tools“ [71].

Die Datencenter von QTS unterliegen dem US-Cloud Act und dem Abschnitt 702 des Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA) [72], die US-Unternehmen dazu verpflichtet, Daten, die weltweit gespeichert werden, an die US-Regierung weiterzugeben, selbst wenn sie auf europäischen Servern liegen [73]. Zusätzlich können US-Geheimdienste laut Rechtsgutachten der Universität Köln auch ohne Mitwirkung von Cloud-Anbietern auf die gespeicherten Daten zugreifen [74]. Es ist zu befürchten, dass auch europäische Anbieter, die eine Zweigstelle in den USA betreiben wollen, von der US-Justiz zur Herausgabe von Daten verpflichtet werden könnten.

Die Bundeswehr plant deshalb eine eigene Cloud – in Kooperation mit Google [75]. Natürlich im Namen der Souveränität. Eine souveräne Bundeswehr Google-Cloud [76]. Durch den Cloud-Act hat die US-Regierung Zugang zu diesen Daten.

Quellen:

- [58] Matthias Monroy (14.01.2026): „EU-Kommission will mit USA geheim verhandeln“. Netzpolitik. <<https://netzpolitik.org/2026/zugriff-auf-biometrische-polizeidaten-eu-kommission-will-mit-usa-geheim-verhandeln/>>
- [59] Johannes Arends (07.05.2026): „Polizei muss wohl bald Daten von Reisenden in die USA weitergeben“. Kurier. <<https://kurier.at/politik/ausland/usa-oesterreich-einreise-visum-esta-eu-datenschutz/403157411>>
- [60] (24.02.2026): „EU gesteht USA wohl direkten Datenzugriff zu – automatisierte Verfahren möglich“. Der Standard. <<https://www.derstandard.at/story/3000000309864/eu-gesteht-usa-direkten-datenzugriff-zu-automatisierte-verfahren-moeglich>>
- [61] DW News (16.04.2026): „US and EU negotiate a controversial police data exchange deal“. YouTube. <<https://www.youtube.com/shorts/BinM4rvvT8g>>
- [62] Matthias Monroy (21.04.2025): „Gesichtserkennung bei Bundesbehörden“. Dissecting Security Architectures. <<https://digit.site36.net/abfragen-im-bka-gesichtserkennungssystem/>>
- [63] Matthias Monroy (02.05.2026): „EU-Kommission will US-Behörden erlauben, politische Ansichten und „Herkunft“ abzufragen“. Netzpolitik. <<https://netzpolitik.org/2026/erzwungene-grenzpartnerschaft-eu-kommission-will-us-behoerden-erlauben-politische-ansichten-und-herkunft-abzufragen/>>
- [64] EU (11.03.2025): „Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Einrichtung eines gemeinsamen Systems für die Rückkehr von illegal in der Union aufhältigen Drittstaatsangehörigen und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinie 2001/40/EG des Rates und der Entscheidung 2004/191/EG des Rates“. Europäische Union. <<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52025PC0101>>
- [65] Timur Vorkul (30.04.2026): „EU will mit digitalen Mitteln mehr und schneller abschieben“. Netzpolitik. <<https://netzpolitik.org/2026/abschiebeverordnung-eu-will-mit-digitalen-mitteln-mehr-und-schneller-abschieben/>>

Diese digitalen Abhängigkeiten sowohl zivil als auch militärisch führen dazu, dass die Vereinigten Staaten von Palantir, das neue US-Palantir-Imperium, die Macht über europäische Daten erhält, mit der Möglichkeit den Europäern den Stecker zu ziehen [77].

Die Infrastruktur der Datacenter und Cloud-Anbieter macht Europa zu einer Datenkolonie der USA. Ein Weg Europa unter Kontrolle zu halten. Auf unsichtbare Art und Weise. Es bietet die Möglichkeit Menschenmassen, gar ganze Gesellschaften, in eine bestimmte US-freundliche Richtung zu lenken. Menschen und Länder, die aus der Reihe tanzen und eigenständige Wege gehen wollen könnten Ziel von Beeinflussungskampagnen werden. Länder könnten mit Protesten überschwemmt werden, da man jede einzelne Person gezielt ansprechen kann. Man weiß schließlich alles, über jeden. In einem kognitiven Krieg nimmt man dabei eine Region, ein Land oder gar einen ganzen Kontinent ins Visier und beschwört Aufstände oder Revolutionen gegen missliebige Regierungen herauf. Am Ende erzielt man die totale Unterwerfung. Vielleicht ist das ja mit „transatlantisch bleiben“ gemeint.



Die Bundeswehr plant eine „souveräne“ Militärcloud und kooperiert dabei mit Google. (Bild: Brian Penny, Pixabay, Pixabay Content License)

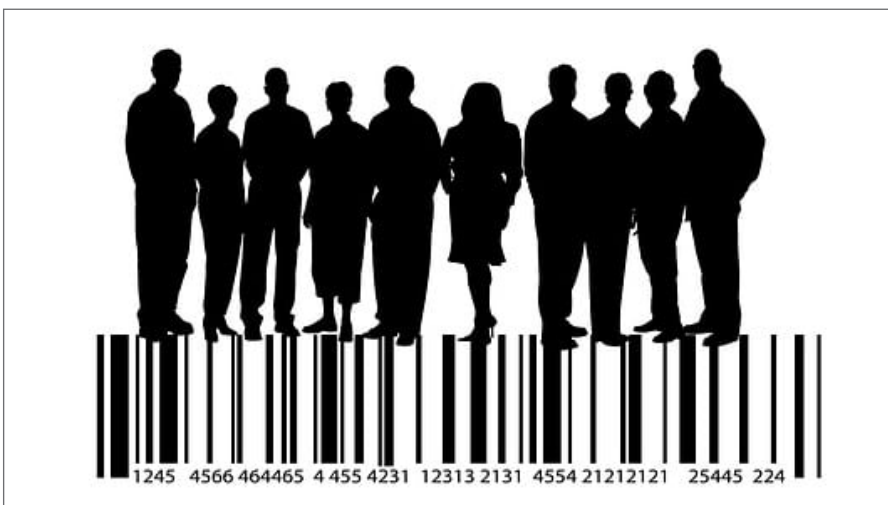
Digitaler Autoritarismus

Die EU hat ein Überwachungssystem geschaffen und mit Regularien und Behörden bereits beschlossen. Es steht in den Startlöchern, um EU-Bürger ab Anfang 2027 mit digitalen Identitäten zu beglücken und das Leben komplett ins Digitale zu verlagern. Damit reiht sich die EU in einen globalen Trend ein. Indien, China, Russland und die UN (ID2020 – UN-ID) haben ihre eigenen Systeme. Afrika war und ist ein umkämpftes Testgelände.

Gleichzeitig gibt es einen globalen Trend zum algorithmischen, KI-getriebenen, digitalen Autoritarismus [78]. Digitale Identitäten könnten und werden als

Quellen:

- [66] (16.02.2026): „Joint statement condemning EU law enabling home raids, policing of public services and racial profiling“. Statewatch. <<https://www.statewatch.org/news/2026/february/joint-statement-condemning-eu-law-enabling-home-raids-policing-of-public-services-and-racial-profiling/>>
- [67] Pressestelle (22.01.2026): „Eines der größten Rechenzentren Deutschlands“. Hamm. <<https://www.hamm.de/aktuelles/eines-der-groessten-rechenzentren-deutschlands>>
- [68] Markus Voss (14.05.2026): „Diese CEOs reisen mit Trump nach China – einer durfte erst in letzter Sekunde noch mit“. Boerse-Online. <<https://www.boerse-online.de/nachrichten/aktien/diese-ceos-reisen-mit-trump-nach-china-einer-durfte-erst-in-letzter-sekunde-noch-mit-20401003.html>>
- [69] „QTS Data Centers“. Data Center Map. <<https://www.datacentermap.com/clqts/>>
- [70] Horst Blume (06.05.2026): „Datenautonomie stolpert über Blackstone“. Graswurzelrevolution. <<https://www.graswurzel.net/gwr/2026/05/datenautonomie-stolpert-ueber-blackstone/>>
- [71] Sonja Peteranderl (02.2026): „Toxische Tech-Abhängigkeit“. Blätter für deutsche und internationale Politik. <https://www.blaetter.de/ausgabe/2026/februar/toxische-tech-abhaengigkeit#_ftnref13>
- [72] Stefan Kreml (10.12.2025): „Gutachten: US-Behörden haben weitreichenden Zugriff auf europäische Cloud-Daten“. Heise. <<https://www.heise.de/news/Gutachten-US-Behoerden-haben-weitreichenden-Zugriff-auf-europaeische-Cloud-Daten-11111043.html>>
- [73] siehe [71]



Symbolbild: Gerd Altmann, Pixabay, Pixabay Content License

Waffe eingesetzt werden, um das Verhalten von Individuen zu beeinflussen, die Bewegungen einzelner Menschen nachzuverfolgen und Transaktionen zu überwachen. Es ist das Ende der Privatsphäre und normalisiert Überwachung in allen Aspekten des Lebens. Ein trojanisches Pferd des Überwachungs-Kapitalismus [79].

2024 wurde ein Gutachten für das Europäische Parlament erstellt, dass die Frage aufwirft, ob KI und Menschenrechte vereinbar seien, wenn KI als Repressions-Werkzeug in autoritären Staaten missbraucht wird [80]. Natürlich sind in dieser Studie Russland, Iran und China die autoritären Staaten, die mithilfe von KI repressiv agieren, allerdings kann man von der EU angesichts der dargestellten Überwachungs-Infrastruktur und der Sanktionen gegen Journalisten und EU-Bürger kaum von einer Demokratie sprechen. Vom Zensurgesetz DSA (Digital Services

Act) ganz zu Schweigen. Das Gutachten macht deutlich, dass Überwachungsgesetze – nicht von der EU, nur von anderen – vor allem mit Terrorabwehr gerechtfertigt und dann ausgeweitet werden. Sinn und Zweck der EU-AMLR und AMLA ist angeblich die Verhinderung von Terrorfinanzierung. Auch die EU wird ihre Befugnisse immer weiter ausweiten, wie wir es schon beim *Krieg gegen den Terror* gesehen haben.

Die Verbindung von KI und digitalen Identitäten erhöht die Überwachungsfähigkeiten und lässt zu, dass Menschen in Echtzeit kategorisiert, überwacht und ausgeschlossen werden. In Verbindung mit digitalem Zentralbankgeld (digitaler Euro) kann dies schnell zu einer finanziellen Ausschaltung von Dissidenten oder anderweitig unbequemen Personen führen. Aktuelle Sanktionen wie gegen Baud oder Doğru stehen exemplarisch für die Möglichkeiten, die einem solchen System innewohnen und die uns ab 2027 alle betreffen werden.

Wie unter dem COVID-Regime könnte dies zu einer 2-Klassen Gesellschaft führen, wobei diejenigen, die sich gegen digitale Identitäten stellen mit deutlichen gesellschaftlichen Nachteilen rechnen müssen. Wir sind auf dem Weg zu einer total digital und zentral gesteuerten Gesellschaft – sowohl finanziell als auch gesellschaftlich.

Theodor-Nicolae Carp hat in einem wissenschaftlichen Artikel mit dem Titel *Mandatory Digital Identification and the Integrity of Democracy: Surveillance, Exclusion and the Risk of Authoritarian Revival* untersucht wie sich digitale Identitäts-Regime auf die Gesellschaft auswirken. Er kommt zu dem Schluss, dass Menschen ein Recht haben müssten, auf digitale Identitäten zu verzichten, denn:

„Auf politischer Ebene verbindet die obligatorische digitale ID faschistische Logiken der Ausgrenzung mit kommunistischen Logiken der überbordenden Bürokratie und schafft so hybride Infrastrukturen autoritärer Kontrolle. Auf sozialer Ebene führen diese Systeme zu einer Teilung der Bürgerschaft, wodurch Andersdenkende und digital Ausgeschlossene in den Status von Menschen zweiter Klasse gedrängt werden.

Auf kultureller Ebene werden staatliche Eingriffe normalisiert und untergraben das Vertrauen, wobei Pluralismus durch Konformität ersetzt wird. Auf finanzieller Ebene eröffnet die Integration digitaler Zentralbankwährungen in die digitale ID die Möglichkeit programmierbaren Geldes, wodurch Staaten in die Lage versetzt werden, wirtschaftliche Teilhabe einzuschränken, an Bedingungen zu knüpfen oder zu verweigern. Diese Verschmelzung von Identität und Währung führt zu etwas, das man als finanziellen Autoritarismus bezeichnen könnte, einem direkten Hebel politischer Zwangsausübung, der die Autonomie, von der das demokratische Leben abhängt, untergräbt.“ [81]

Die EU-Überwachungs-Infrastruktur enthält bereits alles was es braucht, um Anfang 2027 richtig loszulegen. Die Verordnungen sind beschlossen, die Behörden eingerichtet, bleibt nur noch es dem Bürger als alternativlos zu präsentieren. Gleichzeitig bleibt Europa transatlantisch eingebunden. Die *Vereinigten Staaten von Palantir* überwachen die Überwacher, aber nicht um sie auf missbräuchlichen Gebrauch europäischer Regierungen hinzuweisen, sondern um einen Hebel gegen EU-Regierungen und Gesellschaften in der Hand zu halten.

Unbemerkt von der Öffentlichkeit werden allen Menschen in der EU unsichtbare digitale Fußfesseln verpasst. Lassen Sie sich nicht täuschen, es gehe um Kinderschutz, europäische Datensouveränität oder es liege an bösen Ausländern, dass wir gezwungen sind, eine digitale Identität einzuführen. Dies sind alles Ablenkungsthemen, die uns weis machen, es sei alternativlos, während man unser gesamtes Leben überwacht, um uns zu steuern. Keine Frage, mit der Einführung der EUDI-Wallet legt man uns unsichtbare Ketten an und schmeißt uns ins digitale Gefängnis. Sobald der digitale Euro an den Start geht und in die Wallet integriert wird, schmeißen sie die Schlüssel weg und versenken sie im Fluss.

Aber alles wird gut: Sie können sich immer noch mit Walschicksalen und gescheiterten Rettungsversuchen beschäftigen. Ein einziges Medienspektakel. Gehen Sie weiter, hier gibt es nichts zu sehen.

Quellen:

[74] Universität Köln (21.03.2025): „Rechtsgutachten zur US-Rechtslage zum weltweiten Datenzugriff durch US-Behörden bei Nutzung von Cloud-Diensten“. Fragdenstaat. <<https://fragdenstaat.de/dokumente/273689-rechtsgutachten-zur-us-rechtslage-zum-weltweiten-datenzugriff-durch-us-behoerden-bei-nutzung-von-cloud-diensten/>>

[75] Arthur Galbraith (05.06.2025): „Partnerschaft von BWI und Google: Die Bundeswehr bekommt eine eigene Cloud“. Bundeswehr. <<https://www.bundeswehr.de/de/meldungen/partnerschaft-bwi-google-bundeswehr-eigene-cloud-5952950>>

[76] Pressemitteilung (12.06.2025): „Google Cloud wird Bestandteil der Bundeswehr-Cloud“. Security-Insider. <<https://www.security-insider.de/bundeswehr-bwi-google-cloud-datenschutz-digitale-souveraenitaet-a-3a26bcde94fd-5f9230dd37ea9406bc88/>>

[77] Maria Prchal (30.11.2025): „Wie die USA den Europäern den digitalen Stecker ziehen könnten“. Profil. <<https://www.profil.at/oesterreich/wie-die-usa-den-europaeern-den-digitalen-stecker-ziehen-koennten/403107702>>

[78] Atoosa Haghani: „Digital Darkness: How Governments Use Digital Repression to Silence Dissent“. iLIT. <<https://law.temple.edu/ilit/digital-darkness-how-governments-use-digital-repression-to-silence-dissent/>>

[79] Written evidence submitted by Anonymous (HAR0006) (07.2025): „The Dangers of Digital ID – A Threat to Privacy and Freedom“. Europäisches Parlament. <<https://committees.parliament.uk/writtenevidence/142676/pdf/>>

[80] H. Akin Ünver (01.05.2024): „Artificial intelligence (AI) and human rights: Using AI as a weapon of repression and its impact on human rights“. Europäisches Parlament. <https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2024/754450/EXPO_IDA%282024%29754450_EN.pdf>

[81] siehe [42]



Symbolbild, erstellt mit ChatGPT, gemeinfrei

Menschheit am Scheideweg: Kurzeinführung in die Technokratie

Über den größten und
einschneidendsten
Umbruch der Zivilisations-
geschichte

Autor: Axel B.C. Krauss

Axel B.C. Krauss, Jahrgang 1969, studierte Chemie bis zum Vordiplom Organik. Danach wechselte er zu Literaturwissenschaft, Philosophie und Filmwissenschaft. Er ist freier Autor, Publizist und Komponist. Seit fast 30 Jahren publiziert er Artikel und Bücher mit den Themenschwerpunkten Weltwirtschaft, Geopolitik, Elitenforschung und Geschichte der Naturwissenschaften. Er arbeitet derzeit an einem Buch über Quantenphysik, Informationstheorie, Evolution und Bewusstseinsforschung. Auf seiner Webseite axelkra.us finden Sie 2.400 Artikel, seit 2020 mit zunehmendem Fokus auf die Technokratie, ihre Geschichte und ihre gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen.

Als Donald John Trump, der 45. und seit dem 20. Januar 2025 der 47. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, in seiner ersten Amtszeit der grönländischen Regierung ein Kaufangebot machte [1], sorgte dies natürlich für heftiges Stirnrunzeln bei Analysten und Kommentatoren des geopolitischen Geschehens. Unter Rechtsexperten sogar für Kopfschütteln – wie z.B. bei Prof. Dr. Matthias Goldmann, Fachmann für Völkerrecht, der Trumps Vorschlag mit den Worten kommentierte, dies verstieße gegen das Selbstbestimmungsrecht der Grönländer.

Doch Trumps Kaufangebot weckte noch andere Assoziationen. Zumindest bei denjenigen, die sich – hier werfe ich Leser gleich ins kalte Wasser – bereits seit längerer Zeit mit dem Schlagwort „Technokratie“ und dem ganzen „Drumherum“ dieses Begriffes – seiner Geschichte, genauer: dem ideengeschichtlichen Substrat, aus dem dieser Begriff erwuchs – beschäftigt haben. Sein kommerzieller „Annäherungsversuch“ kam mir seltsam bekannt vor. Wo hatte ich das schonmal gelesen? Da ich zu dieser Zeit sehr beschäftigt war und die Recherchen zu mei-

nem dritten Buch über Technokratie, „Der neue Technogott: Herrschaft ohne Gesicht“ (unverhohlene Schleichwerbung), auf Hochtouren liefen, fiel es mir glücklicherweise leicht, die Information schnell richtig einzuordnen. Doch möchte ich die Spannung noch etwas aufrechterhalten, daher zögere ich die Auflösung noch ein wenig hinaus und somit die Beantwortung der Frage, was eine mögliche Erweiterung der USA unter anderem um Grönland – aber auch Venezuela (!) sowie Kuba, dies nur am Rande – mit Technokratie zu tun haben könnte.

In seiner zweiten Amtszeit wurde die Angelegenheit *noch* klarer. Nämlich spätestens, als Trump drohte, Grönland militärisch zu annektieren, also kriegerische Mittel in Betracht zu ziehen [2]. Diplomatische Mittel zu erwägen oder ein Kaufangebot zu unterbreiten, ist eine Sache. Aber – wie bitte? – Krieg gegen die größte Insel der Welt namens Grönland? Was zum Geier haben die USA dort zu suchen? Warum war Trump so erpicht darauf, das Eiland, das zum Königreich Dänemark gehört, unter „seiner“ Kontrolle zu bringen? Wie kommt

„er“ nur auf solche Ideen? Und warum habe ich die Personalpronomen in Anführungszeichen gesetzt?

Nun zur Auflösung: Weil es gar nicht seine Ideen waren. Sie gehen in eine Zeit vor seiner Geburt zurück. Denn Donald J. Trump erblickte am 14. Juni 1946 das Licht der Welt. Die USA u.a. um Grönland zum sogenannten „Great American Technat“, also dem „Großen amerikanischen Technat“, zu erweitern, wurde schon in den 1930er Jahren vorgestellt – von der Bewegung „Technocracy Inc.“. In einer Ausgabe des Magazins „Technocracy“ vom Juli 1940 – sechs Jahre vor Trumps Geburt – schrieb Howard Scott, ein amerikanischer Ingenieur und eines der Gründungsmitglieder von „Technocracy Inc.“, Zitat:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten sollte unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um diese Gebiete und andere, wie Grönland und die Galapagosinseln, zu erwerben. Der Erwerb dieser Gebiete sollte ein obligatorischer Bestandteil des Programms zur Verteidigung des Kontinents sein und unverzüglich erfolgen – **entweder durch Kauf, Verhandlungen oder mit Waffengewalt.**“ [3]

Na hoppla.

Doch warum nun diese Erweiterung zum „Großen Amerikanischen Technat“? Besteht das Ziel darin – um vorerst in der konventionellen geopolitischen Sichtweise zu bleiben –, die anglo-amerikanische Machtprojektion und Dominanz in der Welt aufrechtzuerhalten? Geht es nur darum, Konkurrenten um den „globalen Kuchen“ zurückzudrängen? Antwort: Es geht weit darüber hinaus. Denn die konventionelle oder klassische geopolitische Analytik genügt leider längst nicht mehr, um dem derzeitigen Weltgeschehen wirklich gerecht zu werden. Warum nicht? Wieso sollte eine Erweiterung dieses Sichtfeldes nötig sein? Weil es eben nicht nur um Machtprojektion, nicht nur um Geostrategie und herkömmliches nationales bzw. nationalistisches Vormachtstreben geht, sondern um die Errichtung einer Herrschaftsform, die als solche kaum noch oder sogar nicht mehr zu erkennen sein wird. Es wird eine „Herr-

schaft ohne Gesicht“ sein, um abermals Schleichwerbung für mein Buch unterzubringen.



„Der neue Technogott: Herrschaft ohne Gesicht: Kontrolle im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz: Die Matrix spricht mit der Matrix“
<<https://www.amazon.de/dp/BoGR4CHJWX>>

Soweit man in der Geschichte zurückblickt, basierten klassische Imperien immer auf einem klar erkennbaren Herrschaftsmodell: Auf- und Ausbau von Macht und ihrer Reichweite – entweder durch diplomatische, kommerzielle oder kriegerische Mittel. Insofern hatte Scott also keine weltbewegend innovativen Vorschläge skizziert. Egal ob es das Griechische Imperium war, das Persische oder das „alte Rom“, ob das „British Empire“, also das britische Kolonialreich, das weltweite Dominanz anstrebte („Britannia rules the waves!“), oder dessen Erbe, das „American Century“, das „Amerikanische Jahrhundert“: Jeder, der in diesen Imperien lebte oder von ihnen erobert wurde, wusste um den Charakter des Herrschaftsmodells: Imperialistisch, kolonialistisch und nicht selten militaristisch.

Und genau wie frühere Imperien, beispielsweise das römische, operierte natürlich auch das britische und erst recht das amerikanische des 20. Jahrhunderts auch mit „Handelskriegen“, kurz: Ökonomische Mittel wurden nicht nur zur

Mehrung des eigenen imperialen Wohlstands eingesetzt, sondern auch als Waffe. Der „Internationale Währungsfonds“ beispielsweise, IWF, nutzt finanzielle „Hilfen“, also „großzügige“ Kreditvergabe, schon seit Jahrzehnten als regelrechte Schuldenwaffe, um politische und wirtschaftliche Änderungen in den entsprechenden Ländern durchzusetzen. Man bedient sich dabei der eigentlich sehr simplen Tatsache, dass die Länder, denen mit Abermillionen Dollar „geholfen“ wird, nicht über die nötige nationale Wirtschaftsleistung verfügen, um diese Kredite jemals oder in näherer Zukunft wieder zurückzahlen zu können.

Verzeihen Sie mir bitte den „Crashkurs“ in imperialer Geschichte, aber er ist nötig, um den Unterschied zur heraufdämmernden Technokratie deutlicher hervorzuheben. Jedenfalls setzte das US-Imperium seine Währung, den Dollar, als regelrechte Finanzwaffe ein: „Amerikanische“ – besser: globalistische – Institutionen wie eben erwähnter IWF nutzten beispielsweise Finanzkrisen in anderen Ländern, um mittels „Hilfs“-Krediten mehr Macht über sie zu erlangen. Die „Hilfen“ gab es natürlich nur unter bestimmten Auflagen, und diese lauteten konkret: Ihr gestaltet euer Land nach unseren Vorgaben bzw. zu unseren Bedingungen um, sonst gibt es kein Geld. Die „Finanzspritzen“ dienten also, auf gut Deutsch, der politischen und ökonomischen Erpressung. Das „Wall Street Journal“ schrieb dazu einmal:

„Nach einem Jahr, wie es der IWF hinter sich hat, wäre ein privater Kreditgeber reif für einen großen Umbruch. [...] **Der IWF lebt von der Krise und wird dies auch weiterhin tun, solange er behaupten kann, er sei der einzige, der die Weltwirtschaft vor einer finanziellen Katastrophe schützt.** Diese Idee scheint er dem US-Kongress wieder einmal verkauft zu haben. Der Kongress hält zu seiner eigenen Beruhigung an der Fiktion fest, dass das Geld, das er vergibt, nur ein Kredit sei. Warum nicht einmal versuchen, diesen ‚Kredit‘ einzufordern, um zu sehen, was passiert?“ [4]

Doch das greift noch nicht weit genug. Die Frage muss lauten: **Warum** sollte er behaupten, er sei „der einzige, der die Weltwirtschaft vor einer finanzi-

ellen Katastrophe schützt“? Weil der IWF ein **finanztechnokratisches Machtinstrument** ist. Ebenso wie die Zentralbanken. Man könnte auch sagen, dass es um die Errichtung und Aufrechterhaltung eines **Monopols** über die Geldpolitik geht, um finanz- und wirtschaftspolitische Gestaltungsmacht. Auch die Zentralbanken agieren nämlich in **finanztechnokratischer** Weise – und zwar weltweit. Der amerikanische Historiker Prof. Carroll Quigley fasste die Zielsetzung in seinem fast tausendseitigen Mammutwerk „Tragedy and Hope“ wie folgt zusammen, als er schrieb, die „Kräfte des Finanzkapitalismus“ hätten abgesehen von ihrer geldpolitischen Dominanz auf nationaler Ebene

„noch ein weiteres, weitreichendes Ziel, nämlich nichts weniger als ein **weltweites System der finanziellen Kontrolle** in privaten Händen zu erschaffen, **dazu fähig, das politische System jedes Landes und die Weltwirtschaft als Ganzes zu dominieren**. Dieses System sollte in **feudalistischer Manier von den im Konzert agierenden Zentralbanken der Welt gesteuert** werden, durch geheime Abkommen, die bei regelmäßigen und privaten Treffen und Konferenzen getroffen werden.“

Die wesentliche Aufgabe dieser Zentralbanken, so Quigley, bestünde darin,

„das Ausmaß der wirtschaftlichen Aktivität im jeweiligen Land zu beeinflussen [...]. In jedem Land basierte die Macht der Zentralbank weitestgehend auf ihrer **Kontrolle der Kredit- und Geldströme**. Im **weltweiten Maßstab beruhte die Macht der Zentralbanker auf ihrer Kontrolle der Kredite sowie der Goldflüsse**.“ [5]

Sind wir damit aber nicht weit abgeschweift? Es sollte in diesem Artikel doch vorwiegend um den Begriff der Technokratie gehen? Ganz genau. Und der Aufbau von Zentralbanken, die „in feudalistischer Manier“ – quasi als „Lehnsherren“ des Geldes – eine ungeheure finanzpolitische bzw. -technokratische Wirkungsmacht erreichen konnten, war „nur“ ein

Schritt auf dem Weg zu einem globalen System – einem „Globalen Technat“ – dem natürlich weitere Schritte folgen sollten.

Einer der wichtigsten dieser weiteren Schritte ist der derzeitige Aufbau eines neuen elektronischen bzw. digitalen Geldsystems: Sogenanntes „Programmierbares Geld“. Wie gesagt: Bitte sehen Sie mir nach, dass ich eine so komplexe Materie im Rahmen eines einfachen Zeitschriftenartikels nicht erschöpfend darstellen kann. Ich muss mich auf die wichtigsten Punkte des technokratischen Denkens fokussieren, und die lassen sich tatsächlich sehr leicht zusammenfassen, nämlich in einem einzigen Wort: **Kybernetik** [6]. Management. Systemdenken. So „effizient“ wie möglich.

Das Schlagwort Effizienz spielt bei Technokraten eine fundamentale Rolle. Die Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme der Vergangenheit wurden als zu ineffizient, zu chaotisch, zu verlustreich angesehen; sie wurden angeblich von – wie immer man das nun definieren will – „zu vielen“ Reibungen zwischen zu vielen sozioökonomischen Gruppen und Kräften in ihrer „Gesamtwirkung“ beeinträchtigt. Diese „Reibungsverluste“ wollte man so weit wie möglich abbauen – durch zentrale Planung. Daher fällt in diesem Kontext auch das Stichwort der Kybernetik: Lehre von der Steuerung. Kurz, **Technokratie bedeutet Wirtschaftsmanagement durch eine Elite aus „technisch-wissenschaftlichen Experten“**.

Einer der bekannteren ideologischen Vordenker und Stichwortgeber der modernen Technokratie war der amerikanische Ingenieur und Mitbegründer der „Arbeitswissenschaft“, Frederick Winslow Taylor (1856 – 1915). Er trat offen für eben erwähntes Systemdenken ein: Nicht der Mensch stünde mehr an erster Stelle, sondern die Optimierung seines Funktionierens innerhalb eines so effizient wie möglich gestalteten Systems (meine Hervorhebungen):

„In der Vergangenheit stand der Mensch an erster Stelle; **in Zukunft muss das System an erster Stelle stehen**. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass große Männer nicht gebraucht werden. Im Gegenteil, das oberste Ziel eines jeden guten Systems muss die Ent-

wicklung erstklassiger Menschen sein; und unter systematischer Führung steigt der beste Mann sicherer und schneller als je zuvor an die Spitze auf. [...] Das beste Management ist eine echte Wissenschaft, die auf klar definierten Gesetzen, Regeln und Prinzipien als Grundlage beruht. [...] **Die Grundprinzipien des wissenschaftlichen Managements sind auf alle Arten menschlicher Aktivitäten anwendbar, von unseren einfachsten individuellen Handlungen bis hin zur Arbeit unserer großen Unternehmen.**“ [7]

Übrigens, dies nur als faszinierende historische Randbemerkung: Wussten Sie, dass ein gewisser Wladimir Iljitsch Lenin, eigentlich Wladimir Iljitsch Uljanow (1870 – 1924), russischer Revolutionsführer, vom „Taylorismus“, wie er später genannt wurde, also vom technokratischen Denken, stark inspiriert wurde? Lenin:

„Wir müssen in Russland das Studium und die Lehre des Taylor-Systems organisieren und es systematisch ausprobieren und an unsere Zwecke anpassen.“ [8]

Lenin sprach in diesem Zusammenhang auch von „Rechnungslegung und Kontrolle“ – wobei man „Rechnungslegung“ hier gleichsetzen kann mit „Überwachung aller wirtschaftlichen Tätigkeiten und Finanztransaktionen in einem einheitlichen Hauptbuch“. Der Aufbau dieses Systems wurde in den letzten Jahren, vor allem seit der „Corona-Pandemie“ (11. März 2020), stark beschleunigt. Die Rolle dieses „einheitlichen Hauptbuches“ – im Englischen „Ledger“ – soll die Blockchain übernehmen. Aus Platzgründen kann ich hier nicht auf die mittlerweile recht lange und oft verworrene Entstehungsgeschichte der wohl bekanntesten Kryptowährung Bitcoin eingehen – stattdessen verweise ich interessierte Leser auf das Buch „Hijacking Bitcoin. Die verborgene Geschichte des BTC“ des amerikanischen Bitcoin-Pioniers Roger Ver. Er deckte darin auf, wie die – angebliche – ursprüngliche Absicht, eine vom etablierten Finanzsystem abgekoppelte, dezentrale digitale Währung zu schaffen, über die Jahre nicht nur verwässert, sondern diese von den herrschenden Eliten kooptiert wurde. Andere Stimmen hinge-

gen behaupten, Bitcoin sei von vornherein nur eine Art Köder gewesen, entwickelt von einer bis heute ominösen Figur namens „Satoshi Nakamoto“, um möglichst viele Menschen mit Versprechungen exorbitanter Gewinne in einen „digitalen Goldrausch“ zu versetzen und in das geplante neue, elektronische Geldsystem zu locken.



„Was ist Technokratie?: Über den wichtigsten Begriff unserer Zeit. Von Francis Bacon über Henri de Saint-Simon bis Klaus Schwab“
<https://www.amazon.de/dp/BoF374LX5X/>

Wie auch immer man dazu stehen will: Fakt ist, dass die Blockchain [9] die Rolle des bereits von der Organisation „Technocracy Inc.“ avisierten einheitlichen Hauptbuches übernehmen soll. Larry Fink, Chef von BlackRock, zusammen mit Vanguard (The Vanguard Group) und StateStreet einer der größten Vermögensverwalter der Welt – diese drei Konzerne allein managen und bewegen weltweit Beträge in zweistelliger Billionenhöhe (geschätzt 25-30 Billionen, also 25.000-30.000 Milliarden), machte im März 2026 bei einem Vortrag vor US-Führungspolitikern keinen Hehl aus dieser Absicht. Er sagte, es ginge nun um eine – wie er sich ausdrückte – „Umtopfung“ des alten, „analogen“ Finanzsystems in das neue, digitale. Das von den Eliten dafür verwendete Schlagwort lautet „Tokenisierung“ [10] – so viele Vermögenswerte wie möglich sollen digitalisiert und in diesem einheitlichen

Hauptbuch, also auf der Blockchain, verwaltet werden:

„Die Tokenisierung realer Vermögenswerte (Real-World Assets, RWA) ist die Umwandlung physischer Vermögenswerte in digitale Token auf einer Blockchain. Befürworter bezeichnen dies als eine Revolution im Bereich des Eigentums. Larry Fink von BlackRock nennt es ‚die nächste Generation für Märkte, die nächste Generation für Wertpapiere‘. In seinem Jahresbrief des Vorstandsvorsitzenden für 2025 brachte er es auf den Punkt: ‚Jede Aktie, jede Anleihe, jeder Fonds, jeder Vermögenswert kann tokenisiert werden.‘“ [11]

Der obige Auszug stammt aus einem Artikel des amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Patrick M. Wood, der die Technokratie und ihre Entwicklung mehr als vierzig Jahre lang eingehend studierte. Er verfasste zusammen mit dem Historiker Antony C. Sutton auch das zweibändige Werk „Trilaterals over America“. Wood weiter (meine Hervorhebung):

„Im März 2026 erklärte der CEO von BlackRock, dass ‚die Tokenisierung aller Vermögenswerte‘ keine Zukunftsvision mehr sei. Sie findet bereits statt. Immobilien, Aktien, Anleihen – all das wandert auf die Blockchain-Infrastruktur. Im Januar forderte er **eine einzige globale Blockchain, um alle Vermögenswerte weltweit abzuwickeln**. Am 11. März flog er nach Washington, um seine Argumente direkt vor den politischen Eliten vorzubringen. Dies ist kein Verkaufsgespräch. Es ist die Einführung einer neuen Politik. [...] ‚Umtopfen‘ ist das Wort, das Fink verwendet, um Finanzanlagen aus ihrer aktuellen Form in digitale Hüllen zu übertragen. Eine umgetopfte Pflanze steht weiterhin unter der Kontrolle des Gärtners. Bei vollständiger Tokenisierung existieren Ihr Haus, Ihre Ersparnisse, Ihr Rentenkonto und Ihr Land alle als programmierbare Token auf einer Blockchain. Die Regeln für diese Token werden von Unternehmen wie BlackRock verfasst, von ihnen hörigen Regulierungsbehörden abgesegnet und durch KI-gesteuerte Algorithmen durchgesetzt.“ [12]

Ohne mich unnötig wiederholen zu wollen: Es ist im Rahmen eines Artikels von wenigen Seiten unmöglich, das äü-

berst reichhaltige Informationsmaterial zur historischen Genese des technokratischen Denkens und seiner zeitgenössischen Umsetzung auch nur annähernd abzuhandeln. Daher werde ich abschließend nur noch ein einziges Artikelzitat bringen, das vor allem hinsichtlich so mancher nicht etwa als „Force Majeur“ bzw. rein zufällig über die Menschheit gekommener, sondern bewusst inszenierter Krisen Bände spricht. Bitte behalten Sie im Hinterkopf, dass Technokratie im Wesentlichen „Herrschaft wissenschaftlich-technischer Experten“ bedeutet:

„Thorstein Veblen war auch der Schöpfer und Anführer von etwas, das sich ‚Soziet der Ingenieure‘ nannte, **was eine neue Weltordnung bedeutete, die auf einem zentralisierten Netzwerk von Ingenieuren beruhte, die die Hebel der Weltmacht für immer monopolisieren würden**. Veblen stellte sich eine Welt vor, die nach den darwinistischen Prinzipien des Überlebens des Stärkeren und einem radikalen Determinismus organisiert war, der besagte, dass Ingenieure der höchste Ausdruck der Evolution seien, der im ‚Maschinenzeitalter‘ erreicht wurde. Das bedeutete, dass es eine wissenschaftliche Notwendigkeit für Ingenieure war, die Gesellschaft zu regieren.

Daher schlug Veblen vor, dass sein Soziet (auch bekannt als Kollektiv) von einem zentralen Direktorium verwaltet werden sollte, das eine globale Reihe von ‚Unterzentren und lokalen Räten‘ verwalten würde. **Dies war die Grundlage für Howard Scotts Technat**, das einige Jahre später entwickelt wurde. In Veblens Gleichung müsste diese Organisation von Elite-Technikern zunächst **eine kontrollierte Desintegration in der Gesellschaft durchführen, indem sie die Hebel der Industrie und Produktion kontrolliert**. Veblen verwendete den marxistischen Begriff des ‚Massenstreiks‘ der Techniker, **um die globale Industrie zum Stillstand zu bringen**. Mit diesem **erzwungenen Neustart** könnten die Techniker dann ‚die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Landes übernehmen‘ [...]“ [13]

Eine kontrollierte Desintegration, also eine Art „kontrollierte Sprengung“ oder ein gezielter Abbau des globalen Wirtschaftssystems und der Industrie zum Zwecke der darauffolgenden technokra-

tischen Umgestaltung? Eine technokratische Transformation? Na, das passt doch – natürlich wieder nur rein zufällig, nichts hat mit nichts zu tun – zur „Degrowth“- bzw. Deindustrialisierungspolitik, wie wir sie bereits seit Jahren in beschleunigtem Maße erleben dürfen. Die sogenannte „Klimapolitik“, also die vorgebliche „Rettung des Weltklimas“, könnte in diesem Sinne nur ein Vorwand gewesen sein, dem noch weitere, weitaus einschneidendere Schritte folgen könnten – schreibt Mark Keenan, ehemaliger Technologieberater der UN, in seinem Artikel „Das Klimaprojekt war der Pilotversuch – was folgt, ist viel größer“. Keenan:

„Die Klimapolitik mag sich weiterentwickeln, Erfolg haben oder scheitern – ganz nach ihren eigenen Maßstäben. Diese Debatte wird weitergehen. Doch unabhängig von ihren konkreten Ergebnissen hat sie bereits eine andere Rolle gespielt – eine, der weit weniger Aufmerksamkeit geschenkt wird. Sie hat dazu beigetragen, eine **neue Art der Organisation des Wirtschaftslebens** einzuführen und zu normalisieren: eine, **in der Verhalten durch integrierte Finanzsysteme kontinuierlich bewertet, klassifiziert und beeinflusst wird.**“ [14]

Was die „Degrowth“-Agenda betrifft, fällt auch der Irankrieg zumindest teilweise in diese Rubrik. Er sorgte für eine Verteuerung von Energiepreisen und somit Allem, was damit ökonomisch zwangsläufig verknüpft ist. Besonders aufsehenerregend ist das „agendatechnisch“ gesehen allerdings nicht, hatte die Trilaterale Kommission doch schon 1978 in einem Papier zur langzeitstrategischen „Energiewende“ mit dem Titel „Energy: Managing the Transition“ ausdrücklich geschrieben:

[...] es ist angemessen, wenn die trilateralen Länder verschiedene Mechanismen zur Erhöhung der Preise in Betracht ziehen würden. Wir empfehlen dringendst jeder trilateralen Regierung, ihre Steuerstrukturen zu überprüfen und spezifische Energiesteuern einzuführen [...] es steht außer Zweifel, dass für die internationalen Ziele in den künftigen Jahren immer mehr Geld benötigt werden wird.“ [15]

Die US-Regierung ist eine dieser trilateralen Regierungen – siehe dazu das bereits erwähnte zweibändige Werk von Wood und Sutton. Und da die Eliten selbst unter Aufbietung all ihren Reichtums eine Agenda von globaler Dimension nicht finanzieren könnten – selbst wenn ein Bill Gates, Peter Thiel, Sam Altman, Mark Zuckerberg und andere Technokraten ihre Multimilliarden zusammensetzen würden, hätten sie noch immer nicht genug finanzielle Ressourcen dafür – muss dieses Geld natürlich woanders herkommen: Von der Bevölkerung, den Steuerwollepfückerern auf der Wirtschaftsplantage, den fleißigen Steuerbienen. Oder kurz: Eine gigantische Umverteilungsmaschine von „unten nach oben“.

Damit soll diese Kurzeinführung in die Technokratie abgeschlossen sein. Für sehr viel detailliertere Informationen zu diesem Themenkomplex erlaube ich mir, Sie auf meine Trilogie dazu hinzuweisen. Im ersten Band, „Das globale Technat“, gehe ich der Frage nach, welche anderen Motive abgesehen von den „gesundheitspolitischen“ hinter der „Corona-Pandemie“ gesteckt haben könnten – unter denen vor allem die finanzsystemische Ebene zu nennen wäre, die bis heute leider noch viel zu wenig diskutiert wird [16]. Im zweiten Band, „Was ist Technokratie? Über den wichtigsten Begriff unserer Zeit“ erhalten Sie eine ausführliche Herleitung des ideengeschichtlichen Substrats technokratischen Denkens – von der französischen Revolutionsära bis heute. Im dritten und letzten Band – „Der neue Technogott: Herrschaft ohne Gesicht“ liegt der Schwerpunkt auf den technologischen Entwicklungen, vor allem der von sehr einflussreichen „Start Up-Investoren“ wie Jeffrey Epstein oder Peter Thiel massiv finanzierten „Künstlichen Intelligenz“. Sie bekommen alle drei Bücher im KDP-Programm (Kindle Direct Publishing) über Amazon.

Ich lade Sie außerdem herzlich ein, den Fundus an Texten zur Technokratie auf meiner Webseite [17] zu durchstöbern – mittlerweile sind etwas über 2.400 Artikel zusammengekommen, die ich im

Quellen:

- [1] Interview von Carlotta Postel mit Dr. Matthias Goldmann, Professor für Völkerrecht, "You cannot sell parts of a state territory", 17.1.2025, Legal Tribune Online, <<https://www.lto.de/recht/hintergruende/hinterview-trump-usa-control-greenland-right-to-self-determination-international-law>>
- [2] Tabby Wilson, "Trump doubles down on Greenland ahead of Davos visit, saying there is 'no going back'", 21. Januar 2026, BBC, <<https://www.bbc.com/news/articles/cvgr19m642zo>>
- [3] Howard Scott, „America Now and Forever“, erschienen in der Zeitschrift „Technocracy. The New America“, Juli 1940.
- [4] George Melloan, „Die Furcht vor dem Unbekannten ist die Geheimwaffe des IWF“, Wall Street Journal, 21.7.1998, <<https://www.wsj.com/articles/SB900971341422953500>>, Übersetzung aus dem Englischen und Hervorhebungen durch mich.
- [5] Beide Zitate aus Carroll Quigley, "Tragedy and Hope", The Macmillan Company, New York 1966, S. 324. Übersetzung aus dem Englischen und Hervorhebungen durch mich.
- [6] ESC, „Kybernetik zweiter Ordnung“, <<https://axelkra.us/kybernetik-zweiter-ordnung-esc/>>
- [7] Frederick Winslow Taylor, „The Principles of Scientific Management“, Harper & Brothers Publishers, New York & London 1919, Seite 7
- [8] Vladimir Lenin, "The Soviets at Work. The International position of the Russian Soviet Republic and the Fundamental Problems of the Socialist Revolution", veröffentlicht von der Rand School of Social Science, 7 East 15th Street, New York, 1919, <<https://web.archive.org/web/20250317090348/https://www.marxists.org/archive/lenin/works/1918/mar/soviets.htm>>
- [9] Corey Lynn, "Die globale Perspektive auf Impfpässe, Teil 4: BLOCKCHAINED", <<https://axelkra.us/die-globale-perspektive-auf-impfpaeisse-teil-4-blockchained-corey-lynn/>>
- [10] Patrick M. Wood, „Die Tokenisierung realer Vermögenswerte ist ein Instrument der Unterwerfung, nicht der Befreiung“, <<https://axelkra.us/die-tokenisierung-realer-vermoegenswerte-ist-ein-instrument-der-unterwerfung-nicht-der-befreiung-patrick-wood/>>
- [11] Patrick M. Wood, „Die Tokenisierung realer Vermögenswerte ist ein Instrument der Unterwerfung, nicht der Befreiung“, <<https://axelkra.us/die-tokenisierung-realer-vermoegenswerte-ist-ein-instrument-der-unterwerfung-nicht-der-befreiung-patrick-wood/>>

Quellen:

[12] Patrick M. Wood, „Das Ende der Verschuldung durch die Tokenisierung von Vermögenswerten?“, <<https://axelkra.us/das-ende-der-verschuldung-durch-die-tokenisierung-von-vermoegenswerten-patrick-wood/>>

[13] Cynthia Chung, „Elon Musk als Tesla 2.0: Das Erbe von Technocracy Inc. und der Vorstoß für ein nordamerikanisches Technat“, <<https://axelkra.us/elon-musk-als-tesla-2-0-das-erbe-von-technocracy-inc-und-der-vorstoss-fuer-ein-nordamerikanisches-technat-cynthia-chung/>>, meine Hervorhebungen.

[14] Mark Keenan, „Das Klimaprojekt war der Pilotversuch – was folgt, ist viel größer“, <<https://axelkra.us/das-klimaprojekt-war-der-pilotversuch-was-folgt-ist-viel-groesser-mark-keenand/>>

[15] zitiert nach E.R. Carmin, „Das Schwarze Reich“, Wilhelm Heyne Verlag, München, 5. Auflage, 1994, Hervorhebungen durch mich.

[16] Michael Bryant, „COVID-19: Eine globale Finanzoperation“, <<https://axelkra.us/covid-19-eine-globale-finanzoperation-michael-bryant/>>

[17] <<https://axelkra.us/>>

[18] Johnny Vedmore, „Das Kissinger-Kontinuum: Die unautorisierte Geschichte des Young Global Leaders-Programms des WEF“, <<https://axelkra.us/das-kissinger-kontinuum-die-unautorisierte-geschichte-des-young-global-leaders-programmes-wef-johnny-vedmore/>>

[19] Dr. Jacob Nordangård, „Ist Donald Trump die »Abrissbirne« der Eliten, die den Weg für eine »erleuchtete internationale Governance« ebnen wird?“, <<https://axelkra.us/ist-donald-trump-die-abrissbirne-der-eliten-der-den-weg-fuer-eine-erleuchtete-internationale-governance-ebnen-wird-jacob-nordangard/>>

[20] Courtenay Turner, „Die Phönix-Verschörung“, <<https://axelkra.us/die-phoenix-verschwoerung-courtenay-turner/>>; Iain Davis, „Das dunkle MAGA-Technat der Regierungskorporation, Teil 1“, <<https://axelkra.us/das-dunkle-maga-technat-der-regierungskorporation-teil-1-iain-davis/>>

[21] Iain Davis, „Die schöne neue multipolare Weltordnung“, <<https://axelkra.us/die-schoene-multipolare-neue-weltordnung-iain-davis/>>; Patrick M. Wood, „Die China-Karte: Unter Trumps Herrschaft entsteht eine globale Technokratie“, <<https://axelkra.us/die-china-karte-unter-trumps-herrschaft-entsteht-eine-globale-technokratie-patrick-wood/>>; Kit Knightly, „Scheinkriege und steigende Preise: Was eine »multipolare Weltordnung« wirklich bedeutet“, <<https://axelkra.us/scheinkriege-und-steigende-preise-was-eine-multipolare-weltordnung-wirklich-bedeutet-kit-knightly/>>; Cynthia Chung, „Das Leben von James Burnham: Vom Trotzismus über den italienischen Faschismus zum Vater des Neokonservatismus“, <<https://axelkra.us/das-leben-von-james-burnham-vom-trotzkismus-ueber-den-italienischen-faschismus-zum-vater-des-neokonservatismus-cynthia-chung/>>

Laufe von sechs Jahren für ein deutsches Publikum bereitgestellt habe. Sie sind für die Öffentlichkeit kostenlos verfügbar.



„Das globale Technat“ <<https://www.amazon.de/Das-globale-Technat-Ozeanien-Governance/dp/BoC6BTFH2R/258-2932533-5231945>>

Dort finden Sie auch Informationen über das institutionelle Netzwerk der Eliten, das hier nur sehr spärlich beleuchtet werden konnte – z.B. den extrem einflussreichen Council on Foreign Relations (CFR), der aus dem britischen RIIA hervorging (Royal Institute of International Affairs, auch als Chatham House bekannt); dessen europäischer Ableger, das ECFR (European Council on Foreign Relations); das Aspen Institute, den Club of Rome (der mit seinem Buch „Limits of Growth“ die technokratische De-growth-Agenda einer breiten Öffentlichkeit vorstellte); das Tavistock Institute of Human Relations, in dem Kognitionswissenschaftler und Verhaltenspsychologen Framing- und Nudging-Strategien, auf gut Deutsch: Propaganda zur Beeinflussung der „Öffentlichen Meinung“ ausarbeiten; die Bilderberg-Gruppe, das Welt-

wirtschaftsforum (WEF, das aus dem „International Seminar“ in Harvard unter Leitung von Henry Kissinger und der CIA hervorging [18], zu dessen Teilnehmern ein gewisser Dr. Klaus Schwab gehörte) und vieles mehr.

Es ist höchste Zeit, dass der Begriff der Technokratie gesteigerte Aufmerksamkeit erfährt. Denn er ist immer noch zu wenig bekannt – viel zu wenig. Was deshalb besorgniserregend ist, weil wir derzeit eine „Wachablösung“ der etablierten politischen Systeme durch technokratische erleben – nicht nur bloße Politikwechsel. Das gilt erst recht für den „technokratischen Trojaner“ Donald Trump, in dessen Kabinett sich nicht zufällig so viele Technokraten tummeln, die „seine“ Politik maßgeblich beeinflussen und vorgeben. Die destruktive Politik, die sich dahinter verbirgt, beabsichtigt, die etablierte Ordnung gezielt zu zerstören [19] – um aus ihrer Asche allerdings kein besseres, gerechteres, freieres System entstehen zu lassen, sondern einen technototalitäres, digitales Panoptikum wie den mythischen Phönix [20].

In meinen Büchern finden Sie außerdem Informationen über die Rolle des „BRICS“-Blocks und seine Entstehungsgeschichte, mithin die sogenannte „Multipolare Weltordnung“ als globalistische Propaganda-Erzählung [21]; über die Rolle des „Yalies“ Mao Tse Tung (hinter dem der Skull & Bones-Orden der amerikanischen Universität Yale stand) bei der technokratischen Transformation Chinas sowie die genaue Struktur und Funktionsweise des „digitalen Gulags“, der momentan errichtet wird (im dritten Band, „Der neue Technogott“).

Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die menschliche Zivilisation vor einem ihrer größten Umbrüche steht. Eine solche Umwälzung hat es bislang noch nicht gegeben – gerade wegen ihrer globalen Dimensionen. Werden die „99%“ sie gut informiert, bewusst und aktiv mitgestalten – oder werden sie dies dem „1%“ überlassen?

Dieser Text wurde zuerst am 22.04.2026 auf www.znetwork.org unter der URL <https://znetwork.org/znetarticle/the-explicit-manifesto-of-digital-fascism-palantir-and-the-alliance-of-monopoly-capital-with-the-far-right/> veröffentlicht. Lizenz: Rezgar Akrawi, Z Network, CC BY-NC-ND 4.0



Alex Karp (rechts), CEO und Mitgründer von Palantir Technologies, spricht 2022 beim WEF mit Zeitpublizist Uwe J. Heuser. (Bild: World Economic Forum / Benedikt von Loebell / Flickr / CC BY-NC-SA 2.0)

Das explizite Manifest des digitalen Faschismus:

Palantir und das Bündnis des Monopolkapitals mit der extremen Rechten

Eine linke Einschätzung des Palantir Technologies Manifests

Autor: Rezgar Akrawi

Rezgar Akrawi ist ein linker Wissenschaftler, der sich auf Fragen des Verhältnisses von Technologie und Linker Politik spezialisiert hat und im Bereich der Systementwicklung und E-Governance tätig ist.

Das von Palantir Technologies veröffentlichte Manifest ist weder ein technisches Dokument noch eine wirtschaftliche Vision. Es ist ein explizit politisches Dokument, das eine neue Phase in der Entwicklung des digitalen Kapitalismus einläutet – eine Phase, in der dieser seinen Anspruch auf Neutralität aufgibt und beschlossen hat, sich zu entlarven und sein ideologisches Gesicht in vollem Umfang zu offenbaren. Palantir ist kein Einzelfall in der globalen Technologielandschaft. Es ist eines von mehreren großen Technologieunternehmen, die ihre Technologien an Systeme der Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen verkaufen, und wurde von internationalen Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International und Human Rights Watch, für seine Rolle bei der Ermöglichung von Zwangsabschiebungen, Massenüberwachung und der Verfolgung von Dissidenten verurteilt.

Am schwerwiegendsten ist jedoch, dass dokumentierte Berichte eine direkte Partnerschaft zwischen diesem Unternehmen und anderen westlichen Technologiekonzernen wie Google, Amazon und Microsoft einerseits sowie dem israelischen Militär andererseits aufgedeckt haben. Dabei wurden Daten und Zielerfassungssysteme bereitgestellt, die bei Militäroperationen im Gazastreifen zum Einsatz kamen, was das Unternehmen zu einem tatsächlichen Komplizen bei dokumentierten Kriegsverbrechen gegen palästinensische Zivilisten macht. In dieser Hinsicht unterscheidet es sich inhaltlich nicht von anderen großen digital-kapitalistischen Unternehmen, die dasselbe in unterschiedlicher Form und mit unterschiedlichem Grad an Offenheit praktizieren.

Es handelt sich um eine Klassen-Deklaration für ein digitales faschistisches Bündnis, das sich nicht allein auf tradi-

tionelle Gewalt stützt, sondern auf digitale Überwachung und Unterdrückung, Datenanalyse, künstliche Intelligenz, die Manipulation der öffentlichen Meinung und die Unterdrückung abweichender Meinungen durch kaum wahrnehmbare, aber tiefgreifende Methoden. Ein Bündnis, dessen Verbrechen nicht auf Elitekreise und Unternehmensbüros beschränkt bleiben, sondern sich auf Schlachtfelder und Körper von Zivilisten ausweiten und sich heute in seiner deutlichsten Form im Trumpismus, seinen Allianzen, seinen Verbrechen und seinen Angriffskriegen manifestiert.

Vom Silicon Valley ins Weiße Haus: Das organische Bündnis

Um das Palantir-Manifest außerhalb seines isolierten Kontexts zu verstehen, müssen wir uns das Bild jener Allianz vor Augen führen, die sich in den letzten Jahren zwischen einem Teil der technologischen Elite und dem Projekt der extrem nationalistischen Rechten gebildet hat.

Peter Thiel, Mitbegründer von Palantir und wichtigster Geldgeber für Trumps politische Karriere, ist nicht bloß ein Geschäftsmann, der einen politischen Kandidaten unterstützt. Er ist der ideologische Vordenker, der diesem Projekt seine politische Logik verleiht; er betrachtet die bestehende repräsentative liberale Demokratie als Hindernis für das Vorhaben der technokratischen Elite und hat offen erklärt, dass Kapitalismus und traditionelle liberale Demokratie unvereinbar seien.

Dieses Bündnis ist kein Zufall und keine vorübergehende Schnittmenge. Es ist eine objektive Konvergenz zweier Projekte, die ein gemeinsames Ziel verfolgen: die Konzentration der Macht in den Händen einer finanziellen und politischen Oligarchie, die glaubt, ein „natürliches Recht“ zu besitzen, ihre eigenen Gesellschaften und andere zu regieren.

Diese Allianz findet heute ihren institutionellen Ausdruck in der sogenannten „Technologischen Akzelerationsbewegung“, zu der Elon Musk, Jeff Bezos, Mark Zuckerberg und andere gehören, die begonnen haben, koordiniert mit der

zweiten Trump-Regierung vorzugehen. Was sie verbindet, ist keine vollständige ideologische Übereinstimmung. Was sie verbindet ist ihre Klassenposition und ihre gemeinsamen Interessen: die Beseitigung jeglicher regulatorischer oder demokratischer Beschränkungen, die ihre Möglichkeiten zur Akkumulation, zur Herrschaft und zur Ausweitung ihrer Kontrolle einschränken.

Das 22-Punkte-Manifest: Eine Interpretation seines klassenbezogenen Inhalts

Palantir veröffentlichte eine Zusammenfassung des Buches „The Technological Republic“ seines CEO Alexander Karp – inmitten einer weltweiten Debatte und wachsender politischer Empörung, die innerhalb weniger Tage Millionen von Aufrufen verzeichnete. Doch diese Empörung darf sich nicht mit einer rein emotionalen Reaktion begnügen, denn das Manifest ist im Kern ein Klassenprogramm, das eine präzise linke Interpretation verdient, die über bloße Empörung hinausgeht.



Das Buch *The Technological Republic* von Alexander Karp, aus dem das 22 Punkte Manifest hervorging. (Screenshot vom 22.05.2026: <https://techrepublicbook.com/>)

Das Manifest umfasst 22 Punkte, die mit bewusster architektonischer Präzision und nicht willkürlich zusammengestellt wurden. Einige Punkte wirken auf den ersten Blick moderat oder human, wie etwa die Aufforderung zur Toleranz gegenüber Politikern in ihrem Privatleben

oder der Appell, sich nicht über die Niederlage eines Gegners zu freuen.

Diese Punkte sind weder harmlos noch nebensächlich. Sie sind die kalkulierte Fassade, mit der der zögernde Leser für sich gewonnen und dem Manifest ein „ausgewogenes“ Image verliehen werden soll, bevor es sein wahres Gesicht zeigt. Das ist es, was die Ideologieforschung als Struktur der „Konsensfabrikation“ bezeichnet: Man erhält eine Dosis vernünftig klingender Sprache, damit man die giftige Dosis daneben leichter schlucken kann. Was im Manifest logisch erscheint, ist daher kein Beweis für seine Ausgewogenheit, sondern ein weiterer Beweis für seine Gerissenheit.

All diese Punkte dienen als Vorwand, um eine umfassende ideologische Agenda voranzutreiben, die all diese Anliegen mit einem Projekt der Militarisierung, der Herrschaft und einer zivilisatorischen Hierarchie verknüpft. Ich werde mich daher auf die Punkte konzentrieren, die den wahren klassenbezogenen und ideologischen Gehalt dieses Projekts am deutlichsten offenbaren, während ich die übrigen Konzepte im Hauptteil des Textes behandle.

Punkt Eins behauptet, dass „die Ingenieurselite des Silicon Valley moralisch verpflichtet ist, sich an der Verteidigung der Nation zu beteiligen“. Diese moralische Darstellung ist nicht harmlos.

Wenn Aufträge im Militär- und Sicherheitsbereich als „moralische Pflicht“ dargestellt werden, wird sozialer Druck zu einem Mechanismus, der Ingenieure und Programmierer dazu zwingt, der Kriegs- und Unterdrückungsmaschinerie zu dienen, und jede abweichende Stimme innerhalb der Tech-Unternehmen wird im Namen des „Patriotismus“ zum Schweigen gebracht.

Dies ist die Umwandlung des individuellen Gewissens in eine Ware im Dienste des Militär- und Sicherheitsstaates und seiner Unterdrückungs- und Überwachungsinstitutionen.

Punkt Zwei fordert einen „Aufstand gegen die Tyrannei der Apps“, was die Ablehnung von Verbrauchertechnologie zugunsten umfassenderer Sicherheits- und

Militärssysteme bedeutet. Dies ist keine Kritik am Konsumkapitalismus, wie es zunächst erscheinen mag. Es ist ein Aufruf, technologische Kapazitäten nicht auf den Unterhaltungsmarkt, sondern auf die Kriegs- und Überwachungsmaschinerie zu lenken.

In Punkt 5 heißt es: „Die Frage ist nicht, ob KI-Waffen gebaut werden; die Frage ist, wer sie bauen wird.“ Diese geschlossene deterministische Logik zielt darauf ab, jede Debatte über die Ablehnung technologischer Militarisierung im Keim zu ersticken. Wenn die Wahl als „wir oder der Feind“ dargestellt wird, wird die Möglichkeit, „Waffen insgesamt abzulehnen“, zunichte gemacht. Es ist dieselbe Logik, die von Regierungen während des Kalten Krieges angewendet wurde, um Friedensbewegungen zum Schweigen zu bringen und linke Organi-

sationen einzuschränken, und hier kehrt sie in digitaler Gestalt zurück.

Punkt Sechs fordert, dass „der Wehrdienst eine allgemeine Pflicht sein soll“, und plädiert für eine Abkehr vom Freiwilligenwehrdienst zugunsten der Wehrpflicht. Diese Forderung offenbart das klassisch faschistische Gesicht des Manifests: Wenn es dem Staat nicht gelingt, freiwillige Bereitschaft zur Teilnahme an seinen Kriegen zu wecken, greift er auf institutionellen Zwang zurück und nennt dies „gemeinsame Verantwortung“. Am aussagekräftigsten ist, dass das Unternehmen, das von jungen Menschen verlangt, ihr Leben zur Verteidigung „des Westens“ zu opfern, gleichzeitig Milliarden von Dollar mit den Kriegsverträgen verdient, in denen diese jungen Menschen sterben. Pflicht für alle, Profit für wenige.

In Punkt 17 heißt es: „Das Silicon Valley muss einen Beitrag zur Bekämpfung von Gewaltverbrechen leisten.“ Dieser Vorschlag wirkt auf den ersten Blick pragmatisch, doch im Kern handelt es sich um eine Ausweitung der Befugnisse privater Sicherheitsunternehmen, um die Rolle des Staates zu umgehen und sich zu einer unabhängigen Kraft der sozialen Kontrolle zu entwickeln, die nach der Logik des Profits statt nach der Logik des Rechts, einer unabhängigen Justiz und demokratischer Rechenschaftspflicht agiert.

Punkt 20 fordert „Widerstand gegen die allgegenwärtige Intoleranz gegenüber religiösen Überzeugungen“. Dieser Punkt entspringt nicht einer echten Verteidigung der Glaubensfreiheit. Es handelt sich um einen opportunistischen Einsatz religiöser Diskurse, um ein ideologisches Bündnis mit konservativen und religiösen Strömungen zu schmieden, die am ehesten für die Mobilisierung hinter Kriegsprojekten zu gewinnen sind. Die Geschichte lehrt uns, dass jedes faschistische Projekt ein Bündnis mit religiösen Institutionen benötigte, um der Gewalt einen sakralen Charakter zu verleihen, und genau das strebt dieser Punkt unter dem Deckmantel der „Glaubensfreiheit“ an.

Punkt 21 offenbart am deutlichsten die tiefgreifende ideologische Dimension, wenn er feststellt, dass „einige Kulturen entscheidende Fortschritte erzielt ha-

ben, während andere dysfunktional und rückständig bleiben“. Dieser Satz ist keine beiläufige kulturelle Meinung. Er ist die theoretische Grundlage eines zivilisatorischen Kolonialrassismus, der die Herrschaft, Besetzung und Auslöschung von Völkern unter dem Deckmantel einer „rationalen Verwaltung der Zivilisation“ rechtfertigt.

Diese Logik unterscheidet sich nicht grundlegend von der „Last des weißen Mannes“, mit der der Kolonialismus in früheren Jahrhunderten gerechtfertigt wurde, und sie wird heute in der Sprache der Algorithmen und Big Data reproduziert. Was sie gefährlicher macht als ihre Vorgängerin, ist, dass sie keine sichtbaren kolonialen Kräfte erfordert. Eine Datenbank und ein Targeting-Algorithmus genügen.

Trumpismus als System, nicht als Person

Ein häufiger Irrtum besteht darin, den Trumpismus auf die Person Donald Trumps zu reduzieren. Der Trumpismus ist ein umfassendes Klassenprojekt, das das nationale Finanzkapital mit chauvinistischem Nationalismus und Feindseligkeit gegenüber Einwanderern und Minderheiten verbindet. Im Kern ist er Ausdruck der Krise des Kapitalismus, der die liberale Illusion für sein Publikum nicht mehr aufrechterhalten kann und daher auf einen aggressiven nationalistischen Diskurs zurückgreift, um die Aufmerksamkeit von den tatsächlichen Klassenwidersprüchen abzulenken. Das Palantir-Manifest verbindet das digitale Monopolkapital mit diesem Projekt und stattet es mit den technologischen Werkzeugen aus, die erforderlich sind, um es von einem wahlpolitischen Diskurs in ein tatsächliches Kontrollsystem zu verwandeln.

Die dokumentierte Zusammenarbeit zwischen Palantir und Einwanderungsbehörden sowie Sicherheitsbehörden bei der Verfolgung und Abschiebung von Migranten ist ein konkretes Beispiel für dieses Bündnis. Technologie wird hier nicht im neutralen Sinne im Dienste der „Sicherheit“ eingesetzt. Sie dient vielmehr dazu, repressive und rassistische Maßnah-



Die ersten acht Punkte des 22 Punkte Manifest von Palantir. Automatische Übersetzung. (Screenshot vom 22.05.2026: <https://x.com/PalantirTech/status/2045574398573453312>)

men mit hoher operativer Effizienz umzusetzen. Das digitale Werkzeug macht die Repression schneller, präziser und weniger auf öffentliche Rechtfertigung angewiesen.

Der digitale Feudalismus und seine faschistische Phase

Wie ich bereits in meinen Analysen zum digitalen Kapitalismus dargelegt habe, durchleben wir derzeit die fortgeschrittene Phase des digitalen Feudalismus, in der große Konzerne die digitale Infrastruktur monopolisieren und den Nutzern ihre Bedingungen aufzwingen, so wie einst die Feudalherren das Land monopolisierten und die Bauern kontrollierten.

Das Palantir-Manifest offenbart, dass dieser digitale Feudalismus nun in seine faschistische Phase eintritt – eine Phase, in der sich das Kapital nicht mehr mit stiller wirtschaftlicher Ausbeutung begnügt, sondern deutlich auf politische und ideologische Mobilisierung und Kontrolle zusteuert, um sein System vor jeglicher Bedrohung zu schützen.

Im digitalen Kapitalismus sind nicht mehr nur traditionelle Arbeiter und Angestellte Opfer von Ausbeutung. Jeder Nutzer erzeugt täglich Daten, die ohne Gegenleistung in Rohmaterial für die Erzeugung von Mehrwert umgewandelt werden.

Digitale Leibeigene arbeiten in Systemen, die ihnen nicht gehören, und unterliegen Regeln, auf die sie keinen wirklichen Einfluss haben. Was das Manifest diesem Bild hinzufügt, ist die Militarisierung: Dieselben ausbeuterischen Systeme dienen nun dazu, den menschlichen Geist zu manipulieren, Kriege zu führen, abweichende Meinungen zu unterdrücken, Zwangsabschiebungen durchzusetzen und Systeme der Sicherheitskontrolle zu verwalten.

Algorithmen des Todes

Das Manifest lässt sich nicht losgelöst von den aktuellen Kriegen betrachten. Aus

dokumentierten Berichten geht hervor, dass Palantir strategische Partnerschaften mit Armeen und Sicherheitsbehörden eingegangen ist, um Ziel-Datenbanken aufzubauen, die tatsächlich bei Militäroperationen zum Einsatz kommen. Das ist keine theoretische Möglichkeit. Es ist eine dokumentierte alltägliche Praxis: Algorithmen, die Menschenleben in Datenpunkte und Datenpunkte in militärische Ziele umwandeln.

In Palästina haben journalistische und investigative Berichte den Einsatz von Systemen künstlicher Intelligenz dokumentiert, mit denen Ziellisten erstellt wurden, die zu Massakern an Zivilisten im Gazastreifen führten. In Venezuela, im Iran und in anderen Ländern, die Washington als „Bedrohung“ einstuft, werden Überwachungs- und Datensysteme eingesetzt, um Militarismus, Aggression

und Kriege zu unterstützen, die gegen das Völkerrecht verstoßen.

Was das Unternehmen als „intelligentes Zielerfassungssystem“ bezeichnet, ist in der Praxis eine Maschine, die das Töten mit industrieller Effizienz steuert. Das Töten erfordert keine verantwortungsvolle menschliche Entscheidung mehr. Es erfordert einen Algorithmus, ausreichende Daten und die Freigabe durch einen Apparat, der keiner demokratischen Rechenschaftspflicht unterliegt. Dies ist die praktische Umsetzung dessen, was das Manifest als „Echtzeit-Entscheidungsfähigkeit“ bezeichnet, bei der Tötungsentscheidungen augenblicklich innerhalb geschlossener technischer Systeme getroffen werden.

Am wichtigsten in diesem Zusammenhang: Der Einsatz dieser Systeme lässt sich nicht von dem Diskurs trennen, der die Einstufung ganzer Gemeinschaften als rückständig oder bedrohlich rechtfertigt. Das Verbrechen beginnt nicht mit der Bombe. Es beginnt mit der Klassifizierung. Wenn ganze Gemeinschaften als Bedrohung definiert werden, wird das Töten und gezielte Angreifen von Zivilisten zum „Sicherheitsmanagement“ und nicht zu einem Verbrechen, für das die Täter zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Die Illusion der technologischen Neutralität, Selbst-Überwachung und digitale Unterdrückung als Kontrollinstrumente

Die Gefahr des von Palantir entwickelten Modells liegt nicht allein in seinen direkten militärischen Anwendungsmöglichkeiten. Noch gefährlicher ist das, was man als „Überwachungsgesellschaft“ bezeichnen könnte – wenn die Kontrolle nicht mehr von außen kommt, sondern verinnerlicht wird. Wenn ein Mensch weiß, dass er jeden Augenblick beobachtet wird, und das Gefühl hat, dass jede digitale Interaktion aufgezeichnet und analysiert wird, beginnt er, sich selbst zu überwachen.

Sie passen ihre Sprache an, vermeiden heikle Themen und distanzieren sich von radikal abweichenden Meinungen. Diese freiwillige Selbstzensur schränkt



Punkte 9-16 des 22 Punkte Manifest von Palantir. Automatische Übersetzung. (Screenshot vom 22.05.2026: <https://x.com/PalantirTech/status/2045574398573453312>)

linke und progressive Bewegungen sowie Gewerkschaften von innen heraus ein und schwächt sie, ohne dass es Verhaftungen oder direkter Einschränkungen bedarf.

Die Forderung des Manifests nach einem „tiefgreifenden Verständnis menschlichen Verhaltens“ als Voraussetzung für Sicherheit ist in Wirklichkeit ein Aufruf zum Aufbau eines umfassenden Systems, mit dem kollektives politisches Handeln im Keim erstickt werden soll, noch bevor es überhaupt entsteht.

Das Vorhersagen von Protestverhalten und dessen Zerschlagung, bevor es zu einer organisierten Bewegung wird, ist ein Traum, den Sicherheitsdienste seit langem verfolgen, und die Technologie von Palantir bringt uns der Verwirklichung dieses Traums immer näher.

Zu den markantesten ideologischen Mechanismen des Manifests gehört sein



Punkte 17-22 des 22 Punkte Manifest von Palantir. Automatische Übersetzung. (Screenshot vom 22.05.2026: <https://x.com/PalantirTech/status/2045574398573453312>)

Rückgriff auf eine geschlossene deterministische Logik. „Es wird keine technologische Neutralität geben“, „die Frage ist nicht, ob KI-Waffen gebaut werden“, „Demokratien können sich nicht allein auf moralische Diskurse verlassen“. Dieser Ansatz zielt darauf ab, politische Entscheidungen in unausweichliche natürliche Tatsachen umzuwandeln und jegliche Infragestellung der Natur des bestehenden Systems aus dem Bereich der legitimen Debatte zu verbannen. Es ist derselbe Ansatz, den Neoliberale verfolgten, als sie in den 1990er Jahren erklärten, „der Kapitalismus sei das Ende der Geschichte“. Nun kehrt dieselbe Logik in einer sicherheitspolitischen Formulierung zurück: Es gibt keine andere Wahl als die digitale Militarisierung.

Dieser Determinismus ist keine neutrale Beschreibung der Realität. Er ist eine Taktik, um die Politik ihres Inhalts zu entleeren. Wenn man davon überzeugt ist, dass es keine Alternative gibt, hört man auf, nach einer zu suchen. Und genau das ist das Hauptziel hinter dieser Sprache.

Die linke Alternative: Die Frage des Eigentums und der kollektiven Kontrolle

Das Palantir-Manifest ist nicht bloß ein Dokument eines Technologieunternehmens, in dem dessen Standpunkte dargelegt werden. Es ist ein lauter Alarmruf, den progressive Kräfte unmissverständlich hören müssen: Der Kampf um die Zukunft der Technologie spielt sich nicht mehr hinter den Kulissen ab. Er wird offen ausgetragen und ohne Scheu zur Schau gestellt. Wer diese Wende nur zögerlich begreift, verzögert seinen Eintritt in die entscheidende Kampfarena dieses Jahrhunderts.

Die grundlegende Frage ist nicht, wie Technologie genutzt wird. Es geht darum, wem sie gehört und wer ihre Ziele bestimmt. Technologie wird kein Instrument der Befreiung sein, solange sie in den Händen digitaler Monopole bleibt, die mit Projekten der Rechten, des Krieges und der Unterdrückung verbündet sind. Jede ernsthafte Diskussion muss von der Notwendigkeit einer kollektiven

gesellschaftlichen Eigenverantwortung für die digitale Infrastruktur ausgehen und davon, dass Algorithmen und künstliche Intelligenz einer echten demokratischen Kontrolle unterworfen werden, die die Interessen der arbeitenden Massen und nicht die monopolistischer Eliten vertritt.

Dies erfordert, dass sich linke, progressive und menschenrechtsorientierte Kräfte ernsthaft mit dem Bereich der Technologie als wichtigem Schauplatz des Klassenkampfes auseinandersetzen. Intellektuelle Kritik zu üben, so wichtig sie auch sein mag, reicht nicht aus, ohne durch Koordination und gemeinsame Arbeit im Rahmen digitaler Internationalen konkrete technologische Alternativen zu entwickeln: soziale Plattformen, die frei von Monopolen, Einschränkungen und Unterdrückung sind; Suchwerkzeuge, die die Privatsphäre aller Nutzer respektieren; Systeme künstlicher Intelligenz, die demokratisch und transparent verwaltet werden; und andere digitale Anwendungen. Dies sind keine Freizeitprojekte für die Zukunft. Sie sind eine dringende strategische Notwendigkeit für jedes ernsthafte emanzipatorische Projekt.

Notwendige Ergänzung: Technologische Abrüstung als Voraussetzung

Die Entwicklung von Alternativen allein reicht nicht aus, wenn sie nicht mit einer organisierten Kampagne einhergeht, die darauf abzielt, diesen Monopolen ihre technologischen Waffen zu entziehen. An dieser Stelle sei angemerkt, dass Palantir kein Ausnahmefall oder eine Anomalie in der Technologielandschaft ist. Es ist vielmehr der deutlichste und kühnste Ausdruck dessen, was viele andere Unternehmen unter größerer Zurückhaltung und mit sanfteren Worten praktizieren. Was es zu einem Schwerpunkt in dieser Analyse macht, ist, dass es offenlegte, was andere gewöhnlich verbergen, nicht dass es sich inhaltlich von ihnen unterscheidet. Das System ist ein und dasselbe; die einzige Ausnahme ist der Grad der Offenheit.

So wie die historischen Arbeiterbewegungen darum kämpften, das Kapi-

Quellen:

Erstens: Primärquelle – Das Palantir Manifest

1. Palantir Technologies – The Technological Republic, in brief (Official X post, April 2026) <https://x.com/PalantirTech/status/2045574398573453312>
2. Karp, Alexander C. and Zamiska, Nicholas W. – The Technological Republic: Hard Power, Soft Belief, and the Future of the West. Crown Currency, New York, 2025. <https://techrepublicbook.com/>

Zweitens: Journalistische Berichte und Analysen zum Manifest

3. Al Jazeera English – “Technofascism? Why Palantir’s pro-West ‘manifesto’ has critics alarmed,” April 21, 2026. <https://www.aljazeera.com/news/2026/4/21/technofascism-why-palantirs-pro-west-manifesto-has-critics-alarmed>
4. TechCrunch – “Palantir posts mini-manifesto denouncing inclusivity and ‘regressive’ cultures,” April 19, 2026. <https://techcrunch.com/2026/04/19/palantir-posts-mini-manifesto-denouncing-regressive-and-harmful-cultures>
5. Engadget – “Palantir posted a manifesto that reads like the ramblings of a comic book villain,” April 2026. <https://www.engadget.com/big-tech/palantir-posted-a-manifesto-that-reads-like-the-ramblings-of-a-comic-book-villain-181947361.html>
6. TRT World – “Internet explodes in outrage over Palantir’s dystopian tech manifesto,” April 2026. <https://www.trtworld.com/article/e3c9655543c>
7. Reason – “Palantir’s new manifesto wants the military draft reinstated,” April 20, 2026. <https://reason.com/2026/04/20/this-big-tech-firm-wants-to-reinstate-the-draft>

Third: Menschenrechtsberichte zu Palantir und zur Mitschuld von Big Tech in Gaza

8. Amnesty International – Report on the global political economy enabling Israel’s genocide, naming Palantir among key contributors, September 2025. https://www.amnestyinternational.org/2025/9/18/amnesty_international
9. Truthout – “Amnesty Calls for States to Pull the Plug on Economy Backing Israel’s Genocide,” September 2025. <https://truthout.org/articles/amnesty-calls-for-states-to-pull-the-plug-on-economy-backing-israels-genocide>
10. Business and Human Rights Resource Centre – “Palantir allegedly enables Israel’s AI targeting in Gaza, raising concerns over war crimes.” <https://www.business-humanrights.org/en/latest-news/palantir-allegedly-enables-israels-ai-targeting-amid-israels-war-in-gaza-raising-concerns-over-war-crimes/>
11. Business and Human Rights Resource Centre – “Amazon, Google and Microsoft fuel Israeli military aggression in Gaza, investigation reveals,” February 2025. <https://www.business-humanrights.org/en/latest-news/amazon-google-microsoft-fuel-israeli-military-aggression-in-israels-war-on-gaza-investigation-reveals/>

tal in Fabriken und auf Bauernhöfen zu entmachten, ist heute ein vergleichbarer Kampf notwendig, um tödliche Algorithmen, Zielsysteme und Massenüberwachung gemeinsam aus dem Griff dieser Unternehmen zu befreien.

Dieser Kampf nimmt vielfältige Formen an: Boykott ihrer Dienstleistungen, Aufdeckung ihrer geheimen Verträge mit Regierungen, strafrechtliche Verfolgung ihrer Führungskräfte vor internationalen Gerichten wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen sowie Druck auf öffentliche Institutionen, ihre Beziehungen zu diesen Unternehmen abzubrechen. Jeder Regierungsvertrag mit diesem System ist eine direkte Finanzierung der Tötungs- und Abschiebemaschinerie. Die Unterbindung dieses Geldflusses ist die erste Front der Konfrontation.

Dieser Weg kann nicht vollendet werden, wenn nicht gleichzeitig sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene gehandelt wird. Auf nationaler Ebene muss Druck ausgeübt werden, um strenge Gesetze zu erlassen, die Sicherheitstechnologieunternehmen zu vollständiger Transparenz in ihren Verträgen mit Regierungen verpflichten, den Einsatz von KI-Systemen zur militärischen Zielerfassung außerhalb einer unabhängigen gerichtlichen Kontrolle unter Strafe stellen und diese Unternehmen dazu verpflichten, denselben Rechenschaftsstandards zu unterliegen, denen öffentliche Einrichtungen unterliegen.

Auf internationaler Ebene muss daran gearbeitet werden diese Unternehmen den internationalen Menschenrechtskonventionen zu unterwerfen, insbesondere den Genfer Konventionen, die das wahllose Angreifen von Zivilisten verbieten, der Charta der Vereinten Nationen zum Schutz personenbezogener Daten und den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte. Einem Unternehmen, das Ziel-Datenbanken in Kriegsgebieten aufbaut, darf nicht erlaubt werden, außerhalb dieses rechtlichen Rahmens zu agieren, und sollte es dies dennoch tun, tragen die Regierungen, die Verträge mit ihm abschließen, eine mitverantwortliche strafrechtliche Haftung. Dies ist keine luxuriöse reformistische Forderung. Es ist das Minimum, das die Menschlichkeit des Rechts im Ange-

sicht der Unmenschlichkeit des Algorithmus verlangt.

Zweiter Nachtrag: Das Schweigen über Arbeit im Kern des Manifests

Was am Palantir-Manifest auffällt – ja, was zutiefst verdächtig ist: Es fällt darin kein einziges Wort über Arbeitnehmer, über Gewerkschaften, über das Vereinigungsrecht oder über Streiks. In einem Dokument, das von der „Ingenieur-Elite“, der „moralischen Pflicht“ und „rückständigen Kulturen“ spricht, ist kein Platz für die Arbeiter und Wissenschaftler, die diese Algorithmen entwickeln, sie bedienen und unter der Last derselben Überwachung leben.

Dieses Schweigen ist kein Zufall. Es ist ein stillschweigendes Eingeständnis, dass das faschistische Technologieprojekt der Frage nach den Arbeitern nicht standhalten kann, denn nur die Arbeiter sind – wenn sie sich organisieren – in der Lage, die Produktionslinien des Todes vollständig zum Stillstand zu bringen. Ein Generalstreik im Silicon Valley oder sogar in den Büros von Palantir selbst ist der Albtraum dieses Projekts. Die Unterstützung von Gewerkschaften für Technologiearbeiter und die Verknüpfung ihres Kampfes mit einem globalen Kampf ist daher ein Akt des Widerstands erster Güte.

Dieser technologische Kampf ist untrennbar mit dem Kampf der Menschen vor Ort verbunden. Technologie ist ein Hilfsmittel für den Kampf, kein Ersatz dafür. Die wahre Macht liegt nach wie vor in der politischen, gewerkschaftlichen und basisdemokratischen Organisation, in sozialen Bewegungen und in der internationalen Solidarität unter den arbeitenden Massen dieses Systems – sei es in Kriegen, an Grenzen oder in Arbeitervierteln, die von Algorithmen überwacht werden, die keiner Erlaubnis bedürfen.

Fazit: Digitalen Faschismus beim Namen nennen

Das Palantir-Manifest macht deutlich, dass wir es mit einer neuen Form des

Faschismus zu tun haben – nicht nur im engen historischen Sinne, sondern in seiner wesentlichen Bedeutung: dem Bündnis des Monopolkapitals mit aggressiver nationaler politischer Macht und dem Einsatz von Gewalt, Unterdrückung und zivilisatorischer Hierarchie, um dieses Bündnis vor jeglicher Bedrohung durch das Volk zu schützen. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die Werkzeuge dieses Faschismus heute Algorithmen, Big Data und künstliche Intelligenz sind, und genau das macht ihn undurchdringlicher und schwerer zu bekämpfen als seine Vorgänger.

Wenn Alexander Karp in seinem eleganten Büro sein philosophisches Manifest fertigstellt, setzen die von seinem Unternehmen entwickelten Algorithmen ihre Arbeit fort: Sie identifizieren Ziele, verfolgen Migranten an den Grenzen, erstellen weltweit Datenbanken mit Dis-

sidenten und unterstützen die Maschinerie des Militarismus und der Unterdrückung rund um den Globus. Philosophie und Verbrechen sind zwei Seiten derselben Medaille.

Der Kampf für soziale Gerechtigkeit und Befreiung führt heute unweigerlich und maßgeblich über den Kampf um die Befreiung der Technologie von diesem aggressiven Klassenbündnis. Dies ist keine technische und auch keine abstrakte ethische Frage. Es ist durch und durch eine politische Frage und Teil eines historischen Kampfes darum, wer die Kontrolle über die Zukunft und das menschliche Bewusstsein innehat: die monopolistische Minderheit, die mit Projekten des Tötens und der Unterdrückung verbündet ist, oder die arbeitenden Massen, die ihre Autorität über die Werkzeuge durchsetzen müssen, die ihr Leben und ihr Schicksal prägen.

Quellen:

12. Business and Human Rights Resource Centre – “Google, Amazon and Microsoft allegedly complicit in war crimes amid Israel’s war in Gaza.” <https://www.business-humanrights.org/en/latest-news/google-amazon-microsoft-allegedly-complicit-in-war-crimes-amid-israels-war-in-gaza/>
13. Business and Human Rights Resource Centre – “Google did not respond to allegations over its complicity in war crimes amid Israel’s war in Gaza,” April 2025. <https://www.business-humanrights.org/en/latest-news/google-did-not-respond-to-the-allegations-over-its-complicity-in-war-crimes-amid-israels-war-in-gaza/>
14. Business and Human Rights Resource Centre – “Amazon did not respond to allegations over its complicity in war crimes amid Israel’s war in Gaza,” April 2025. <https://www.business-humanrights.org/en/latest-news/amazon-did-not-respond-to-the-allegations-over-its-complicity-in-war-crimes-amid-israels-war-in-gaza/>
15. Business and Human Rights Resource Centre – “Microsoft did not respond to allegations over its complicity in war crimes amid Israel’s war in Gaza,” April 2025. <https://www.business-humanrights.org/en/latest-news/microsoft-did-not-respond-to-the-allegations-over-its-complicity-in-war-crimes-amid-israels-war-in-gaza/>

— Eigenanzeige —



Sie wollen selbst aktiv werden und zur Aufklärung beitragen?

Werden Sie Aktiv-Abonnent: 6x im Jahr erhalten Sie 10 Exemplare des Free21-Magazins für 10 Euro/Ausgabe* inklusive Versand innerhalb Deutschlands.** Unsere Bitte: Geben Sie die übrigen Exemplare weiter oder "vergessen" Sie sie beim Arzt, im Bus oder beim Einkaufen und verbreiten Sie dadurch unabhängigen Journalismus!



Jetzt bestellen!
www.free21abo.de

- * Erscheint 2-ntl. – 6x im Jahr, 10 Euro pro Ausgabe in Deutschland. Kündbar zum Monatsende.
- ** Innerhalb der EU und Schweiz 5 Euro Versandpauschale – 15 Euro/Ausgabe.



Dieser Text wurde zuerst am 18.05.2026 auf www.global-research.ca unter der URL <<https://www.global-research.ca/digital-enlavement-nuclear-weapon/5926755>> veröffentlicht. Lizenz: © Peter Koenig, Global Research, 2026



„Digitale Versklavung“ – eine subtile Waffe sozialer Unterwerfung und globaler Kontrolle

Bei einem kürzlich in Lima, Peru, abgehaltenen buddhistischen Retreat wurden die rund 200 Teilnehmer dazu aufgefordert, während der dreitägigen Klausur auf ihre „Skribensbildschirme“ – „Smartphones“, Computer und Fernseher – zu verzichten.

Es ist schwer zu sagen, wie viele diesen Rat wirklich befolgt haben, aber viele haben es getan.

Das Erstaunliche war, dass es vielen am ersten Tag nicht leicht fiel, die ständigen Benachrichtigungen auf dem Handy zu ignorieren. Doch indem wir bewusst dagegen ankämpften, wurde es einfacher. Und an den folgenden Tagen dachten wir kaum noch daran. Die Tage waren ausgefüllt mit Meditation und verschiedenen spirituellen Übungen ... das digitale Zeitalter wurde friedlich in eine Ecke verbannt.

Autor: Peter Koenig

Peter Koenig ist Geopolitik-Analyst, regelmäßiger Autor für Global Research und ehemaliger Ökonom bei der Weltbank und der Weltgesundheitsorganisation (WHO), wo er über 30 Jahre lang weltweit tätig war. Er ist Autor von „Implosion – Ein Wirtschaftsthriller über Krieg, Umwelterstörung und Unternehmenseier“ sowie Mitautor von Cynthia McKinneys Buch „When China Sneezes: From the Coronavirus Lockdown to the Global Politico-Economic Crisis“ (Clarity Press – 1. November 2020). Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre for Research on Globalization (CRG). Außerdem ist er non-resident Senior Fellow am Chongyang Institute der Renmin-Universität in Peking.

Leider wurde unsere Versteck-Ecke nach dem Retreat wieder lebendig, und die digitale Welt beanspruchte erneut den Großteil unserer Aufmerksamkeit – aus „Angst“ davor, was wir während des wahrlich himmlischen Retreats vielleicht verpasst hatten. Die Spiritualität muss wohl allmählich wieder verfliegen sein ... und das, was wir „Realität“ nennen, hat wieder die Oberhand gewonnen.

Interessanterweise ist das, was wir als „Realität“ bezeichnen, eine künstliche, uns eingepflichtete Realität. Seit Jahren wird uns erzählt, dass der technische

Fortschritt – oder, wie es im „Great Reset“ des Weltwirtschaftsforums (WEF) heißt, die **Vierte Industrielle Revolution (4IR)** – ein Konzept ist, das beschreibt, wie neue Technologien die Grenzen zwischen der physischen, der digitalen und der biologischen Welt verwischen. Dies verändert grundlegend, wie wir leben, arbeiten und miteinander umgehen.

Anstatt sich persönlich auszutauschen und miteinander zu reden, werden Nachrichten, Videos und alberne Witze verschickt. Neben dieser Gehirnwäsche wurde uns der Glaube

eingeflößt, dass die Arbeit von zu Hause aus nur Vorteile habe. Das ist eine glatte Lüge.

Diese Vorteile des „Homeoffice“ zielen darauf ab, uns voneinander zu trennen, um physischen Kontakt zu vermeiden, wodurch wir leichter manipulierbar, kontrollierbar und entbehrlich werden – und durch Roboter und schließlich durch künstliche Intelligenz (KI) ersetzt werden können.

Und wohlgekannt: Die *4IR* wurde von den Vereinten Nationen (UN) unrechtmäßig gebilligt. Im Juni 2019 wurde in Genf ein wenig bekanntes Kooperationsabkommen zwischen dem WEF und der UN unterzeichnet, das eine eindeutige Verbindung zwischen der UN (die im Oktober 1945 in San Francisco von 51 Nationen (heute 193 Mitgliedstaaten) gegründet wurde) und der mit Abstand reichsten Nichtregierungsorganisation der Welt, dem WEF mit Sitz in Genf, Schweiz, etablierte.

Die UNO wurde gegründet, um den Weltfrieden zu sichern und dafür zu sorgen, dass es keine Kriege mehr gibt – insbesondere keine Weltkriege –, die den Planeten Erde verwüsten würden. Dieser Grundsatz ist in der Charta der Vereinten Nationen verankert. Das WEF befindet sich im Besitz von BlackRock, dem weltweit größten Finanzvermögensverwalter, und wird von diesem geführt. Zusammen mit Vanguard, einem austauschbaren Partner, und StateStreet, einem engen Verbündeten, kontrolliert BlackRock Vermögenswerte im Wert von etwa 25 bis 30 Billionen US-Dollar und beherrscht buchstäblich jeden Sektor lebenswichtiger Industrien und Dienstleistungen wie Energie, Ernährung, Transport und Gesundheit, aber auch den weltweiten Rüstungskomplex. Dies steht in eklatantem Widerspruch zur UN-Charta. Die UNO wird von Finanzgiganten kontrolliert, deren Macht weit über die von BlackRock hinausgeht.

Die vierte industrielle Revolution ist daher kein menschenfreundliches Programm. Es handelt sich um einen globalen Kontrollmechanismus, der direkt aus Orwells „1984“ stammen könnte – nur weitaus komplexer, gefährlicher und tödlicher.

Im Gegensatz zu früheren Revolutionen geht es bei der Vierten industriellen Revolution nicht nur um intelligente Maschinen und Systeme; sie zeichnet sich durch eine rasante Konvergenz vielfältiger Technologien aus. Das WEF hebt mehrere Kernsäulen hervor:

- **Digital:** Künstliche Intelligenz (KI), das Internet der Dinge (IoT), Cloud Computing und Blockchain.
- **Physisch:** Autonome Fahrzeuge, 3D-Druck (additive Fertigung) und fortschrittliche Werkstoffe.
- **Biologisch:** Genbearbeitung (CRISPR), synthetische Biologie und Neurotechnologie.

CRISPR steht für „Clustered Regularly Interspaced Short Palindromic Repeats“ (regelmäßig gruppierte, kurz palindromische Wiederholungen). Es handelt sich um eine Technologie, mit der Forscher die DNA lebender Organismen, einschließlich des Menschen, gezielt verändern.

Das WEF, eine Durchführungsstelle für die Finanzgiganten, die versuchen, die Welt zu kontrollieren, und insbesondere für diejenigen, die hinter den Kulissen des WEF die Fäden ziehen, betrachtet diese Fortschritte als eine beispiellose Gelegenheit, globale Herausforderungen anzugehen – wie die beschleunigte Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) – in Wirklichkeit die Agenda zur Bevölkerungsreduktion – und die Verbesserung des nachhaltigen Energiemanagements – die *falsche* Globale Klimawandel Agenda (GCCA).

Die GCCA kann für jede Katastrophe verantwortlich gemacht werden, die die Welt und die Menschheit heimsucht, einschließlich aller neuen Krankheiten und Pandemien, für deren Bekämpfung eine weitere wichtige Durchführungsorganisation, die Weltgesundheitsorganisation (WHO), zuständig ist.

Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Artikels findet vom 18. bis 23. Mai 2026 in Genf die 79. Weltgesundheitsversammlung (WHA) statt. Eines ihrer Hauptziele ist es, den Pandemievertrag in Kraft zu setzen. Dazu ist ein einstimmiger Konsens über die Einzelheiten des Systems für den Zugang zu Krankheitserregern und den Vorteilsausgleich (PABS – Pathogen Access and Benefit-Sharing) erforderlich. Dieser Rahmen regelt, wie Länder Virusproben und genetische Daten austauschen, im Gegenzug für einen garantierten, gerechten Zugang zu Impfstoffen, Diagnostika und Behandlungen.

Auf der Weltgesundheitsversammlung im vergangenen Jahr wurde keine Einigung über das PABS erzielt. Es ist unwahrscheinlich, dass das PABS in diesem Jahr genehmigt wird.

Das PABS würde der WHO die vollständige Kontrolle über das Gesundheitssystem jedes Mitgliedslandes übertragen. Die nationale Souveränität im Gesundheitswesen wäre damit verloren.

Was den meisten Menschen kaum bekannt ist: Neben oder parallel zu den PABS-Debatten finden während der WHA-Woche rund 300 sogenannte „Rahmenveranstaltungen“ statt. Die Themen reichen von *Klimawandel, Umwelt und One Health* über *globale öffentliche Gesundheit* bis hin zu *Gesundheitssystemen und universeller Gesundheitsversorgung* sowie *Bevölkerung und Geburten[kontrolle]*. Die vollständige Liste finden Sie hier: [1].

Über sein globales Zentrum für die vierte industrielle Revolution (C4IR) bringt das WEF Regierungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft zusammen, um Governance-Protokolle zu erarbeiten. Dadurch wird sichergestellt, dass diese exponentiellen Technologien verantwortungsvoll und unter menschlicher Kontrolle genutzt werden.

Obwohl das Hauptquartier von C4IR und sein erster Standort 2017 in San Francisco (USA) eröffnet wurden, hat sich die Organisation zu einem stark dezentralisierten globalen Netzwerk entwickelt. Das Netzwerk umfasst Dutzende unabhängige

Quellen:

[1] WHA Guide 2026 (18.-23.05.2026): „Your guide to events at the 79th World Health Assembly.“. World Health Assembly. <<https://whaguide.com/>>

ger nationaler und thematischer Zentren in Europa, dem Nahen Osten, Asien und Amerika.

Die Digitalisierung der Menschheit ist bis ins kleinste Detail durchdacht, und die WHO ist für einen Großteil dieser Details verantwortlich.

Die WHO wurde im April 1948 gegründet, etwa drei Jahre nach der UNO und den meisten ihrer Unterorganisationen. Die WHO ist für die Kontrolle von Gesundheit und Tod zuständig – ein Projekt der Rockefeller; der Rockefeller-Clan zählt zu den weltweit führenden Eugenikern.

Zurück zum buddhistischen Retreat: Was die Teilnehmer durch den dreitägigen Verzicht auf ihre elektronischen Geräte erlebt haben, ist geradezu phänomenal. Viele sagten, sie könnten sich ein Leben ohne diese digitalen Fesseln vorstellen. Tatsächlich ist es erst etwas mehr als eine Generation her, dass die Menschheit nach und nach einer immer weiter voranschreitenden Digitalisierung unterworfen wurde, die sich nach und nach auf alle Lebensbereiche ausweitet.

Wir haben buchstäblich ein *Stockholm-Syndrom* entwickelt – wir lieben unseren Henker, unseren Richter und unseren Gefängniswärter. Traurig, aber den meisten Menschen fällt es heute immer noch schwer, das zu erkennen.

Stellen Sie sich vor: Noch vor 30 Jahren war das Internet in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Die Netzwerkinfrastruktur wurde vom US-Verteidigungsministerium (DoD) (1969–1983) im Rahmen eines Pentagon-Projekts entwickelt und

entwickelte sich am 1. Januar 1983 zum modernen Internet.

Das World Wide Web (1989) entstand am CERN (Centre européen pour la recherche nucléaire, französische Bezeichnung für *Europäisches Zentrum für Kernforschung*) in der Schweiz. Das Web wird zur Navigation im Internet genutzt.

Viele sagen und empfinden, dass es einfach wäre, wenn ALLE einen Schritt zurücktreten und in die gute alte, nicht-digitale Zeit zurückkehren würden, sagen wir vor 30 Jahren – denn wir würden von vorne beginnen und uns wieder frei fühlen – im Einklang miteinander, nachdem wir eine Lektion gelernt haben, die wir nie vergessen werden.

Das heißt nicht, dass wir die gesellschaftlich nützlichen elektronischen Erfindungen nicht zur Verbesserung unseres Lebens nutzen könnten – aber wir dürfen nie wieder auf die gezielte Versklavung durch eine vollständig kontrollierte Digitalisierung hereinfallen –, die bereits so weit fortgeschritten ist, dass wir kurz vor der vollständigen Umstellung auf elektronisches, digitales Geld stehen – bis hin zu dem Punkt, an dem man durch die Kassenschranke eines Einkaufszentrums geht und per Gesichtserkennung bezahlt, die mit dem eigenen vollständig digitalen Bankkonto verknüpft ist. Dies gibt es bereits in Großstädten wie Moskau und anderen Teilen der Welt.

Pass auf, dass du dich nicht daneben benimmst, sonst wird dein digitales Bankkonto gesperrt.

Spirituelle Lehren und Führung können uns zusammenschweißen und so eine starke Gemeinschaft gleichgesinnter Menschen bilden, die wir „WIDERSTAND“ nennen.

Und wir werden siegen.

Dieser Text wurde zuerst am 11.03.2026 auf www.roape.net unter der URL <https://roape.net/2026/03/11/digital-extraction-and-the-new-logic-of-underdevelopment-re-reading-rodney-nkrumah-and-mbembe-in-the-age-of-data-capitalism/> veröffentlicht. Lizenz: Prince Ifoh, Review of African Political Economy, CC BY-NC-ND 4.0



Marokko 2023, jährliches Treffen der Weltbank. Afrika als Testgelände für digitale Technologien. (Bild: World Bank, Aymane Maalal, Flickr, CC BY-NC-ND 2.0)

Digitale Ausbeutung und die neue Logik der Unterentwicklung

Die Einbindung Afrikas in den globalen Kapitalismus war nie neutral. Vom atlantischen Sklavenhandel über die Kolonialherrschaft bis hin zur Zeit nach der Unabhängigkeit wurde der Kontinent strukturell eher als Quelle von Wert für andere positioniert denn als Ort autonomer Akkumulation. Was oft missverstanden wird, ist nicht, ob diese Ausbeutungslogik beendet ist, sondern wie sie sich verändert hat. Im 21. Jahrhundert haben sich Daten, digitale Arbeit und algorithmische Infrastrukturen als neue Vektoren der Akkumulation herausgebildet. In diesem Beitrag argumentiert Prince Ifoh, dass eine Neuinterpretation von Walter Rodney, Kwame Nkrumah und Achille Mbembe uns erkennen lässt, wie der digitale Kapitalismus die Geschichte der Unterentwicklung Afrikas neu konfiguriert, anstatt mit ihr zu brechen.

Autor: Prince Ifoh

Prince Ifoh ist ein panafrikanischer Wissenschaftler und Doktorand am Dr. Mack Henry Jones Department of Political Science der Clark Atlanta University in Georgia. Er ist Gründer des Young African Leaders Forum (YALF) und Gründungsherausgeber des Young African Leaders Journal of Development (YALJOD), Afrikas führender Jugendzeitschrift. Seine Arbeit konzentriert sich auf politische Ökonomie, politisches Handeln junger Menschen, Regierungsführung und postkoloniale Staatsbildung in Afrika.



Rodney, Nkrumah und Mbembe im Zeitalter des Datenkapitalismus neu gelesen

Walter Rodneys *How Europe Underdeveloped Africa* geht von einer entscheidenden begrifflichen Klarstellung aus: „Unterentwicklung ist nicht das Fehlen von Entwicklung, denn jedes Volk hat sich auf die eine oder andere Weise und in größerem oder geringerem Maße entwickelt.“ [1] Rodney betont, dass Unterentwicklung ein historisches Verhältnis und kein natürlicher Zustand ist. Afrikas Volkswirtschaften wurden aktiv umgestaltet, um der externen Akkumulation zu dienen, während ihre eigenen Produk-

tionsskapazitäten verzerrt oder unterdrückt wurden. Europas Entwicklung und Afrikas Unterentwicklung, so argumentiert Rodney, seien „zwei Seiten derselben Medaille“ [2]. Diese Erkenntnis über die Beziehung bleibt unverzichtbar für das Verständnis der heutigen digitalen Situation Afrikas. Heute sind afrikanische Gesellschaften tief in globale digitale Systeme integriert – Social-Media-Plattformen, biometrische Identifizierungssysteme, mobile Zahlungsinfrastrukturen, Fahrdienst- und Liefer-Apps. Afrikanische Nutzer generieren enorme Datenmengen, doch Eigentumsrechte, Analyseka-

pazitäten und Monetarisierung verbleiben überwiegend in fremder Hand. Die Beteiligung ist intensiv, die Kontrolle jedoch minimal. Dies spiegelt die von Rodney beschriebene Kolonialwirtschaft wider, in der afrikanische Arbeitskraft und Ressourcen für die globale Akkumulation unverzichtbar waren, afrikanischen Gesellschaften jedoch die Mittel zur Wertschöpfung verwehrt blieben.

Kwame Nkrumahs *Neokolonialismus: Die letzte Stufe des Imperialismus* liefert den politischen Rahmen, der erklärt, wie solche Strukturen auch nach der formellen Unabhängigkeit fortbestehen. Nkrumah definiert Neokolonialismus als einen Zustand, in dem ein Staat „theoretisch unabhängig ist und alle äußeren Merkmale internationaler Souveränität aufweist. In Wirklichkeit wird sein Wirtschaftssystem und damit seine Politik von außen gesteuert.“ [3] Die Gefahr des Neokolonialismus, warnt er, liegt gerade in seiner Unsichtbarkeit: Dominanz ohne direkte Herrschaft. Es genügt festzustellen, dass digitale Infrastrukturen diese Logik mit eindrucksvoller Deutlichkeit veranschaulichen. Afrikanische Staaten behalten ihre territoriale Souveränität, doch die Plattformen, die Kommunikation, Handel, Arbeit und Wissen vermitteln, agieren jenseits einer sinnvollen demokratischen Kontrolle. Cloud-Dienste, Mechanismen zur Inhaltsmoderation, Datenspeicherung und algorithmische Entscheidungsfindung unterliegen eher der Unternehmenspolitik als dem öffentlichen Recht. Wie Nkrumah feststellte, erzeugt der Neokolonialismus „Macht ohne Verantwortung“ für diejenigen, die davon profitieren, und „Ausbeutung ohne Wiedergutmachung“ für diejenigen, die die Kosten tragen [4]. Der digitale Kapitalismus reproduziert diese Asymmetrie auf globaler Ebene.

Rodneys Analyse hilft zu erklären, warum diese Situation struktureller Natur und nicht zufällig ist. Koloniale Volkswirtschaften waren auf den Export von Rohstoffen ausgerichtet, nicht auf industrielle Transformation. In ähnlicher Weise orientieren sich die afrikanischen Digitalwirtschaften zunehmend an der Gewinnung von Rohdaten und nicht an der Entwicklung heimischer Datenverarbeitungsindustrien, Kapazitäten im Be-

reich der künstlichen Intelligenz oder eigenständiger Plattformen. Afrikanische Arbeitskräfte verrichten wesentliche digitale Arbeit – von der Moderation von Inhalten bis hin zu Fahrdienstvermittlungen –, während der Mehrwert anderswo anfällt. Unterentwicklung entsteht also erneut durch die Teilnahme selbst.

Was die heutige Zeit auszeichnet, ist nicht bloß die Technologie, sondern die Undurchsichtigkeit. Die Datenerfassung erfolgt kontinuierlich, ist zur Normalität geworden und in den Alltag eingebettet. Achille Mbembes *Kritik der schwarzen Vernunft* bietet eine entscheidende konzeptionelle Brücke zum Verständnis dieses Wandels. Mbembe verortet den zeitgenössischen Kapitalismus in einer längeren Geschichte, in der „Schwarzsein“ durch Regime der Aneignung, Kommodifizierung und Abstraktion hervorgebracht wurde. In der Ära der atlantischen Sklaverei, so schreibt er, wurden Afrikaner in „Mensch-Objekte, Mensch-Waren und Mensch-Geld“ verwandelt, wobei ihr Leben vollständig um die extraktiven Logiken des Kapitals herum neu organisiert wurde [5]. Dieser historische Prozess war grundlegend für den modernen Kapitalismus selbst. Mbembe argumentiert, dass diese Logiken nicht verschwunden sind, sondern verallgemeinert und intensiviert wurden.

In der heutigen Zeit, so beobachtet er, funktioniert der neoliberale Kapitalismus durch Abstraktion, Digitalisierung und die Umwandlung von Leben in berechenbaren Wert, wodurch neue Formen der Entrechtung entstehen, die über die Frage der Ethnie hinausgehen, aber dennoch tief von ihrer Geschichte geprägt sind.

Ihm zufolge eröffnet „die potenzielle Verschmelzung von Kapitalismus und Animismus“ die Möglichkeit, dass Menschen selbst in „belebte Dinge aus codierten digitalen Daten“ verwandelt werden könnten [6]. Digitale Systeme erweitern somit frühere extraktive Regime, indem sie menschliche Aktivitäten wie Bewegung, Kommunikation oder Arbeit kontinuierlich lesbar, extrahierbar und monetarisierbar machen.

Dieser Beitrag beleuchtet die politischen Implikationen der digitalen Abhängigkeit. Afrika wird nicht nur zu einem Ort der Rohstoffgewinnung, sondern auch zu einem Testfeld für neue Technologien der Regierungsführung und Kontrolle. Mbembe warnt davor, dass zeitgenössische Machtformen zunehmend auf der Steuerung von Bevölkerungsgruppen durch Überwachung, Zoneneinteilung und Ausgrenzung beruhen und damit einen Zustand der Austauschbarkeit und Entbehrlichkeit erzeugen, den er als planetarisch bezeichnet. In einer seiner eindringlichsten Formulierungen argumentiert er, dass der rassistische Kapitalismus wie eine riesige Nekropole funktioniert, die dadurch aufrechterhalten wird, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen dem vorzeitigen Tod und Vernachlässigung ausgesetzt sind [7]. In diesem Zusammenhang ist digitale Infrastruktur nicht neutral: Sie wird zu einem Terrain der Souveränität, auf dem der Kampf um Daten, Sichtbarkeit und Kontrolle darüber entscheidet, wer von der technologischen Transformation profitiert und wer die Kosten trägt.

Weder Rodney noch Nkrumah schrieben jedoch als Fatalisten. Rodney betonte, dass Unterentwicklung historisch bedingt und daher umkehrbar sei, während Nkrumah argumentierte, dass Zersplitterung das Haupthindernis für die afrikanische Autonomie darstelle. Die Balkanisierung, so warnte Nkrumah, führe dazu, dass Afrika ein Flickenteppich aus kleinen, schwachen Staaten bleibe, die unfähig seien, ihre eigenen Interessen zu verteidigen [8]. Ihre gemeinsamen Erkenntnisse sind eindeutig: Strukturelle Abhängigkeit lässt sich nicht durch isolierte nationale Strategien überwinden. Auf das digitale Zeitalter übertragen bedeutet dies, dass Datenhoheit und technologische Autonomie kollektives Handeln erfordern. Fragmentierte Regulierungssysteme stärken nur die Verhandlungsmacht multinationaler Plattformen. Kontinentale Koordination – durch gemeinsame Infrastruktur, Industriepolitik und öffentliche Investitionen – ist keine ideologische Präferenz, sondern eine materielle Notwendigkeit. Ohne sie läuft Afrika Gefahr, wieder das zu werden, was es schon einmal war: nämlich

ein Reservoir an Rohstoffen für die globale Akkumulation.

Gleichzeitig erinnert uns Mbembe daran, dass Macht nicht allein bei den Staaten liegt. Digitale Dominanz wirkt sich auf den Alltag aus, und Widerstand muss daher von vielen verschiedenen Orten ausgehen. Afrikanische Gig-Worker, die sich gegen algorithmische Ausbeutung wehren, Aktivisten, die biometrische Überwachung in Frage stellen, und Technologen, die Open-Source-Alternativen entwickeln, sind alle in Kämpfe um Afrikas digitale Zukunft verwickelt. Diese Kämpfe spiegeln Rodney's Forderung wider, dass Afrikaner die Systeme verstehen müssen, die sie beherrschen, sowie Nkrumah's Warnung, dass Souveränität ohne Kontrolle über wirtschaftliche und technologische Grundlagen illusorisch ist.

Rodney, Nkrumah und Mbembe heute neu zu lesen, ist also kein Akt der Nostalgie. Es ist ein Akt analytischer Klarheit. Der digitale Kapitalismus läutet nicht automatisch eine neue Ära der Entwicklung ein. Wie frühere Phasen des Kapitalismus tritt er in eine von Ungleichheit geprägte Welt ein und reproduziert diese Ungleichheit, sofern sie nicht aktiv bekämpft wird. Die Frage, vor der Afrika steht, ist daher nicht, ob es sich digitalisieren wird, sondern zu wessen Bedingungen. Ob der Kontinent ein peripherer Lieferant von Rohdaten bleibt oder zu einem souveränen Akteur bei der Gestaltung der globalen digitalen Zukunft wird, hängt – wie schon immer – von den politischen Entscheidungen ab, die in der Gegenwart getroffen werden.

Quellen:

- [1] Walter Rodney, *How Europe Underdeveloped Africa* (London: Bogle-L'Ouverture Publications, 1972), 13.
- [2] Rodney, *How Europe Underdeveloped Africa*, 130.
- [3] Kwame Nkrumah, *Neo-Colonialism: The Last Stage of Imperialism* (London: Thomas Nelson & Sons, 1965), ix.
- [4] Nkrumah, *Neo-colonialism*, xi.
- [5] Achille Mbembe, *Critique of Black Reason*, trans. Laurent Dubois (Durham, NC: Duke University Press, 2017), 2.
- [6] Mbembe, *Critique of Black Reason*, 3-5.
- [7] Mbembe, *Critique of Black Reason*, 136-137.
- [8] Kwame Nkrumah, *Africa Must Unite* (London: Heinemann, 1963), 178-181.



Dieser Text wurde zuerst am 15.05.2026 auf www.globalbridge.ch unter der URL <https://globalbridge.ch/entkernen-umfunktionieren-und-feindlich-uebernehmen-warum-die-heutige-bundesrepublik-deutschland-so-gut-wie-nichts-mehr-mit-der-bonner-republik-zu-tun-hat/> veröffentlicht. Lizenz: Leo Ensel, Global Bridge, CC BY-NC-ND 4.0



Der kriegsbeschädigte Reichstag, 1945, 3.6.1945. (Foto: Imperial War Museums, Wikimedia Commons, gemeinfrei)

Entkernen, Umfunktionieren und (feindlich) Übernehmen

Warum die heutige Bundesrepublik Deutschland (so gut wie) nichts mehr mit der ‚Bonner Republik‘ zu tun hat

Die wiedervereinte Bundesrepublik Deutschland hat mit dem Land gleichen Namens, das zwischen 1949 und 1990 existierte, nur noch den Namen gemeinsam. Auf den ersten Blick fällt das allerdings nicht auf. Weil die Fassaden noch stehen. Die heutige Bundesrepublik ist nichts Anderes als ein komplett entkernter Altbau.

Autor: Dr. Leo Ensel

ist Konfliktforscher und interkultureller Trainer mit Schwerpunkt „Post-sowjetischer Raum und Mittel-/Ost-Europa“. Er ist Autor einer Reihe von Studien über die wechselseitige Wahrnehmung von Russen und Deutschen. Im neuen Ost-West-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative und der Rekonstruktion des Vertrauens. – Der Autor legt Wert auf seine Unabhängigkeit. Er fühlt sich ausschließlich den genannten Themen und keinem nationalen Narrativ verpflichtet.



Ich habe lange gebraucht, bis es mir langsam dämmerte. Und auch jetzt tue ich mich immer noch schwer, mental und – vor allem! – gefühlsmäßig in der neuen Realität, in der ich mich eher tastend voranbewege, anzukommen. Aber im Millimetertempo wird mir immer deutlicher, dass dieses Land, das sich nach wie vor „Bundesrepublik Deutschland“ nennt, mit dem Land gleichen Namens, in dem ich die Hälfte meines Lebens – von 1954 bis 1990 – verbracht habe, kaum noch identisch ist.

Hälfte des Lebens

Aufgewachsen als „Kind des Rheines“, bin ich mit einer dort nicht untypischen Mentalität. Ulrike Guerot hat sie für sich selbst einmal so auf den Punkt gebracht: „Rheinisch, katholisch und europäisch“. Wobei „europäisch“ für mich, ich vermute: wie für Frau Guerot, sich außenpolitisch in erster Linie auf den nahen ehemaligen „Erbfeind“ bezog [1], innenpolitisch aber auch eine Skepsis – nein: ein starkes mentalitätsmäßiges Fremdeln bis hin zur emotionalen Abneigung – gegenüber jeglichem

„Preußentum“ signalisierte. (Paris war – und ist – uns Rheinländern nicht nur geographisch näher als Berlin.)

Natürlich lebten wir in der alten Bundesrepublik nicht auf einer ‚Insel der Seligen‘: Alte Nazis, geläutert oder auch nicht, waren lange noch präsent – als Lehrer, Ärzte, Richter, Professoren, Städteplaner, Journalisten, höhere Verwaltungsbeamte und Politiker. (Manchmal kam es per Zufall raus, oft auch gar nicht – jedenfalls bis zum Tod der betreffenden Personen.) Ab 1972, noch unter Bundeskanzler Willy – „mehr Demokratie wagen!“ – Brandt, legte sich der sogenannte „Radikalenerlass“ für anderthalb Jahrzehnte wie Mehltau über mehrere Generationen von Hochschulabsolventen. Die terroristische RAF auf der einen sowie Bundesregierung, Polizeiapparat und Bundesbehörden auf der anderen Seite verkrallten sich in den Siebziger Jahren, mit Klimax im ‚Deutschen Herbst‘ 1977, dramatisch zu einer blutigen ‚Folie à deux‘. Um Atomkraftwerke wurden zwischen Polizei und Demonstranten wahre Schlachten ausgetragen und die Stationierung von atomar bestückten Mittelstreckenraketen trieb in den Achtziger Jahren zeitweise über eine Million Menschen, darunter auch mich, auf die Straßen.

Trotz alledem hatte ich aber, bei aller Kritik, im tiefsten Winkel meiner Seele doch ein nahezu unausrottbares ‚politisches Urvertrauen‘ in unseren Staat: Ein vernünftiges Grundgesetz, mit dem ich mich identifizieren konnte; ein im Prinzip funktionierender Rechtsstaat, bei dem die Chancen, am Ende doch Recht zu bekommen, nicht gering waren; nicht zuletzt eine in den Siebziger und Achtziger Jahren immer stärker angewachsene Zivilgesellschaft in Gestalt der (damals) Neuen Sozialen Bewegungen, besonders der Friedens- und Umweltbewegung – und das Problem der alten Nazis würde sich ja früher oder später eh von selbst, sprich: biologisch, erledigen.

Als die Mauer fiel, Deutschland völlig unerwartet wieder vereinigt war und parallel dazu die tödlichen, atomar bestückten Mittelstreckenraketen abgezogen und restlos verschrottet wurden, als der Kalte Krieg (wie es schien) beendet war, als die neue Bundesrepublik Deutschland

sich auf einmal „von Freunden umzingelt“ in einem völlig veränderten Europa wiederfand, da spürte ich in mir eine große Euphorie: *Jetzt*, nachdem der Kalte Krieg so glücklich beendet ist, *jetzt bauen wir das Gorbatschow'sche ‚Gemeinsame europäische Haus‘ auf!* Jetzt versöhnen wir uns – wie damals mit unserem ‚Erbfeind im Westen‘ – auch mit den Völkern im Osten. Jetzt ist ja vielleicht sogar Kants „Ewiger Frieden“ in Reichweite gerückt...

Tableau.

Ein irritierter Blick nach dreieinhalb Jahrzehnten

Machen wir einen kühnen – und reichlich kühlen – Sprung in die Gegenwart! Und schauen wir uns dieses Land nochmals mit altbundesrepublikanischen Augen an.

Da ist zunächst die *Parteienlandschaft*. Alle sind sie noch da. (Zwei, davon eine täglich größer werdende, sind noch hinzugekommen.) Schaut man allerdings genauer hin, so stellt man irritiert fest:

„Die CDU ist nicht mehr christlich, die SPD ist nicht mehr die Partei der Arbeiter. Die Liberalen sind nicht mehr liberal und die Grünen schon lange nicht mehr grün im Sinne einer ehrlichen Umweltpolitik [und erst recht nicht mehr antimilitaristisch]. Und die in Gendersprache, Cancel-Culture und ‚offene Grenzen für alle‘ verliebte Linke ist alles Mögliche, nur nicht links in der Tradition der Arbeiterbewegung.“

So hat es Oskar Lafontaine neulich auf den Begriff gebracht [2]. (Am eklatantesten trifft dies natürlich auf die um exakt 180-Grad gewendete ehemalige Ökopax-Partei zu, die sich heute an Kriegsgeilheit von niemandem übertreffen lässt.)

Als Zweites ein Blick auf die *Medienlandschaft*. Auch hier sind alle Leitmedien der alten Bundesrepublik nach wie vor präsent: vom *Bayernkurier*, *Welt* und *FAZ* über *Süddeutsche* und *Frankfurter Rundschau* bis hin zur antiautoritären *taz*. *Tagesschau* und *Tagesthemen* prä-

sentieren sich wie einst im charakteristischen Blau, *heute* und *heute journal* senden immer noch zu denselben Tageszeiten. Schaut und hört man aber auch hier schärfer hin, so realisiert man verblüfft: *Eine tatsächliche Meinungsvielfalt existiert nicht mehr!* Ob *FAZ* oder *taz* – was die wirklich relevanten Themen angeht, so steht überall dasselbe. (In der *taz* lediglich einen Tick salopper und – selbstverständlich! – streng gegendert.



Symbolbild, erstellt mit ChatGPT, gemeinfrei)

Es gibt auch noch eine *linke Szene*. (Zumindest ein Milieu, das sich ‚irgendwie‘ als links versteht und so präsentiert.) Der genauere Blick offenbart allerdings, dass man sich hier fast nur noch mit Identitätsfragen oder der skurrilsten Inszenierung der exotischsten erotischen Neigung beschäftigt. Die Eigentumsfrage und Fragen der sozialen Gerechtigkeit dagegen spielen so gut wie keine Rolle mehr. Dementsprechend erscheint diese – jeglichem Antimilitarismus abholde – Lifestyle-Linke (wie deren alt gewordene Hauspostille) auch nur bei oberflächlicher Betrachtung als aufmüpfig. In Wirklichkeit ist sie genau die „Linke“, die dem globalisierten Kapital nicht gefährlich wird, ihr Habitus geradezu die unabdingbare Voraussetzung, um in diesem Staat Karriere zu machen.

Einen Lift auf dem raschen Weg nach oben – zumindest aber ein komfortables Zwischenlager für sonst arbeitslose Geistes- und Sozialwissenschaftler – bilden (neben den zahlreichen transatlantischen Organisationen) sogenannte *Nichtregierungsorganisationen (NGOs)*. Ja, die gibt es nicht nur noch – sie sind in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten sogar wie Pilze aus dem Boden geschossen! Wo allerdings in den Achtziger Jahren noch erbittert über „Staatsknete“ gestritten wurde, stellen sie sich heute allesamt

als staatlich, nein: oft sogar regierungsamtlich, alimentiert heraus. [3]

Und nicht nur das: Viele von ihnen betreiben nicht allein eine, mit rund 200 Millionen Euro jährlich geförderte, Fortsetzung der Regierungspolitik mit anderen Mitteln [4]. Sie entpuppen sich vielmehr als der – nur notdürftig getarnte – verlängerte Arm der Staatsgewalt fürs Grobe, sprich: Sie operieren, vorsichtig gesprochen, schlicht am Rande der Legalität. Sogenannte „Antifeministische Meldestellen“ sammeln, staatlich gefördert, „Fälle, unabhängig davon, ob sie angezeigt wurden und unabhängig davon, ob sie einen Straftatbestand erfüllen oder unter der sogenannten Strafbarkeitsgrenze liegen.“ [5] Ähnliches gilt für sogenannte „Anti-Hate Speech“- und andere Vereinigungen. (In Summa die neubundesrepublikanische Version des ehemaligen Vereins „Horch & Guck“ – kurz: eine, diesmal ‚zivilgesellschaftlich‘ outgesourcte, „Stasi 2.0“.) Und selbsternannte, mit bundesdeutschen oder EU-Gütesiegeln geadelte „NGOs“ ver-

breiten unter dem Etikett „Bekämpfung von Fake News“ selber Desinformation. – Mit einem Wort: Der Begriff „Nichtregierungsorganisation“ erweist sich als klassischer Etikettenschwindel, der umgehend durch „GONGO“ (Government-Organized Non-Governmental Organization [6]) ersetzt werden sollte!

Ob der *Rechtsstaat* im Großen und Ganzen noch funktioniert, das wage ich nicht zu beurteilen. Wohl aber, dass ein Grundprinzip jeglicher Demokratie gerade höchst elegant ausgehebelt wird: die *Meinungsfreiheit!* Und damit kommen wir zur atemberaubenden Degeneration jener supranationalen Institution, die einst Hoffnung aller weitsichtigen und friedliebenden Geister auf diesem Kontinent war. Die *Europäische Union*, gegründet als Friedensprojekt, als nationenübergreifende Lehre aus zwei blutigen Weltkriegen, ist nicht nur nach außen zu einer rasenden Kriegsfurie verkommen [7]. Sie verwandelt zudem nach innen unliebsame Staatsbürger [8] völlig willkürlich in aller Rechte beraubte Paria [9] und katalysiert sie somit – alle geheiligten Werte und sämtliche Prinzipien der vom europäischen Kontinent ausgegangenen Aufklärung ignorierend – schnurstracks zurück ins Mittelalter! Als Vogelfreie [10]. Der geniale Trick:

Bei den Willkürmaßnahmen des „Rats der Europäischen Union“ handelt es sich nicht etwa um Strafen (selbst wenn die Sperrung der Konten, die Beschränkung der Bewegungsfreiheit und das Verbot der Unterstützung durch Dritte im Worst Case auf eine ‚Todesstrafe auf Raten‘ hinauslaufen), sondern um „*außenpolitische Abwehrmaßnahmen*“ – weshalb ihnen auf dem nationalen Rechtsweg, sollte er noch funktionieren, auch gar nicht beizukommen ist!

Kurze Kinderfrage: Ist ein Staat, in dem (genauer: über den und dessen Bürger hinweg) die Meinungsfreiheit (bekanntlich immer die ‚Freiheit der Andersdenkenden‘) par ordre du mufti einfach suspendiert werden kann, indem supra-nationale Akteure diejenigen, die sie in Anspruch nehmen, schlicht kaltstellen – ist ein solcher Staat eigentlich noch eine Demokratie?

Und was ist mit dem Grundgesetz, einer dezidiert dem Frieden verpflichteten Verfassung, wenn dieses Land, Totalverweigerung in Sachen Diplomatie betreibend, sich nun fröhlich zur größten konventionellen Militärmacht auf dem westeuropäischen Kontinent aufschwingt, deren Politiker und Leitmedien tagtäglich schriller in Richtung Krieg blasen – und dies in einem zusehends kriegstüchtiger werdenden Bündnis, das noch zu altdesrepublikanischen Zeiten ausschließlich der Verteidigung verpflichtet war?

Entkernt

Warum fällt all das auf den ersten Blick so wenig auf? Warum sieht die neue Bundesrepublik Deutschland, oberflächlich betrachtet, der Bonner Republik immer noch so ähnlich?

Weil die entsprechenden Institutionen eben nicht abgerissen, sondern *entkernt* wurden! Das Land, in dem ich mittlerweile die zweite Hälfte meines Lebens verbracht habe, kommt mir immer mehr vor wie ein komplett entkernter Altbau: Die Fassaden stehen noch. Aber wer wissen will, was sich hinter ihnen tatsächlich verbirgt, darf sich davon nicht blenden lassen.

Oder in einem anderen Bild: Die meisten Institutionen und Organisationen – allen voran unsere privaten und öffentlich-rechtlichen Leitmedien, Arm in Arm mit einer einstmals pazifistischen Partei, sogenannte Nichtregierungsorganisationen, die sich als ‚links‘ präsentierende Szene, nicht zu vergessen die von Tag zu Tag aggressiver auftretenden realen Institutionen der Macht: Armee, NATO und Europäische Union – alle kommen sie mir vor, als seien sie zwischenzeitlich geräuschlos umfunktioniert und (feindlich) übernommen worden. Mein einstiges ‚politisches Urvertrauen‘ ist mir jedenfalls restlos abhanden gekommen.

Wie gesagt: Es sieht manchmal noch fast so aus wie früher. Weil die Fassaden noch stehen. Wohlgemerkt, die *Fassaden!*

Quellen:

- [1] Leo Ensel (11.02.2025): „Ach, Europa! – Tränen eines deutschen Europäers“. NachDenkSeiten. <<https://www.nachdenkseiten.de/?p=128512>>
- [2] Oskar Lafontaine (13.02.2026): „Das deutsche Parteiensystem funktioniert nicht mehr“. NachDenkSeiten. <<https://www.nachdenkseiten.de/?p=146203>>
- [3] Sebastian Leber (28.02.2025): „CDU-Anfrage zu staatlichen Förderungen: Welche NGOs wie viel Geld bekommen“. Tagesspiegel. <<https://www.tagesspiegel.de/politik/staatliche-forderungen-welche-ngos-wie-viel-geld-bekommen-13283785.html>>
- [4] Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Unbekannt): „Bundesprogramm „Demokratie leben!““. Demokratie-Leben. <<https://www.demokratie-leben.de/>>
- [5] „Meldestelle Antifeminismus (2022-2024)“. Amadeu Antonio Stiftung. <<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/meldestelle-antifeminismus/>>
- [6] „GONGO“. Wikipedia. <<https://de.wikipedia.org/wiki/GONGO>>
- [7] siehe [1]
- [8] Raphael Schmeller (09.04.2026): „EU-Sanktionen gegen Journalisten: Kallas liefert keine Belege für Russland-Verbindung“. Berliner-Zeitung. <<https://www.berliner-zeitung.de/article/kallas-belege-eu-sanktionen-journalisten-russland-10029166>>
- [8] Hannes Hofbauer, Promedia 2026. 224 S.: „Aller Rechte beraubt“. Promedia Verlag. <<https://mediashop.at/buecher/aller-rechte-beraubt/>>
- [9] Daniela Dahn (08.05.2026): „Daniela Dahn: Warum die EU-Sanktionen gegen Kritiker den Antisemitismus befeuern“. Berliner-Zeitung. <<https://www.berliner-zeitung.de/article/daniela-dahn-eu-sanktionen-laden-antisemitismus-auf-10034288>>

Dieser Text wurde zuerst am 01.04.2026 auf www.counterpunch.org unter der URL <https://www.counterpunch.org/2026/04/01/405436/> veröffentlicht. Die deutsche Übersetzung erschien zuerst am 15.05.2026 unter: <https://swiss-standpoint.ch/news-detallansicht-de-recht/die-bilanz-des-kollektiven-westens-in-bezug-auf-menschenrechte-und-voelkerrecht.html>. Lizenz: © Alfred de Zayas, CounterPunch

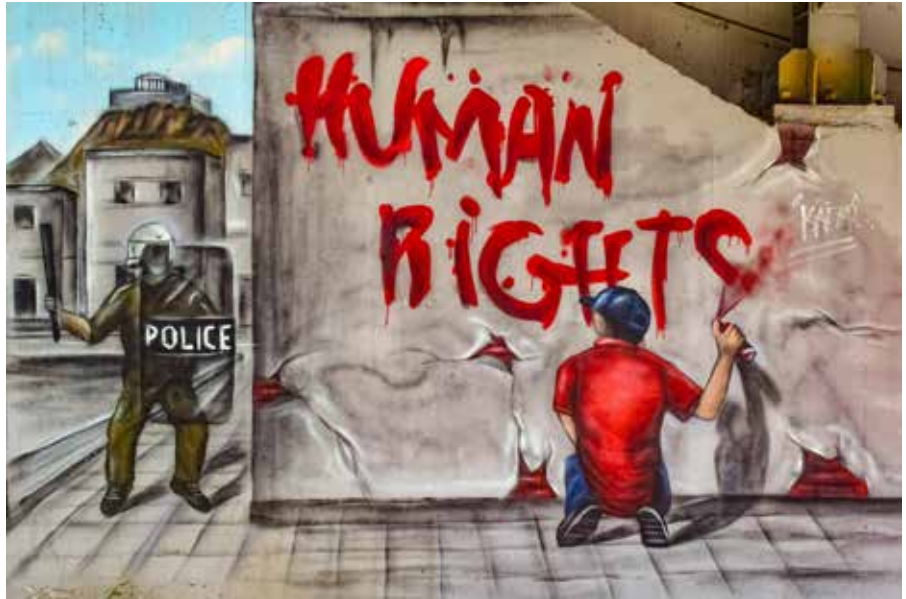


Bild: Dimitris Vetsikas, Pixabay, Pixabay Content License

Der kollektive Westen

Bilanz in Bezug auf Menschenrechte und Völkerrecht

Ein unvoreingenommener Beobachter, der beurteilen möchte, wie sich Länder zu grundlegenden Fragen der Menschenrechte, des Völkerrechts, des Friedens, der Entwicklung und des Multilateralismus verhalten, braucht lediglich die Abstimmungsergebnisse der Staaten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, in der Generalversammlung, im Menschenrechtsrat und in anderen internationalen Gremien zu betrachten.

Autor: Alfred de Zayas

Alfred de Zayas ist Professor für Völkerrecht an der Genfer Hochschule für Diplomatie und war von 2012–2018 unabhängiger Experte der Vereinten Nationen für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. Er ist Vorstandsmitglied des Genfer Internationalen Friedensforschungsinstituts GIPRI. Er ist Autor von zwölf Büchern, darunter «Building a Just World Order» (2021), «Countering Mainstream Narratives» (2022) und «The Human Rights Industry» (Clarity Press, 2021).



Genau darum geht es. Die Abstimmungen sind das Wesentliche – ein verlässlicher Lackmustrtest, um herauszufinden, wofür Länder wirklich stehen, wie sie Völkerrecht und Moral auffassen, wer die einheitliche Umsetzung von Normen fördert, wer Exzeptionalismus praktiziert [1], wer eine multilaterale Welt der Zusammenarbeit anstrebt und wer humanistischen Werten nur Lippenbekenntnisse ablegt, während er Menschenrechte aggressiv für eine konfrontative Geopolitik instrumentalisiert.

Die sich abzeichnenden Muster sind klar: Der kollektive Westen beruft sich auf Exzeptionalismus und untergräbt systematisch die Grundsätze und Ziele der Vereinten Nationen, indem er konsequent

gegen Friedensinitiativen, Entmilitarisierung sowie wirtschaftliche und soziale Entwicklung stimmt. Diesem Phänomen widme ich ein Kapitel in meinem Buch *The Human Rights Industry* [2].

Bereits 1984 verabschiedete die Generalversammlung die Resolution 39/11, die UN-Erklärung über das Recht der Völker auf Frieden [3]. Die Abstimmung ergab 92 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen und 34 Enthaltungen. Der kollektive Westen und seine Vasallen befanden sich in der dritten Kategorie. Im Jahr 2009 beauftragte der Menschenrechtsrat das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte, einen Workshop zum Recht auf Frieden einzuberufen, an dem ich als einer der Experten teilnahm [4].

Wir erstellten einen aussagekräftigen Bericht [5].

Im Jahr 2012 verabschiedete der Beratende Ausschuss des Menschenrechtsrats einen umfassenden Entwurf einer Erklärung zum Recht auf Frieden, der umfangreiche Beiträge der Zivilgesellschaft enthielt, insbesondere die Declaración de Santiago de Compostela von 2010 [6], einschließlich der Schaffung eines Überwachungsmechanismus. Der Menschenrechtsrat beauftragte daraufhin eine offene zwischenstaatliche Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung des endgültigen Entwurfs, an der ich in meiner Funktion als unabhängiger UN-Experte für internationale Ordnung teilnahm [7].

Mit Abscheu beobachtete ich, wie der gesamte Westen, insbesondere die Vereinigten Staaten, den Text aushöhlten, sodass das, was die Generalversammlung schließlich 2016 verabschiedete, weit weniger war als das, was die Welt 1984 hatte [8]. Die Kräfte des Militarismus waren im Menschenrechtsrat zu mächtig geworden, und die rechtlichen Argumente wurden bis zur Unkenntlichkeit verdreht und verzerrt. Orwellsches Neusprech war die Regel, nicht die Ausnahme.

Jedes Jahr verabschiedeten die Generalversammlung und der Menschenrechtsrat Resolutionen, in denen einseitige Zwangsmaßnahmen [9] als Verstoß gegen die UN-Charta, das Völkerrecht, die Freiheit der Schifffahrt, das Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten usw. verurteilt werden. Mehr als zwei Drittel der Mitglieder stimmen dafür [10], der kollektive Westen stimmt dagegen. Es ist aufschlussreich, die Erklärung zur Stimmabgabe der Europäischen Union zu lesen, ein klassisches Beispiel für kognitive Dissonanz.

Jedes Jahr verabschiedet die Generalversammlung eine Resolution, die das illegale Embargo gegen Kuba verurteilt. Am 29. Oktober 2025 wurde die 33. derartige Resolution verabschiedet. Wer stimmte dagegen? USA, Israel, Argentinien, Ungarn, Paraguay, Nordmazedonien und die Ukraine [11]. Wer enthielt sich der Stimme? Albanien, Bosnien und Herzegowina, Costa Rica, Tschechien, Ecuador, Estland, Lettland, Litauen, Marokko, Polen, Moldawien und Rumänien.

Im Jahr 2024 lautete das Abstimmungsergebnis 187 Ja-Stimmen und nur zwei Nein-Stimmen, nämlich die der USA und Israels.

Am 8. Oktober 2021 verabschiedete der Menschenrechtsrat die Resolution 48/7, eine wegweisende Erklärung zu den Folgen und Hinterlassenschaften des Kolonialismus. [12]

„In der besorgten Erkenntnis, dass das Erbe des Kolonialismus in all seinen Erscheinungsformen, wie wirtschaftliche Ausbeutung, Ungleichheit innerhalb und zwischen Staaten, systemischer Rassismus, Verletzungen der Rechte indigener Völker, moderne Formen der Sklaverei und die Schädigung des kulturellen Erbes, negative Auswirkungen auf die wirksame Wahrnehmung aller Menschenrechte hat,

in der Erkenntnis, dass der Kolonialismus zu Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit verbundener Intoleranz geführt hat, und dass Afrikaner und Menschen afrikanischer Abstammung, Asiaten und Menschen asiatischer Abstammung sowie indigene Völker Opfer des Kolonialismus waren und weiterhin unter dessen Folgen leiden,

äußert tiefe Besorgnis über die im kolonialen Kontext begangenen Menschenrechtsverletzungen an indigenen Völkern und betont die Notwendigkeit, dass die Staaten alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Rechte zu schützen und die Sicherheit indigener Völker, insbesondere indigener Frauen und Kinder, zu gewährleisten, Wahrheit und Gerechtigkeit wiederherzustellen und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen,

1. betont die äußerste Wichtigkeit der Beseitigung des Kolonialismus und der Bewältigung der negativen Auswirkungen des kolonialen Erbes auf die Wahrnehmung der Menschenrechte;

2. fordert die Mitgliedstaaten, die zuständigen Organe und Einrichtungen der Vereinten Nationen sowie andere relevante Akteure auf, konkrete Schritte zu unternehmen, um die negativen Auswirkungen des kolonialen Erbes auf die Wahrnehmung der Menschenrechte zu bewältigen.“

Wie erwartet enthielt sich der Westen geschlossen der Stimme.

Am 25. März 2026 verabschiedete die Generalversammlung eine von der Regierung Ghanas vorgeschlagene Resolution zu den Folgen des Sklavenhandels und den Auswirkungen auf Menschenrechte und Entwicklung heute [13]. Wer stimmte dagegen? Die Vereinigten Staaten, Israel und Argentinien. Der Rest des kollektiven Westens und seine Verbündeten enthielten sich der Stimme.

„Mehr als 400 Jahre lang wurden Millionen von Menschen aus Afrika geraubt, in Ketten gelegt und in die Neue Welt verschifft, um unter sengender Hitze und unter Peitschenhieben auf Baumwollfeldern sowie Zucker- und Kaffeeplantagen zu schuften. Ihrer grundlegenden Menschlichkeit und sogar ihrer eigenen Namen beraubt, wurden sie gezwungen, Generationen der Ausbeutung zu erdulden, deren Nachwirkungen bis heute nachhallen, darunter anhaltender Rassismus gegen Schwarze und Diskriminierung.“

Die Resolution hob „den Handel mit versklavten Afrikanern und die rassifizierte Versklavung von Afrikanern als das schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit hervor, aufgrund des endgültigen Bruchs in der Weltgeschichte, des Ausmaßes, der Dauer, des systemischen Charakters, der Brutalität und der anhaltenden Folgen, die das Leben aller Menschen durch rassifizierte Systeme von Arbeit, Eigentum und Kapital weiterhin prägen.“

Interessenorientierte Narrative

Ungeachtet der Fakten, die auf der Hand liegen, will uns die Mainstream-Erzählung glauben machen, dass der „kollektive Westen“ – die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und die meisten europäischen Staaten – die Wiege des Völkerrechts und der Demokratie sei, dass er eine moralische Überlegenheit gegenüber dem Rest der Welt besitze. Ist diese Wahrnehmung gerechtfertigt und empirisch belegbar?

Als amerikanischer und schweizerischer Staatsbürger stelle ich fest, dass unerbittliche Propaganda und Öffent-

lichkeitsarbeit diese eigennützige Fantasie konstruiert haben, die Schulbücher und Hochschullehrbücher pflichtbewusst verbreiten und bekräftigen, nicht nur in den USA, sondern auch in vielen europäischen Ländern. Westliche Kultur, Folklore, Fernsehen, Filme und das Internet sind alle durchdrungen von dem fast religiösen Glauben, dass wir „die Guten“ sind, was impliziert, dass der Rest der Welt die „Bösen“ sind und dass wir die Mission haben, ihnen Demokratie und Menschenrechte zu bringen.

Wenn wir im kollektiven Westen den Begriff „Demokratie“ verwenden, meinen wir natürlich nicht die Übereinstimmung zwischen dem Willen des Volkes und den Regeln, die es regieren. Tatsächlich besteht eine immer größer werdende Kluft zwischen den westlichen Regierungen und dem Volk. Während die Regierungen Kriegspropaganda betreiben und vermeintliche „Feinde“ dämonisieren, plädiert die Bevölkerung der USA und der meisten europäischen Länder mit überwältigender Mehrheit für Frieden und Wohlstand und zieht Butter den Waffen vor.

Ein Teil dieser Kluft spiegelt sich semantisch im Missbrauch von Begriffen wider. Für die „Eliten“ des kollektiven Westens bedeutet „Demokratie“ eigentlich unser Wirtschaftssystem. In vielen Texten sind die Begriffe Demokratie und Raubtierkapitalismus austauschbar. Ein weiteres Problem ist die Wahrnehmung. Durchschnittsbürger haben zwar andere Prioritäten, zum Beispiel das tägliche Leben, und manche ziehen es vor, an die Ehrlichkeit und die guten Absichten unserer Regierungen zu glauben, egal wie oft diese uns belügen, egal wie oft wir sie beim Lügen ertappt haben. Dies lässt sich mit Julius Cäsars berühmter Bemerkung *quae volumus, ea credimus libenter* [14] zusammenfassen – wir glauben, was wir glauben wollen. Schlimmer noch, wir erinnern uns vielleicht an einen anderen lateinischen Satz: *mundus vult decipi* – die Welt will getäuscht werden – ergo *decipiatur* – also lasst uns sie weiterhin belügen [15].

Ungeachtet der rationalen Argumente, die Bertrand Russell, Albert Camus, Ramsey Clark, Noam Chomsky, Naomi Klein, Arundhati Roy, Mia Mottley,

Francis Boyle, John Mearsheimer und Jeffrey Sachs vorgebracht haben, um die falschen Regierungsnarrative zu widerlegen, ist die Macht der Mainstream-Medien so groß, dass die Mehrheit der Amerikaner, Briten, Franzosen und Deutschen aufrichtig von der angeblich moralischen Überlegenheit unserer „demokratischen“ Regierungen und deren Recht überzeugt ist, anderen vorzuschreiben, wie sie ihre Angelegenheiten zu regeln haben.

Das falsche Bild, das wir im kollektiven Westen von uns selbst und unseren Führern haben, beruht auf Fake News, die sich allmählich zu einer falschen Geschichte entwickelt haben (*fake history*) und anschließend durch falsches Recht zementiert wurden (*fake law*). Politiker und Journalisten neigen dazu, internationales Recht nach Belieben zu erfinden. Dieses falsche Recht wird von Regierungsjuristen gestaltet, die im Wesentlichen „Schreibkräfte auf Abruf“ sind, die dafür bezahlt werden, das zu schreiben, was die Regierung will – zumindest um ein plausibles Argument in der erforderlichen Rechtssprache zu formulieren.

Wir im kollektiven Westen leiden zweifellos unter einer unterentwickelten Fähigkeit zur Selbstkritik. Aber ich fürchte, dass dieser schwerwiegende menschliche Fehler auch von vielen anderen geteilt wird, darunter Chinesen, Inder, Pakistaner und Russen. Gewissensverweigerer gegenüber Gruppendenken und offiziellen Narrativen werden als gefährliche Veräter, als Ketzer angesehen. Dies ist kein modernes Phänomen. Sokrates, Seneca, Giordano Bruno [16] wurden von eben jenen Gesellschaften beseitigt, die sie zu erleuchten versuchten. Andere Ketzer überlebten, weil sie in letzter Minute widerriefen, zum Beispiel Galileo Galilei [17].

Die „Ketzer“ von heute sind unsere Whistleblower wie Julian Assange, Edward Snowden, John Kiriakou, Daniel Ellsberg und viele andere. Ich habe mein Buch *The Human Rights Industry* [18] vierzig Whistleblowern gewidmet, die versucht haben, uns die Augen für die Verbrechen zu öffnen, die nicht nur von unseren Regierungen, sondern auch vom privaten Sektor begangen wurden – von Unternehmen, die vom Krieg profitiert und damit Konflikte auf der ganzen Welt

geschürt haben. Wir sollten Whistleblower als Helden unserer Zeit ehren, als mutige Menschen, die ihr Leben und ihre Karriere riskiert haben, um uns Wahrheiten zu sagen, die unsere Regierungen vor uns verheimlicht haben.

Zu den „Ketzer*innen“ von heute gehören auch Expert*innen wie die UN-Sonderberichterstatterin für Palästina, die italienische Rechtsprofessorin Francesca Albanese, die von den USA sanktioniert wurde, sowie der Schweizer Geheimdienstmitarbeiter und wissenschaftliche Forscher Jacques Baud [19], der vom Europäischen Rat unter grober Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung [20], der Glaubens- und Weltanschauungsfreiheit sowie der Freiheit der wissenschaftlichen Forschung sanktioniert wurde.

Diese drakonischen Strafen wurden willkürlich und ohne ordentliches Verfahren verhängt und verstoßen gegen nationales und internationales Recht; sie sind unvereinbar mit zahlreichen Artikeln des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte [21], der Europäischen Menschenrechtskonvention [22] sowie der Charta der Grundrechte der Europäischen Union [23].

Ein kurzer Moment der Hoffnung und des Optimismus: die UN-Charta als Weltverfassung

Es gab Momente in der Weltgeschichte, in denen die Vernunft die Propaganda zu überwinden schien, kurze Momente, die schnell von den Mächtigen zunichte gemacht wurden, deren Hauptanliegen es stets war, die Kontrolle zu behalten, ihre Macht zu vergrößern sowie potenzielle Konkurrenten zu diskreditieren und zu dämonisieren.

Ein solcher Moment ereignete sich 1945 mit der Niederlage des Nationalsozialismus und des japanischen Imperialismus, mit der Verabschiedung der UN-Charta als neue Regel-basierte internationale Ordnung, als neue Verfassung für den Planeten, mit dem Internationalen Gerichtshof als dem Verfassungsgericht der Welt. Es hätte funktionieren können, wenn der Sicherheitsrat und die Generalversammlung die Wünsche von

„Wir, die Völker“ respektiert hätten, deren Hauptanliegen es war, künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren.

Der politische Wille der Staats- und Regierungschefs aller fünf Kontinente hätte die Schaffung wirksamer Durchsetzungsmechanismen ermöglichen können. Tatsächlich ist Zivilisation der fortwährende Prozess der Festlegung von Spielregeln und der Stärkung von Normen durch die Schaffung wirksamer Umsetzungsapparate. Länder des Nordens, Südens, Ostens und Westens hätten den Geist der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verdeutlichen, pflegen und verbreiten können. Die nationalen, regionalen und internationalen Menschenrechtsgenichte hätten gestärkt und ihre Urteile durchgesetzt werden müssen.

Leider sind wir alle Menschen, geplagt von Arroganz, Ehrgeiz, Gier und so vielen Widersprüchen. Bald wurde das im Entstehen begriffene System des Friedens durch das Recht durch das weltweite Aufkommen dessen untergraben, was als „militärisch-industrieller Komplex“ bekannt wurde, und das US-Präsident Dwight Eisenhower in seiner Abschiedsrede vom 17. Januar 1961 anprangerte [24].

Dieses Monster unserer eigenen Schöpfung breitete sich weiter aus und zerstörte jegliche Überreste von Demokratie, jegliches spirituelle Bekenntnis zu den Seligpreisungen (Matthäus, Kapitel V–VII).

Während wir dem Ideal des Friedens durch soziale Gerechtigkeit nur Lippenbekenntnisse ablegten, nahmen wir das alte und unmoralische lateinische Sprichwort *si vis pacem, para bellum* [25] – wenn du Frieden willst, bereite dich auf den Krieg vor – an und lehnten das Motto der Internationalen Arbeitsorganisation ab: *si vis pacem, cole justitiam* [26] – wenn du Frieden willst, pflege die Gerechtigkeit.

Während unsere Führer im gesamten Westen weiterhin Lippenbekenntnisse zum „Frieden“ abgaben, lehnten sie das Ziel der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) [27] ab, dass „da Krie-

ge im Geist der Menschen entstehen, auch im Geist der Menschen die Verteidigung des Friedens errichtet werden muss.“ [28] Dieses Engagement erforderte proaktive Friedensstiftung sowie Erziehung zu Frieden und Empathie. Ich habe dies in mehreren meiner Berichte an den Menschenrechtsrat und die Generalversammlung betont [29].

Diese Doppelzüngigkeit diente dem stetig wachsenden militärisch-industriellen-finanziellen-medialen-digitalen-akademischen Komplex. Alle erzielten Gewinne, während Millionen von Menschen weltweit an Hunger und Krankheiten starben.

Das Ende des Kalten Krieges

Ein weiterer kurzer, strahlender Moment der Hoffnung war das Jahr 1989, als Michail Gorbatschow den Kalten Krieg beendete, indem er den Vereinigten Staaten und Europa Ost-West-Zusammenarbeit statt Konfrontation anbot, und als am 9. November 1989 die Berliner Mauer fiel [30] und 1991 der Warschauer Pakt aufgelöst wurde. Die Sowjetunion hörte auf zu existieren, und ihre Republiken wurden Mitglieder der Vereinten Nationen. Dies war ein Moment, auf dem man aufbauen konnte, um die Energie und Ressourcen der Welt auf die Friedenskonsolidierung und einen echten Multilateralismus zu lenken.

Ja, eine andere Welt war möglich und erreichbar, wie ich in meinem Bericht

an den Menschenrechtsrat von 2014 dargelegt habe [31]. Dies erforderte guten Willen und internationale Solidarität. Die Welt hätte Maßnahmen ergreifen können, um militärisch geprägte Volkswirtschaften in Volkswirtschaften umzuwandeln, die der menschlichen Sicherheit dienen; sie hätte konkrete Schritte für eine weltweite Abrüstung unternehmen können. Der Weltgipfel für soziale Entwicklung [32] fand 1995 in Kopenhagen statt, lange vor den Millenniums-Entwicklungszielen [33] und den Zielen für nachhaltige Entwicklung [34]. Es gab viel Rhetorik, viele Versprechen wurden gemacht, und nur sehr wenige wurden eingehalten [35].

Die Rolle der Wissenschaft bei der Unterstützung von Krieg und Kriegspropaganda

Was waren die Hindernisse für Frieden und Solidarität? Es gab viele Hindernisse, die sich im Triumphalismus von Francis Fukuyamas berüchtigter Vereinfachung *Das Ende der Geschichte und der letzte Mensch* [36] widerspiegeln. In diesem Buch gab es keine Menschlichkeit, sondern nur Schadenfreude über den Sieg über einen „Bösewicht“ – die Sowjetunion –, als wäre diese die Ursache für weltweite Armut und Instabilität gewesen.

Fukuyama fragte nicht, ob es die kapitalistische Philosophie des kollektiven Westens war, die in erster Linie für die Konfrontation verantwortlich war



10. November 1989: Von der Nacht des 9. bis zum Morgen des 11. Novembers hielt eine feiernde Menschenmenge die Mauer am Brandenburger Tor besetzt. (Bild: Lear 21, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0)

und die Welt in die große Gefahr einer nuklearen Vernichtung brachte. Waren es nicht die hegemonialen Ambitionen des kollektiven Westens, die Frieden durch Multilateralismus unmöglich machten? Doch viele in den USA und anderswo teilten Fukuyamas schwarz-weiß Sichtweise. Der Westen hatte den endgültigen Sieg über die Karikatur des „Reiches des Bösen“ errungen. Die westlichen Mainstream-Medien applaudierten dieser grundlegend fehlerhaften und lieblosen Weltanschauung.

Ein weiterer Universitätsprofessor, der zur intellektuellen Verblendung der 1990er Jahre beitrug, war Zbigniew Brzezinski mit seinem arroganten Buch *The Grand Chessboard* [37]. Doch es waren nicht nur triumphalistische Akademiker, die die Zeichen falsch deuteten und die Verantwortung für die Zerstörung der Hoffnung auf eine bessere Welt trugen. Es gab unzählige Politiker und Journalisten, die sich irrten. Und sie hörten nicht auf klügere Köpfe, die erkannten, dass eine einmalige Chance verpasst wurde.

So versäumte es die Welt, den Frieden zu festigen und auf internationale Zusammenarbeit und proaktive Solidarität hinzuarbeiten. Hinzu kamen das großwahn sinnige *Project for the New American Century* [38] und die unglaublich dumme und kurzfristige Osterweiterung der Nordatlantik-Vertragsorganisation (Nato), ein schwerwiegender Vertrauensbruch gegenüber Michail Gorbatschow, da die Wiedervereinigung Deutschlands und die Auflösung des Warschauer Pakts untrennbar mit dem Versprechen von US-Präsident George H.W. Bush und seinem Außenminister James Baker verbunden waren und darauf beruhten, dass die Nato keinen Zentimeter nach Osten expandieren würde [39]. Der Ukraine-Krieg resultierte aus dem Bruch dieser grundlegenden Verpflichtungen gegenüber Gorbatschow [40].

In der realen Welt hat jede Lüge, jeder Betrug Konsequenzen. Ein gebrochenes Wort zerstört Vertrauen, und ist es einmal gebrochen, dauert es lange, bis das Vertrauen wiederhergestellt ist. Jeder Verstoß gegen den guten Glauben und gegen die Regeln des diplomatischen Spiels untergräbt die Aussichten auf Frieden. Die

Hauptschuld liegt bei einer Person: US-Präsident Bill Clinton, der die Osterweiterung der Nato freudig vorantrieb [41]. Die Geschichte wird ihn dafür in Erinnerung behalten, dass er bewusst das Vertrauen gebrochen, Gorbatschow und Boris Jelzin ausgenutzt und die Zukunft von Generationen ruiniert hat.

Nato: Eine kriminelle Organisation im Sinne des Statuts des Nürnberger Tribunals

Inzwischen war die Nato kein Verteidigungsbündnis mehr, denn der Feind hatte „kapituliert“ und war bereit, in den Westen integriert zu werden, ja sogar der EU und der Nato beizutreten. Doch nein, obwohl die Nato keinen Gegner mehr hatte, beschloss sie, einen neuen zu schaffen – nicht mehr die Sowjetunion, sondern die neue Russische Föderation, die sich nichts sehnlicher wünschte als Frieden und Perestroika [42].

Die Nato verwandelte sich in eine Kriegssallianz. Diese amerikanische Hybris wurde von einem großen amerikanischen Diplomaten, George F. Kennan, verurteilt, der warnte, dass die Entscheidung zur Erweiterung der Nato ein „verhängnisvoller Fehler“ sei, der früher oder später zum Krieg führen würde [43].

Und tatsächlich verwandelte sich die Nato in eine „kriminelle Organisation“ [44] im Sinne der Artikel 9 und 10 des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg [45]. Würde man die Kriterien anwenden, nach denen der IMT Nazi-Organisationen als „kriminelle Organisationen“ verurteilte, dann fielen auch die Nato in diese Kategorie, und nicht nur die Nato, sondern auch andere Organisationen wie die CIA, der MI6 und der Mossad, die sich gezielter Tötungen [46], False-Flag-Operationen und terroristischer Aktionen schuldig gemacht haben, darunter Israels mit Sprengstoff versehene Pager [47].

Die Nato hat zudem bei einer Reihe illegaler „humanitärer Interventionen“ ihre Muskeln spielen lassen, zum Beispiel in Jugoslawien, wo sie ohne jegliche Rechtfertigung gemäß der UN-Charta und ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrats eine regelrechte Aggression gegen Serbi-

Quellen:

- [1] Alfred de Zayas (25.09.2024): „Exceptionalism and international law“. Counterpunch. <<https://www.counterpunch.org/2024/09/25/exceptionalism-and-international-law/>>
- [2] Alfred de Zayas (01.08.2023): „THE HUMAN RIGHTS INDUSTRY“. CLARITY PRESS. <<https://www.streamingclarity.global/sc-categories/international-law-law/the-human-rights-industry-alfred-de-zayas/>>
- [3] United Nations General Assembly (12.11.1984): „A/RES/39/11 – Right of peoples to peace“. UN Documents. <<http://www.un-documents.net/a39r11.htm>>
- [4] Alfred de Zayas (11.11.2022): „Peace as a Human Right“. Counterpunch. <<https://www.counterpunch.org/2022/11/11/peace-as-a-human-right/>>
- [5] OHCHR (Unbekannt): „Right to Peace“. United Nations Human Rights Council. <<https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/advisory-committee/right-to-peace>>
- [6] (10.12.2010): „DECLARACIÓN DE SANTIAGO SOBRE EL DERECHO HUMANO A LA PAZ“. Aedidh. <<https://www.aedidh.org/sites/default/files/DS%20pdf%2024%20marzo%2011.pdf>>
- [7] OHCHR: „Independent Expert on international order“. United Nations Human Rights Council. <<https://www.ohchr.org/en/special-procedures/ie-international-order>>
- [8] UN. General Assembly (71st sess. : 2016-2017) (02.02.2017): „Declaration on the Right to Peace : resolution / adopted by the General Assembly“. UN- Digital Library. <<https://digitallibrary.un.org/record/858594?v=pdf>>
- [9] Alfred de Zayas (27.03.2024): „UN Charter, UN Credibility and Unlawful Unilateral Coercive Measures“. Counterpunch. <<https://www.counterpunch.org/2024/03/27/un-charter-un-credibility-and-unlawful-unilateral-coercive-measures/>>
- [10] UN General Assembly (18.12.2025): „Human rights and unilateral coercive measures“. United Nations. <<https://docs.un.org/A/RES/80/209>>
- [11] Vibhu Mishra (29.10.2025): „Amid shifting alliances, General Assembly demands end to US embargo on Cuba“. UN News. <<https://news.un.org/en/story/2025/10/1166213>>
- [12] UN General Assembly (08.10.2021): „Negative impact of the legacies of colonialism on the enjoyment of human rights“. United Nations. <<https://docs.un.org/A/HRC/RES/48/7>>
- [13] UN Affairs (25.03.2026): „UN resolution urges reparations for slavery’s ‘historical wrongs’“. UN News. <<https://news.un.org/en/story/2026/03/1167199>>
- [14] Gaius Julius Caesar, *Commentarii belli civilis II*, 27.2: „Was wir uns wünschen, das glauben wir auch gerne“. Imperiumromanum. <<https://imperiumromanum.pl/en/roman-art-and-culture/golden-thoughts-of-romans/quotes-of-julius-caesar/>>

Quellen:

- [15] „Mundus vult decipi, ergo decipiatur – Die Welt will getäuscht werden, also soll sie getäuscht werden“. Grokipedia. <https://grokipedia.com/page/Mundus_vult_decipi,_ergo_decipiatur>
- [16] John Mancini (16.02.2025): „Man Who Knew Too Much“. Italic Institute of America. <<https://italic.org/man-who-knew-too-much/>>
- [17] „Giordano Bruno (1548-1600)“. The Galileo Project. <<https://galileo.library.rice.edu/chr/bruno.html>>
- [17] History Editor (28.05.2025): „Galileo Galilei“. History. <<https://web.archive.org/web/20260415170141/https://www.history.com/articles/galileo-galilei>>
- [18] Radio Télévision Suisse (17.12.2025): „L'UE sanctionne un ex-agent suisse pour propagande pro-russe“. RTS. <<https://www.rts.ch/info/suisse/2025/article/suisse-un-ex-agent-sanctionne-par-l-ue-pour-propagande-pro-russe-29092798.html>>
- [19] de Zayas, Alfred; Martín, Áurea Roldán. Netherlands International Law Review; Dordrecht Bd. 59, Ausg. 3, (Dec 2012): 425-454. DOI:10.1017/S0165070X12000289; „FREEDOM OF OPINION AND FREEDOM OF EXPRESSION: SOME REFLECTIONS ON GENERAL COMMENT NO. 34 OF THE UN HUMAN RIGHTS COMMITTEE“. ProQuest. <<https://www.proquest.com/docview/1223428042?sourcetype=Scholarly%20Journals>>
- [20] Alfred de Zayas & Áurea Roldán Martín (26.03.2015): „Freedom of Opinion and Freedom of Expression: Some Reflections on General Comment No. 34 of the Un Human Rights Committee“. Springer Nature. <<https://link.springer.com/article/10.1017/S0165070X12000289>>
- [21] General Assembly resolution 2200A (XXI) (16.12.1966): „International Covenant on Civil and Political Rights“. United Nations Human Rights Council. <<https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/international-covenant-civil-and-political-rights>>
- [22] EU (01.12.2009): „European Convention on Human Rights (ECHR)“. Europäische Union. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:eu_human_rights_convention>
- [23] EU (26.10.2012): „Charter of Fundamental Rights of the European Union“. Europäische Union. <https://eur-lex.europa.eu/eli/treaty/char_2012/oj/eng>
- [24] President Dwight D. Eisenhower (17.01.1961): „President Dwight D. Eisenhower's Farewell Address (1961)“. National Archives. <<https://www.archives.gov/milestone-documents/president-dwight-d-eisenhowers-farewell-address>>
- [25] Publius Flavius Vegetius Renatus, De re Militari.
- [26] UN: „1969 – The International Labor Organization (ILO)“. United Nations. <<https://www.un.org/en/about-us/nobel-peace-prize/ilo-1969>>
- [27] General Conference (16.11.1945): „Verfassung der Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)“. <<https://www.unesco.de/dokumente-und-hintergruende/dokumente/unesco/verfassung-der-organisation-fuer-bildung-wissenschaft-und-kultur/>>
- [28] General Conference (16.11.1945): „CONSTITUTION OF THE UNITED NATIONS EDUCATIONAL, SCIENTIFIC, AND CULTURAL ORGANIZATION“. UNESCO. <<https://www.refworld.org/sites/default/files/legacy-pdf/en/1945-11/3ddb73094.pdf>>
- [29] Alfred de Zayas (20.02.2013): „Statement by Alfred de Zayas, Independent Expert on the promotion of a democratic and equitable international order, on occasion of the first session of the open-ended working group on the right to peace“ 20/2/2013“. United Nations Human Rights Council. <<https://www.ohchr.org/en/2013/02/statement-alfred-de-zayas-independent-expert-promotion-democratic-and-equitable>>



Der Hauptkriegsverbrecher-Prozess war der erste der dreizehn Nürnberger Prozesse. Auf der Anklagebank, von links: Göring, Heß, von Ribbentrop, Keitel (vorne), Dönitz, Raeder, von Schirach und Sauckel (dahinter).

en und Montenegro verübte. Die Aggressionen der USA und der Nato haben sich in Afghanistan, im Irak, in Libyen, Syrien, im Iran, in Venezuela usw. fortgesetzt und bergen das Potenzial, den Planeten in eine nukleare Apokalypse zu stürzen.

Terrorismus

In einem berühmten Interview aus dem Jahr 2023 erklärte Professor Noam Chomsky:

„Ich bin für die Iran-Verhandlungen, aber sie sind zutiefst mangelhaft. Es gibt zwei Staaten, die im Nahen Osten wüten, ständig Aggressionen, Gewalt, Terrorakte und illegale Handlungen begehen. Beide sind riesige Atomwaffenstaaten, und ihre nuklearen Arsenale werden nicht berücksichtigt. [...] Die Vereinigten Staaten und Israel, die beiden größten Schurkenstaaten der Welt. Ich meine, es gibt einen Grund, warum in internationalen Umfragen, die von US-amerikanischen Meinungsforschungsinstituten durchgeführt werden – den wichtigsten –, die Vereinigten Staaten mit überwältigender Mehrheit als die größte Bedrohung für den Weltfrieden angesehen werden. Kein anderes Land kommt auch nur annähernd da heran.“ [48]

In diesem Sinne erklärte Professor Jeffrey Sachs im März 2026: „Israel ist ein Terrorstaat“ [49]. Bereits im Juni 2025 verurteilte der Vorsitzende der Hurriyat-Konferenz, Mirwaiz Umar Farooq, Israels Angriff auf den Iran und sagte, der

jüdische Staat sei zu einem „Schurkenstaat und einer enormen Bedrohung für den Weltfrieden“ geworden. Die Bombardierung des Iran durch Israel, bei der viele Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, getötet wurden, ist zu verurteilen: Indem es „den Völkermord an den unglücklichen Palästinensern fortsetzt und damit ungestraft davonkommt“, bringt Israel nun den gesamten Nahen Osten in „Gefahr“ [50].

Während des Vietnamkriegs schrieb Martin Luther King Jr., dass die Vereinigten Staaten

„der größte Verursacher von Gewalt in der heutigen Welt“ seien [51]. Er fügte hinzu: „Eine Nation, die Jahr für Jahr weiterhin mehr Geld für die militärische Verteidigung ausgibt als für Programme zur sozialen Förderung, nähert sich dem geistigen Tod.“

Viele Menschen trauen sich nicht, darüber nachzudenken, was ihnen direkt ins Auge springt, obwohl die Beweise überall im Internet und sogar in offiziell freigegebenen Dokumenten zu finden sind. Man kann sagen, dass Israel im Terrorismus geboren wurde, so wie die Vereinigten Staaten im Völkermord geboren wurden. Als die jüdischen europäischen Kolonisatoren nach Palästina kamen, terrorisierten sie nicht nur die Palästinenser, vertrieben sie aus ihren Häusern und zwangen sie zur Flucht um ihr Leben, sondern sie terrorisierten auch die Briten, sprengten

das King-David-Hotel in die Luft und töteten dabei etwa 100 Briten. Als die UNO 1948 einen Gesandten schickte, Graf Folke Bernadotte, ermordeten ihn zionistische Terroristen [52].

Wenn wir nach einem anderen Land suchen, das Staatsterrorismus praktiziert und terroristische Gruppen unterstützt, müssen wir an die USA denken. Viele Menschen wissen es, wollen aber keine Schlussfolgerungen aus der Tatsache ziehen, dass die Vereinigten Staaten in vielen Regionen der Welt, insbesondere in Syrien, mit Terroristen zusammengearbeitet haben. Joe Kent, ehemaliger US-Chef für Terrorismusbekämpfung, hat dies in seinem Rücktrittsschreiben ganz klar zum Ausdruck gebracht [53].

Die US-Doktrin des „Manifest Destiny“ war ebenfalls eine Form der ethnischen Säuberung und des Völkermords. In seinem berühmten Buch *Why we can't wait* schrieb Martin Luther King Jr.:

„Unsere Nation wurde im Völkermord geboren, als sie die Doktrin annahm, dass der ursprüngliche Amerikaner, der Indianer, eine minderwertige Rasse sei. Noch bevor es große Zahlen von Negern an unseren Küsten gab, hatte die Narbe des Rassenhasses die Kolonialgesellschaft bereits entstellt. Ab dem 16. Jahrhundert floss Blut in Kämpfen um die Vorherrschaft der Rassen. Wir sind vielleicht die einzige Nation, die als Teil ihrer nationalen Politik versucht hat, ihre indigene Bevölkerung auszulöschen. Darüber hinaus haben wir diese tragische Erfahrung zu einem edlen Kreuzzug erhoben. Tatsächlich haben wir es uns bis heute nicht erlaubt, diese beschämende Episode abzulehnen oder Reue dafür zu empfinden. Unsere Literatur, unsere Filme, unser Theater, unsere Folklore – sie alle verherrlichen sie.“ [54]

Schätzungen zufolge wurden im 17. bis 19. Jahrhundert zehn Millionen Algonkin, Cree, Cherokee, Dakota, Irokesen, Mohawk, Pequot und Sioux ausgerottet [55].

Das zionistische Projekt

Das zionistische Projekt war bereits bei seiner Konzeption im 19. Jahrhundert ein Anachronismus. Es handelte sich um eine

Philosophie, die auf veralteten Konzepten rassistischer und/oder religiöser Identität beruhte und von einer aggressiven Feindseligkeit gegenüber der Ausgrenzung anderer getragen wurde. Es war kein fortschrittliches oder humanistisches Projekt, ganz im Gegenteil, es war im Kern menschenfeindlich, menschenverachtend, misanthropisch.

Das Projekt fand Unterstützung bei den europäischen Kolonialregierungen, die ein Interesse daran hatten, eine europäische Kolonie im Nahen Osten zu errichten – eine Basis, von der aus die europäische und amerikanische Macht in der Region ausgeübt werden konnte. Als rein imperialistisches Konstrukt stand die Schaffung eines „jüdischen Staates“ (man nenne ihn eine Zweigstelle des europäischen Judentums – mit nur sehr geringen echten Verbindungen zur arabischen oder muslimischen Welt) stand im Widerspruch zur Philosophie des Völkerbundes und war unvereinbar mit der UN-Charta. Doch unerbittliche Propaganda und PR-Kampagnen ließen es gerecht und sogar irgendwie historisch legitim erscheinen. Im Grunde genommen war das zionistische Projekt ein europäisches Experiment, das ontologisch unvereinbar mit der Menschenwürde war, da es die rassistische Überlegenheit der Juden gegenüber den einheimischen Bevölkerungen postulierte, die das Gebiet Palästinas bewohnten.

Das zionistische Projekt hat zu 80 Jahren Gewalt und Krieg im Nahen Osten geführt. Die USA und die meisten europäischen Länder sind mitschuldig an der imperialistischen, kolonialistischen Gewalt, die den einheimischen Bevölkerungen Palästinas, des Libanon, Jordaniens, Syriens usw. auferlegt wurde und noch immer wird.

Ich persönlich frage mich, wie viel Zeit muss noch vergehen, bis die internationale Gemeinschaft die Fakten betrachtet, die pro-israelische Propaganda zurückweist und endlich begreift, dass der kolonialistische Plan, den Arabern und Muslimen einen europäischen Staat aufzuzwingen – (90 Prozent der Israelis sind Europäer – weder semitisch noch wirklich aus dem Nahen Osten stammend) –

Quellen:

- [30] BBC News (05.11.2019): „Fall of Berlin Wall: How 1989 reshaped the modern world“. BBC. <<https://www.bbc.com/news/world-europe-50013048>>
- [31] Alfred de Zayas (17.07.2014): „Report of the Independent Expert on the promotion of a democratic and equitable international order, Alfred-Maurice de Zayas“. United Nations – Human Rights Council. <<https://docs.un.org/A/HRC/27/51>>
- [32] UN (12.03.1995): „World Summit for Social Development 1995“. United Nations. <<https://www.un.org/en/conferences/social-development/copenhagen1995>>
- [33] „United Nations Millennium Development Goals“. United Nations. <<https://www.un.org/millenniumgoals/>>
- [34] UNDP (Unbekannt): „Sustainable Development Goals“. United Nations Development Programme. <<https://www.undp.org/sustainable-development-goals>>
- [35] Alfred de Zayas (27.01.2025): „Second World Summit for Social Development“. Counterpunch. <<https://www.counterpunch.org/2025/01/27/second-world-summit-for-social-development/>>
- [36] Francis Fukuyama (1992): „THE END OF HISTORY AND THE LAST MAN“. THE FREE PRESS. <<https://dn721609.ca.archive.org/0/items/THEENDOFHISTORYFUKUYAMA/THE%20END%20OF%20HISTORY%20-%20FUKUYAMA.pdf>>
- [37] Zbigniew Brzezinski (1997): „The grand chessboard“. Open Library. <https://openlibrary.org/books/OL22139759M/The_grand_chessboard>
- [38] SourceWatch (13.03.2003): „Project for the New American Century“. Avalonlibrary. <<https://avalonlibrary.net/911/PNAC%20%28Project%20for%20the%20New%20American%20Century%29/Project%20for%20the%20New%20American%20Century%20-%20SourceWatch.pdf>>
- [39] Svetlana Savranskaya, Tom Blanton (12.12.2017): „NATO Expansion: What Gorbachev Heard“. National Security Archive. <<https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early>>
- Gorbachev Foundation Archive, Fond 1, Opis 1. (18.05.1990): „Record of conversation between Mikhail Gorbachev and James Baker in Moscow“. National Security Archive. <<https://nsarchive.gwu.edu/document/16132-document-18-record-conversation-between>>
- [40] Alfred de Zayas (28.01.2022): „A Culture of Cheating: On the Origins of the Crisis in Ukraine“. Counterpunch. <<https://www.counterpunch.org/2022/01/28/a-culture-of-cheating-on-the-origins-of-the-crisis-in-ukraine/>>
- [41] (12.11.2024): „Jeffrey Sachs: The Truth About the Ukraine War in Ten Minutes“. The Thinking Conservative. <<https://www.thinkingconservative.com/jeffrey-sachs-the-truth-about-the-ukraine-war-in-two-minutes/>>

Quellen:

[42] Svetlana Savranskaya, Anna Melyakova (11.03.2015): „Perestroika in the Soviet Union: 30 Years On“. National Security Archive. <<https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2015-03-11/perestroika-soviet-union-30-years>>

[43] George F. Kennan (05.02.1997): „A Fateful Error“. The New York Times. <<https://www.nytimes.com/1997/02/05/opinion/a-fateful-error.html>>

[44] Potkaars podcast (05.08.2023): „NATO deserves the Label of Criminal Organisation – Alfred de Zayas“. Odysee. <<https://odysee.com/@potkaars:/20230804-Alfred-De-Zayas:3>>

Free Your Mind Videos (09.2025): „Deserves NATO Organisations the Label of a Cartel Criminal Organization“. Rumble. <<https://rumble.com/v6yqwo4-deserves-nato-organisations-the-label-of-a-cartel-criminal-organization.html>>

Alfred de Zayas (15.07.2023): „NATO deserves the label 'criminal organization' within meaning of the Nuremberg judgment“. Global Times. <<https://www.globaltimes.cn/page/202307/1294420.shtml>>

[45] The Avalon Project (08.1945): „Nuremberg Trial Proceedings Vol. 1 Charter of the International Military Tribunal“. Yale Law School. <<https://avalon.law.yale.edu/imt/imtconst.asp>>

[46] Dana Priest (06.09.2011): „Inside the CIA's 'Kill List'“. PBS. <<https://www.pbs.org/wgbh/frontline/article/inside-the-cias-kill-list/>>

Peter Kornbluh (20.11.2025): „CIA Assassination Plots: The Church Committee Report 50 Years Later“. National Security Archive. <<https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/intelligence/2025-11-20/cia-assassination-plots-church-committee-report-50-years>>

[47] Alex MacDonald (19.09.2024): „Bombs in toys: A brief history of Israeli booby traps in Lebanon“. Middle East Eye. <<https://www.middleeasteye.net/news/what-kind-booby-traps-has-israel-used-lebanon>>

[48] ISABELLE KUMA (12.11.2023): „Noam Chomsky: U.S. is world's biggest terrorist | Transcript“. Scraps from the Loft. <<https://scrapsfromtheloft.com/politics/noam-chomsky-us-is-worlds-biggest-terrorist-transcript/>>

[49] In Biz (03.03.2026): „Prof. Jeffrey Sachs: Israel is a TERRORIST STATE“. YouTube. <<https://www.youtube.com/watch?v=Bu0ucwzBcxQ>>

[50] PTI (04.2025): „Israel Has Become 'Rogue State And Huge Threat To World Peace': Mirwaiz Farooq“. msn. <<https://www.msn.com/en-in/politics/government/israel-has-become-rogue-state-and-huge-threat-to-world-peace-mirwaiz-farooq/ar-AAIGEmVQ>>

[51] (04.04.2003): „The United States is 'The Greatest Purveyor of Violence in the World Today': We Hear Rev. Martin Luther King Jr.'s Speech Against the Vietnam War On the 35th Anniversary of His Assassination“. Democracy Now!. <https://www.democracynow.org/2003/4/4/the_united_states_is_the_greatest>



Teilungsplan der Vereinten Nationen von 1947. (Karte: U.S. Central Intelligence Agency, Wikimedia Commons, Gemeinfrei)

ein fataler Fehler war und dass das Experiment gescheitert ist. Es hat nicht nur zu endlosen Kriegen geführt – sondern sogar zu Völkermord.

Die Welt wartet auf das endgültige Urteil des Internationalen Gerichtshofs in dem dringlichen Fall – der seit 2023 anhängig ist – bezüglich des andauernden Völkermords an den Palästinensern im Gazastreifen. Es ist schockierend, dass die Richter am IGH die Sache hinauszögern und diesem Fall nicht die notwendige Dringlichkeit beimessen, wenn man bedenkt, dass mehr als hunderttausend Palästinenser getötet wurden und weiterhin getötet werden. Zweifellos handelt es sich hierbei um Völkermord.

In Erinnerung an das Schicksal von Sokrates, Seneca, Bruni und anderen werden die heutigen Ketzler gegen die zionistische Orthodoxie als „antisemitisch“ diffamiert. Zu den Kritikern zählen die Professoren Jeffrey Sachs [56], Richard Falk [57], Norman Finkelstein [58], Ilan Pappé [59] – allesamt hoch angesehene jüdische Wissenschaftler. Keiner von ihnen ist in irgendeiner Weise „antisemitisch“, sie alle

sind stolz auf ihr jüdisches Erbe – philosophisch, kulturell, literarisch, musikalisch. Aber sie alle verurteilen scharf die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit, die von der derzeitigen israelischen Regierung begangen werden. Sie bezeichnen dies als Völkermord und protestieren öffentlich unter dem Motto „Nicht in unserem Namen“.

Die Verantwortung der Vereinten Nationen für die Gründung des Staates Israel und das Bekenntnis zu einer „Zweistaatenlösung“

Es ist an der Zeit, auf die Teilungsresolution 181 der Generalversammlung [60] und auf den Beschluss zur Aufnahme Israels in die UN-Mitgliedschaft zurückzukommen, der nicht unentgeltlich erfolgte, sondern an die Bedingung geknüpft war, dass Israel die Grüne Linie als seine Grenzen akzeptiert und sich verpflichtet, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und ihr Recht auf einen eigenen Staat zu respektieren. Die „Zweistaatenlösung“ ist der einzige Weg nach vorn.

Die derzeitige israelische Regierung verstößt jedoch gegen diese Verpflichtung und besetzt Palästina weiterhin unter Missachtung der Resolution 242 des Sicherheitsrats [61] und dreier Gutachten des Internationalen Gerichtshofs [62]. Die Alternative zur „Zweistaatenlösung“ ist die Ein-Staaten-Lösung, wie sie von Professor Virginia Tilley in ihrem berühmten gleichnamigen Buch [63] beschrieben wird. Ein solcher Staat könnte jedoch nicht Israel heißen und er könnte kein Apartheid-Staat sein [64]. Es müsste ein Einheitsstaat oder eine Konföderation sein, in der sowohl Israelis als auch Palästinenser die gleichen Rechte und Pflichten hätten. Ein Apartheid-Staat würde mit der UN-Charta und dem Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid [65] unvereinbar sein, sowie gegen zahlreiche Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats verstoßen.

Solange die Vereinigten Staaten Israel bei seinen Völkermordprojekten weiterhin unterstützen, ist es für die internati-

onale Gemeinschaft natürlich unmöglich geworden, dieser allgemeinen Kriminalität ein Ende zu setzen. Es ist Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um den täglichen Verstößen gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte durch Israel entgegenzuwirken, das zu einer gesetzlosen Einheit verkommen ist, die alle ihre Nachbarn angreift. Im wahrsten Sinne des Wortes haben sich die Vereinigten Staaten und Israel zu *hostes humani generis* gewandelt: zu Feinden der Menschheit und der Zivilisation.

Um uns dazu zu bringen, die von den Vereinigten Staaten und Israel begangenen Gräueltaten zu akzeptieren, wurden wir mit Fake News und gefälschter Geschichte gefüttert. Die Palästinenser, die Iraner, die Hamas und die Hisbollah wurden alle entmenschlicht und dämonisiert, ganz in der alten römischen Tradition, die der lateinische Historiker Tacitus in seinem Werk *Agricola* formulierte: *Proprium humani ingenii est, odiosum quem laeseris*. Es liegt in der Natur des Menschen, diejenigen zu hassen, denen wir Schaden zugefügt haben oder denen wir Schaden zufügen wollen.

Persönlich mag ich weder die Hamas noch die Hisbollah. Ich mag die derzeitige iranische Regierung auch nicht. Aber ich verstehe, dass die Palästinenser, Libanesen und Iraner wiederholt angegriffen wurden, dass sie Hunderttausende Opfer zu beklagen haben, dass sie ein Existenzrecht haben – nicht mehr und nicht weniger als die Israelis ein Existenzrecht haben – und dass sie ein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung haben. Der kollektive Westen hat kein Recht, ihnen vorzuschreiben, welche Art von Regierung sie haben sollen, noch sollte der kollektive Westen sich an Verschwörungen zum Regimewechsel beteiligen oder versuchen, die Regierungen souveräner Staaten zu enthaupten. Die Bösewichte hier sind Israel und die Vereinigten Staaten [66], mit der Komplizenschaft vieler Länder des kollektiven Westens.

Business as usual

Die Reaktion des kollektiven Westens auf die Gräueltaten war entweder Schweigen

oder leere Rhetorik. Keine *erga omnes*-Verteidigung des Rechts auf Leben, des Rechts auf Selbstbestimmung, des Prinzips der staatlichen Souveränität. Dies wirft die Frage nach der Mittäterschaft – oder zumindest nach der moralischen Verantwortung – aufgrund schuldhafter Untätigkeit auf. *Qui tacet consentire videtur* – es ist unmöglich, gegenüber Völkermord und Verbrechen gegen die Menschheit gleichgültig zu bleiben.

Die Reaktion internationaler Organisationen war enttäuschend. Der Internationale Strafgerichtshof hätte eine gründliche Untersuchung der Verbrechen gemäß den Artikeln 5, 6, 7 und 8 des Römischen Statuts einleiten müssen. Der IStGH versagt nicht nur gegenüber dem palästinensischen, iranischen und libanesischen Volk, er versagt gegenüber der internationalen Gemeinschaft.

Unterdessen hat Mark Rutte, Nato-Generalsekretär, zur Solidarität mit den Vereinigten Staaten und Israel aufgerufen [67]. Dies bestätigt die obige Aussage, dass sich die Nato in eine kriminelle Organisation verwandelt hat. Wie kann ein UN-Mitgliedstaat Aggression, Perfidie und eine grobe Verletzung des Rechts auf Leben von hunderttausend Palästinensern und Tausenden iranischer Zivilisten gutheißen? Rutte selbst sollte Gegenstand einer Untersuchung durch den IStGH sein.

Die Staaten haben es versäumt, angemessene Gegenmaßnahmen gemäß den Artikeln 49 und 50 des Entwurfs des Kodex über die Verantwortlichkeit von Staaten der Völkerrechtskommission [68] zu ergreifen. Die meisten Staaten haben sich dafür entschieden, nichts zu tun und einen „Business as usual“-Ansatz zu verfolgen. Dies untergräbt die Autorität und Glaubwürdigkeit des Völkerrechts.

Als jemand, der mehr als fünfzig Jahre seines Lebens dem Völkerrecht und den Menschenrechten gewidmet hat, bin ich entsetzt über die Untätigkeit der Staaten des kollektiven Westens. Man könnte denken, dass das Völkerrecht nicht mehr existiert, dass Barbarei und das Gesetz des Dschungels die Oberhand gewonnen haben.

Quellen:

- [52] Pascal Lottaz (28.05.2025): „Israel’s Terrorist Origin: What The Media Won’t Tell You | Dr. Dr. Alfred de Zayas“. Pascal’s Substack (Neutrality Studies). <<https://pascalottaz.substack.com/pl/israels-terrorist-origin-what-the-2b8>>
- Adam Kirsch (09.03.2015): „Israel: The Original Terrorist State“. History News Network. <<https://www.historynewsnetwork.org/article/israel-the-original-terrorist-state>>
- [53] Al Mayadeen (28.03.2026): „Joe Kent: Die USA arbeiteten in Syrien mit al-Qaida und dem IS zusammen.“. YouTube. <<https://www.youtube.com/shorts/zueuh863DDg>>
- Radar Africa (27.03.2026): „Former US Director of the United States National Counterterrorism Center Joe Kent says Washington backed terrorist groups including Al-Qaeda and helped create ISIS to pursue overthrowing Assad in Syria.“. Facebook. <<https://www.facebook.com/radarafrika/videos/former-us-director-of-the-united-states-national-counterterrorism-center-joe-ken/1948941859329124/>>
- John Ismay (17.03.2026): „In His Resignation Letter, Joe Kent Spoke About the Death of His Wife“. The New York Times. <<https://www.nytimes.com/2026/03/17/us/politics/joe-kent-shannon-kent-iran-syria.html>>
- [54] New York, Harper & Row, Neuauflage, 2010, Beacon Press, Boston, S. 141
- [55] David Stannard, American Holocaust, Oxford, 1992.
- Alfred de Zayas (13.02.2025): „Genocide Files: From Pequots to Palestinians, From “Manifest Destiny” to Gaza Riviera“. Counterpunch. <<https://www.counterpunch.org/2025/02/13/genocide-files/>>
- [56] „Hauptseite“. Jeffrey D. Sachs. <<https://www.jeffsachs.org/>>
- [57] Richard Falk (05.11.2024): „The Gaza Tribunal: Law, Conscience, and Compassion“. Global Justice in the 21st Century. <<https://richardfalk.org/2024/11/05/the-gaza-tribunal-law-conscience-and-compassion/>>
- [58] Middle East Eye (03.10.2025): „Genocide is the means, not the ends“ | Norman Finkelstein | UNAPOLOGETIC“. YouTube. <<https://www.youtube.com/watch?v=wkraKVOAqOk>>
- [59] The Palestine Chronicle (28.12.2022): „Not in My Name: ‘Fantasy Israel’ Faces Its Moment of Truth“. LinkedIn. <https://www.linkedin.com/posts/the-palestine-chronicle_not-in-my-name-fantasy-israel-faces-its-activity-7013826889198796800-Y_Qh>
- [60] The Avalon Project : (29.11.1947): „UN General Assembly Resolution 181“. Yale Law School. <https://avalon.law.yale.edu/20th_century/res181.asp>
- [61] UN Security Council, „Resolution 242 (1967)“ / [adopted by the Security Council at its 1382nd meeting], of 22 November 1967. “UN-Digital Library. <<https://digitallibrary.un.org/record/90717?v=pdf>>
- [62] Latest Developments: „Legal Consequences arising from the Policies and Practices of Israel in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem“. International Court of Justice. <<https://www.icj-cj.org/case/186>>
- [63] Virginia Tilley (02.2010): „The One-State Solution“. University of Michigan Press. <<https://press.umich.edu/Books/T/The-One-State-Solution>>

Aber nein, wir alle müssen durchhalten und die menschlichen Werte sowie die Bedeutung des Völkerrechts und der internationalen Institutionen bekräftigen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die internationale Rechtsstaatlichkeit von Politikern zerstört wird, die nach dem Motto

„Macht geht vor Recht“ handeln und behaupten, sie seien legibus solutus, an kein Gesetz gebunden, wie es einst die römischen Kaiser behaupteten.

Die Tatsache, dass Donald Trump und Benjamin Netanjahu so tun, als stünden sie über dem Völkerrecht, bedeutet nicht, dass dies auch der Fall ist. Was wir erleben, ist eine Revolte gegen die Zivilisation, und es liegt in unserer Verantwortung, dem entgegenzuwirken. Das exzeptionalistische Prinzip *quod licet Jovi non licet bovi* – was Jupiter tun darf, ist uns anderen, den Rindern, nicht gestattet – ist irrational und *contra bonos mores*. Nein, wir müssen die fortdauernde Gültigkeit des Völkerrechts bekräftigen und von allen, die gegen seine Regeln verstoßen, Rechenschaft einfordern.

Daher ist es unerlässlich, dass die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine „Uniting for Peace“-Resolution verabschiedet und ihre Verantwortung für den internationalen Frieden und die Sicherheit wahrnimmt, da der UN-Sicherheitsrat derzeit durch den Missbrauch des Vetorechts seitens der Vereinigten Staaten blockiert ist.

Die UN-Generalversammlung sollte ein vollständiges Waffenembargo gegen Israel und die Vereinigten Staaten verhängen und die UN-Mitgliedstaaten dazu auffordern, sowohl Israel als auch die USA zu boykottieren, sich zurückzuziehen und Sanktionen zu verhängen. Konkret bedeutet dies, dass Länder nichts mehr von den Vereinigten Staaten oder Israel kaufen sollten. Keine weiteren Käufe von F-16, F-35, Boeing, Lockheed/Martin, Raytheon, Carlyle, Caterpillar, General Motors. Keine Käufe von US-Staatsanleihen mehr. Vollständige Desinvestition aus US-Staatsanleihen und anderen Aktien. Vollständige Einstellung des Verkaufs von „Seltene Erden“ an die USA und Israel. Solange die internationale Gemeinschaft die Länder, die gegen das Völkerrecht und die Zivilisation Krieg führen, wirtschaftlich unterstützt, werden die Verbrechen und Gräueltaten tatsächlich weitergehen.

Es gibt viele Präzedenzfälle für die Komplizenschaft bei Verbrechen im Rahmen des „Business as usual“. Nur wenige Wochen nach der Aggression der USA und der „Koalition der Willigen“ gegen

das irakische Volk im Jahr 2003 rollte die G-8 im Juni 2003 den roten Teppich für die Hauptverbrecher Tony Blair und George W. Bush aus. Nun wird Evian-les-Bains im Juni 2026 Donald Trump bei ihrem neuen G-7-Gipfel empfangen. Haben wir nichts daraus gelernt?

„Business as usual“ ist nichts anderes als das Mantra von Verbrechern und ihren Komplizen.

Fazit

Die Bilanz des kollektiven Westens in den Bereichen Einhaltung des Völkerrechts und Menschenrechte ist düster und verschlechtert sich von Tag zu Tag. Das künstliche Image der Vereinigten Staaten und Israels als rechtsstaatliche Länder ist nicht mehr aufrechtzuerhalten. Viele Völker haben verstanden, dass der kollektive Westen auf der falschen Seite der Geschichte steht.

Die kulturelle Kolonisierung der Welt durch die Vereinigten Staaten und Europa ist ein Phänomen der Vergangenheit. Mit den enormen Fortschritten in Technologie und Internet haben sich andere Kulturen vom amerikanischen und europäischen Würgegriff und von deren angeblichen „Werten“ befreit, von der übermäßigen Kommerzialisierung und dem Materialismus. Die amerikanischen und europäischen Ansprüche, führend in den Bereichen Völkerrecht und Menschenrechte zu sein, sind zusammengebrochen.

Angesichts der vielen Kriege, die die USA und Israel über die Welt gebracht haben, ist es an der Zeit, das Kind beim Namen zu nennen, einen Völkermord als solchen zu bezeichnen und Rechenschaft zu fordern. Der Internationale Gerichtshof und der Internationale Strafgerichtshof stehen vor gewaltigen Aufgaben. Wie der römische Philosoph Seneca schrieb: *calamitas virtutis occasio* (De Providentia 4, 6) – ein Unglück bietet uns allen die Gelegenheit, Mut und Tugend zu üben. Stellen wir uns der Herausforderung. Die globale Mehrheit wird bald das westliche imperialistische Modell ablösen.

Wie Arundhati Roy schrieb: „Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist auf dem Weg. An einem ruhigen Tag kann ich sie atmen hören.“

Quellen:


[64] Jimmy Carter, *Palestine Peace, Not Apartheid*, Simon & Schuster, New York 2007.

[65] United Nations Office of Legal Affairs (30.11.1973): „No. 14861. International convention on the suppression and punishment of the crime of apartheid. Adopted by the general assembly of the United Nations on 30 November 1973“. UN – iLibrary. <<https://www.un-ilibrary.org/content/books/9789210594844s003-c023>>

[66] Caitlin Johnstone (11.03.2026): „We Are The Villains In This Story“. <<https://caitlinjohnstone.com.au/2026/03/11/we-are-the-villains-in-this-story/>>

[67] John Vandiver (26.03.2026): „NATO’s Rutte defends support for Iran war amid criticism“. Stars and Stripes. <<https://www.stripes.com/theaters/europe/2026-03-26/rutte-trump-iran-21187403.html>>

[68] UN (12.12.2001): „Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts“. General Assembly. <https://legal.un.org/ilc/texts/instruments/english/draft_articles/9_6_2001.pdf>

 Dieser Text wurde zuerst am 14.04.2026 auf www.peoplesdispatch.org unter der URL <https://www.peoplesdispatch.org/2026/04/14/rethinking-insecurity-security-for-people-not-states/> veröffentlicht. Lizenz: Alexandra Uibariu, Peoples Dispatch, CC BY-NC-ND 4.0



Symbolbild: PxHere, CC0

(Un)Sicherheit neu denken: Sicherheit für Menschen, nicht für Staaten

Im Vorfeld der Gegenkonferenz „Von Palästina bis zum Schwarzen Meer“ reflektieren Aktivisten der rumänischen Kampagne „Elbit Out!“ über die wahre Bedeutung von Sicherheit.

Autor: Alexandra Uibariu

Alexandra Uibariu ist eine politische und kritische Kriminologin mit über zehn Jahren Erfahrung in der Untersuchung und Aufdeckung staatlicher Kriminalität, Repression und Gewalt. Sie ist Mitglied des Kollektivs „Palästina-Solidarität Cluj-Napoca“ und engagiert sich für die Kampagne „Elbit Out!“ in Rumänien.

Was bedeutet es eigentlich, sicher zu sein? Ist es das Vorhandensein von Armeen, Waffen und befestigten Grenzen; oder vielleicht vielmehr die Gewissheit, dass man seine Grundbedürfnisse decken kann und ohne Angst vor Entbehrung oder Gewalt leben kann? Und wessen Sicherheit hat wirklich Vorrang, wenn Staaten in militärische Stärke investieren, während große Teile ihrer Bevölkerung weiterhin wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Unsicherheit ausgesetzt sind?

Militarisierte Sicherheit beschränkt, was als Bedrohung gilt, auf das, was mit Gewalt bekämpft werden kann. Sie räumt Grenzen Vorrang vor Menschen ein und geopolitischen Wettbewerb vor den all-

täglichen Realitäten menschlicher Verletzlichkeit. Das Ergebnis ist eine tiefgreifende Verzerrung: Staaten rüsten für den Krieg, während sie die Umstände vernachlässigen, die das Leben überhaupt erst unsicher machen.

Für die meisten Menschen kommt Unsicherheit nicht von einer Invasion. Sie entsteht durch versagende öffentliche Dienste, durch Wirtschafts- und Umweltkrisen, durch politische Instabilität und institutionelle Korruption. Dies sind keine nebensächlichen Probleme; sie sind die Hauptursachen für die Verwundbarkeit heutiger Gesellschaften. Unsicherheit ist weder ein externer Schock noch etwas, das Gesellschaften einfach so widerfährt. Sie ist ihnen innewohnend.

Doch während die Gesellschaften in ganz Europa zunehmend von Ungleichheit, Benachteiligung und Ausgrenzung geprägt sind, fließen öffentliche Mittel weiterhin in die militärische Aufrüstung [1]: neue Waffensysteme, höhere Verteidigungshaushalte und strategische Positionierung – während die Infrastrukturen, die das Leben tatsächlich sichern, nach wie vor unterfinanziert sind. Dies ist nicht bloß eine Fehlallokation von Ressourcen, sondern eine politische Entscheidung mit verheerenden Folgen.

Unsicherheit wird erzeugt, sie entsteht nicht zufällig

Wenn Menschen keinen Zugang zu leistungsfähigen öffentlichen Dienstleistungen, Einkommen, Gesundheitsversorgung, Wohnraum oder Bildung haben, sind sie nicht einfach nur „gefährdet“. Sie sind strukturellen Formen von Gewalt ausgesetzt, die den sozialen Zusammenhalt, die Stabilität und das Vertrauen in öffentliche Institutionen untergraben.

In Gesellschaften mit großer Ungleichheit verwandelt sich individuelles Leid in kollektiven Groll, wenn sich diese Umstände häufen und die Unzufriedenheit zunimmt. Wenn schwache oder ausgrenzende Institutionen nicht in der Lage sind Spannungen zu entschärfen oder glaubwürdige Wege zur Wiedergutmachung aufzuzeigen, wird Unsicherheit zu einem politischen Zündstoff. Unter diesen Umständen können politische Akteure Unsicherheit strategisch mobilisieren, umlenken und als Waffe einsetzen, indem sie sie entlang identitärer Linien inszenieren. Latente Unzufriedenheit wird zu einem organisierten Konflikt, eingebettet in regionale und globale Dynamiken, da lokale Spannungen mit grenzüberschreitenden Strömen von Ressourcen, Narrativen und Unterstützung verflochten sind. Auf diese Weise ist Unsicherheit nicht bloß eine Hintergrundbedingung, sondern ein zentraler Treiber der Konflikteskalation, der lokale Missstände mit umfassenden Systemen von Macht und Intervention verknüpft.

Militärische Maßnahmen unterbrechen diesen Prozess nicht. Sie verstärken ihn noch.

Die Maschinerie der Gewalt

Militarismus reagiert nicht nur auf Konflikte, sondern erhält deren Dynamik aufrecht und verstärkt sie.

Die Herstellung und der Export von Waffen erhöhen die Wahrscheinlichkeit und die tödliche Wirkung von Gewalt. Externe militärische Unterstützung verlängert Kriege, verfestigt Machtungleichgewichte und mindert die Anreize für Verhandlungslösungen. Konflikte werden nicht zur Ausnahme, sondern zu einem Ergebnis, das im System selbst verankert ist.

Gleichzeitig legitimiert der Begriff „Sicherheit“ außergewöhnliche Maßnahmen: die Ausweitung der Exekutivgewalt, Überwachung, Repression und die Auslöschung bürgerlicher Freiheiten – all dies führt zur Normalisierung von Hierarchien, Gehorsam und zum Einsatz von Zwang.

Zudem werden ganze Bevölkerungsgruppen als Bedrohung abgestempelt, wodurch Gewalt und Ausgrenzung im Namen des Schutzes gerechtfertigt werden. Kulturell verstärkt sie maskulinisierte Vorstellungen von Schutz und marginalisiert alternative Formen der Sicherheit, die in Fürsorge und sozialer Versorgung verwurzelt sind, während sie gleichzeitig die entscheidenden Herausforderungen unserer Zeit grundlegend verfehlt. Klimawandel, Pandemien und globale Ungleichheit sind keine militärischen Probleme und können nicht mit Gewalt gelöst werden. Dennoch werden sie zunehmend unter Sicherheitsaspekten betrachtet. Das Ergebnis? Ein schädliches Missverhältnis zwischen den Instrumenten militarisierter Sicherheit und der Art der Bedrohungen, denen Gesellschaften ausgesetzt sind, begleitet von ineffektiven Reaktionen. Im besten Fall vertiefen sie die Unsicherheiten, die sie nicht angehen. Im schlimmsten Fall schaffen sie neue Unsicherheiten.

Indem der Militarismus Gewalt vor struktureller Prävention, Wettbewerb vor Zusammenarbeit und staatliche Zwangsgewalt vor das Wohlergehen der Menschen stellt, erzeugt er genau jene Unsicherheiten, die er angeblich bewältigen will. Wenn Unsicherheit in erster Linie auf unerfüllte Bedürfnisse, Ungleich-

heit und institutionelles Versagen zurückzuführen ist, kann militärische Gewalt allein keine dauerhafte Sicherheit gewährleisten. Stattdessen muss dauerhafte Sicherheit durch soziale Systeme geschaffen werden, die die Verwundbarkeit verringern, die Widerstandsfähigkeit stärken und die menschlichen Fähigkeiten erweitern.

Ein anderer Ausgangspunkt

Die menschliche Sicherheit geht von einer anderen Prämisse aus: dass der Maßstab für Sicherheit nicht die Stärke des Staates ist, sondern die Lebensbedingungen der Menschen.

Dieser ursprünglich vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen formulierte Rahmen verlagert den Fokus von der bloßen Abwesenheit äußerer Bedrohungen hin zur Würde und zum Wohlergehen des Einzelnen [2]. Sicherheit bedeutet mit anderen Worten: befreit sein von Furcht und Not. Sie ist das Vorhandensein von Rahmenbedingungen, die es Einzelpersonen und Gemeinschaften ermöglichen, sich zu entfalten. In der Praxis zeigt sich Sicherheit in Form von Sozialsystemen wie Gesundheitsversorgung, Renten und Arbeitslosenunterstützung, Wohnraumförderung und Bildung. Eine allgemeine Gesundheitsversorgung schützt vor Krankheiten und Pandemien. Einkommensunterstützung federt wirtschaftliche Schocks ab. Wohnraum und öffentliche Dienstleistungen sorgen für Stabilität. Bildung erweitert die Lebenschancen. Gemeinsam gestalten Sozialsysteme das Ausmaß von Risiken, Ungleichheit und sozialem Zusammenhalt grundlegend (neu).

Dies sind die Grundlagen der Resilienz. Sind solche Systeme stark, sind Gesellschaften besser in der Lage, Krisen zu überstehen, ohne in Instabilität zu versinken. Sind sie schwach, breitet sich Unsicherheit aus – und mit ihr das Risiko von Konflikten. Die Entscheidung zwischen Militarisierung und sozialen Investitionen ist daher nicht nur wirtschaftlicher Natur, sondern ein entscheidender Indikator dafür, welche Art von Sicherheit geschaffen wird und – was vielleicht noch wichtiger ist – für wen.

Sicherheit ohne Militarismus

Der wirksamste Weg, die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten, besteht nicht darin, sich auf einen Krieg vorzubereiten, sondern sicherzustellen, dass jeder – sowohl innerhalb als auch außerhalb des Nationalstaates – die Möglichkeit hat, ein Leben in Würde zu führen. Nur wenn die strukturellen Ursachen von Unsicherheit – Armut, Ungleichheit, Ausgrenzung – angegangen werden, kann eine Gesellschaft wirklich eine nachhaltige Grundlage für Sicherheit, Resilienz, Gerechtigkeit und Frieden schaffen. Menschliche Sicherheit erfordert, dass Staaten über die Bewältigung externer Krisen hinausgehen und die internen Bedingungen, die diese hervorrufen, transformieren, wobei sie anerkennen müssen, dass dauerhafte Sicherheit nur durch Gerechtigkeit, Rechenschaftspflicht und die konsequente Priorisierung des menschlichen Wohlergehens geschaffen werden kann. Und da Sicherheit als Schutz des menschlichen Lebens und der Menschenwürde zu verstehen ist, lassen sich politische Maßnahmen, die Schaden verursachen – sei es durch Handeln oder Unterlassen –, weder im Inland noch im Ausland mit diesem Ziel vereinbaren.

Sicherheit aus menschlicher Perspektive neu zu betrachten, ist nicht nur eine theoretische Übung; dies geschieht bereits durch politischen Kampf und kollektives Handeln. Nirgendwo werden die Versäumnisse und Widersprüche militarisierter Sicherheit deutlicher sichtbar als in den Kontexten, in denen sie am gewaltsamsten durchgesetzt wird.

Betrachtet man die anhaltende Gewalt gegen die Palästinenser unter dem Gesichtspunkt der menschlichen und sozialen Sicherheit, so offenbart sie die tiefgreifenden Grenzen und moralischen Widersprüche militarisierter Sicherheitsparadigmen.

Der Völkermord an den Palästinensern ist nicht nur eine humanitäre Katastrophe; er ist auch das Ergebnis eines Sicherheitsrahmens, der staatliche Macht, militärische Dominanz und geopolitische Allianzen über Leben, Würde und Menschenrechte stellt.

Anstatt Sicherheit zu schaffen, führt dieses Sicherheitsmodell systematisch zu Zerstörung, Enteignung und anhaltender Unsicherheit für diejenigen, die als entbehrlich betrachtet werden.

Genau auf dieser Ebene setzen Kampagnen wie Elbit Out! [3] an. Indem sie die Präsenz und die Aktivitäten des israelischen Rüstungskonzerns Elbit Systems und seiner Tochtergesellschaften in Rumänien [4] in Frage stellt, deckt die Kampagne „Elbit Out!“ die materiellen Infrastrukturen auf, durch die Unsicherheit erzeugt und aufrechterhalten wird. Damit verkörpert sie in der Praxis einen Ansatz der menschlichen Sicherheit: Sie lehnt jede Mitschuld an der Schaffung von Unsicherheit ab, fordert Rechenschaftspflicht und besteht darauf, dass Sicherheit an einem Ort nicht auf der Zerstörung anderer an einem anderen Ort aufgebaut werden darf.

Am 9. und 10. Mai bringt die Kampagne in Bukarest palästinensische Solidaritätsaktivisten, antimilitaristische Forscher, Basisorganisatoren und investigative Journalisten zusammen, um im Rahmen der „Von Palästina bis zum Schwarzen Meer: Eine Gegenkonferenz für Frieden und menschliche Sicherheit“ [5] die Themen menschliche Sicherheit, Völkerrecht und gewaltfreier Widerstand in den Vordergrund zu rücken. Die Gegenkonferenz wurde als Reaktion auf die Black Sea Defense and Aerospace Conference organisiert, an der voraussichtlich führende israelische Rüstungsunternehmen teilnehmen werden, und zielt darauf ab, Sicherheit durch kollektives Handeln neu zu definieren und wieder aufzubauen.

Denn wenn Sicherheit überhaupt eine Bedeutung haben soll, muss sie auf Fürsorge, Gerechtigkeit und Solidarität beruhen – nicht auf Gewalt. Und das bedeutet, dass wir uns gemeinsam dafür entscheiden müssen, sie anders zu gestalten.

Weitere Informationen und die Möglichkeit, die „Elbit Out!“-Kampagne zu unterstützen, findest du hier [6].

Quellen:

- [1] EU (24.06.2019 – Update 17.12.2025): „Defence: how the EU is boosting its security“ European Parliament. Europäisches Parlament. <<https://www.europarl.europa.eu/topics/en/article/20190612STO54310/defence-how-the-eu-is-boosting-its-security>>
- [2] United Nations (01.01.1994): „Human Development Report 1994“. UNDP. <<https://hdr.undp.org/content/human-development-report-1994>>
- [3] Campania Stop înarmării Israelului: Elbit-Out. <<http://elbit-out.info/>>
- [4] „WHY ELBIT?“. Elbit-Out. <<https://elbit-out.info/de-ce-elbit>>
- [5] (09.05.2026): „From Palestine to the Black Sea – A Counter-Conference for Peace and Human Security“. Elbit-Out. <<https://elbit-out.info/protecte>>
- [6] „SUPPORT THE CAMPAIGN“. Elbit-Out. <<https://elbit-out.info/sustine-campania>>

Wir suchen noch ehrenamtliche Verstärkung für das Free21-Team:

Alle Artikel von Free21 werden als hochwertiges, druckfähiges PDF gestaltet. Dafür benötigen wir Eure Unterstützung.



Free21 Layouter/in

Wir freuen uns über engagierte Free21-Layouter/innen mit Adobe Indesign. Unsere Vision ist ein ehrenamtliches Netzwerk, das uns dabei hilft, ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium zu bleiben. Wenn jeder Mitstreiter auch nur einen Artikel pro Woche gestalten kann, können wir gemeinsam viel erreichen!

Wenn ihr uns ehrenamtlich unterstützen möchtet, schreibt bitte an: redaktion@free21-magazin.de

Abo-Bestellschein mit Einzugsermächtigung/SEPA-Lastschrift

Hiermit ermächtige ich Free21Abo, Tobias Augenbraun, bis auf Widerruf, die Gebühren für das Aktiv-Abonnement von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die Lastschriften einzulösen. Die obenstehenden Hinweise habe ich gelesen und verstanden.

Kontoinhaber

Vorname, Nachname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

E-Mail:

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers

Abweichende Lieferanschrift:

Vorname, Nachname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Kontoführendes Institut:

Gläubiger-Identifikations-Nr.: DE19 ZZZ 0000 2868 596

Mandatsreferenz-Nr.
(wird von Free21 ausgefüllt)



Abschicken an: Free21Abo, Tobias Augenbraun, Gießener Straße 66, 35415 Pohlheim



Info an die Abonnenten

Überweisungen bitte in Zukunft auf folgendes Konto entrichten:

Tobias Augenbraun
DE27513500250205102263
SKGID5FXXX
Sparkasse Gießen

Verwendungszweck: Free21Abo #Abo-Nr.

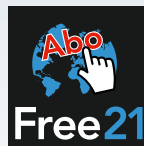
Sie sind unser Vertrieb!

Zur Info: Die im Verwendungszweck anzugebende Abonummer ist eine Zahl höher, als Ihre ursprüngliche Bestellnummer, wie sie in unserer Bestellbestätigungsemail steht.

Das Free21-Aktiv-Abo

- ✓ **10er Pack** Free21-Magazine
- ✓ Das Magazin **erscheint 6 Mal** im Jahr
- ✓ **Bequeme Lieferung** nach Hause

Erhalten Sie das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Aktiv-Abonnement. Die Bezugsgebühren innerhalb Deutschlands (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen pro Ausgabe 10,- EUR, innerhalb der EU-Länder 15,- EUR. Sie erhalten 10 Exemplare pro Ausgabe zum Selberlesen und Weiterverteilen.



free21abo.de



Zum Abo: Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare gelten im Voraus und werden zum Erscheinungstermin fällig. Beim Abschluss des Abonnements mittels SEPA-Lastschriftverfahren wird der Betrag Anfang jedes geraden Monats (ca. 25 Tage vor Erscheinungstermin) eingezogen. Der neue Turnus beginnt nach dem Versand der neuesten Ausgabe. Beim Abschluss mittels PayPal wird der Betrag direkt bezahlt. Die Abbuchungen für die weiteren Ausgaben erfolgen dann alle 2 Monate. Beim Abschluss mittels Vorab-Banküberweisung/Dauerauftrag erhalten Sie nach der Bestellung eine E-Mail mit den Kontodaten, auf das Sie den Betrag überweisen müssen. Bitte nutzen Sie die Bestellnummer als Verwendungszweck. Das Abonnement gilt bis auf Wi-

derruf und beginnt mit der nächsten Ausgabe, ab dem Zeitpunkt der Bestellung online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post).

Kündigung: Das Aktiv-Abonnement ist jederzeit zum Monatsende kündbar. Die Kündigung kann per E-Mail an info@free21abo.de, online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) erfolgen.

Einzugsermächtigung/Zahlung per SEPA-Lastschrift: Free21Abo, Tobias Augenbraun, Gießener Straße 66, 35415 Pohlheim (Gläubiger-ID: DE19ZZ00002868596) wird ermächtigt, Zahlungen vom Konto des Abonnenten mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das Kreditinstitut des Abonnenten angewiesen, die Lastschriften einzulösen. Es gelten die Bedingungen des jeweiligen Kreditinstituts. Inner-

halb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, kann die Erstattung des belasteten Betrages seitens des Abonnenten gefordert werden.

Widerrufsbelehrung: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab dem Tag, an dem Sie das Abonnement online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) rechtsverbindlich abschließen. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie online auf www.free-21abo.de oder schriftlich (per Post) Ihren Widerruf eindeutig erklären. Die Widerrufsfrist ist gewahrt, wenn die Widerrufserklärung vor Ablauf der Widerrufsfrist abgesendet wird. (Es gilt das Datum des Poststempels.)

Abonnement-Bestellschein

Jeder Abonnent erhält alle 2 Monate je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare. Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen (solange der Vorrat reicht).

Free Dođru!



Nein zu EU-Sanktionen

Der Fall des deutschen Journalisten Hüseyin Dođru, zeigt die Unmenschlichkeit von EU-Sanktionen.

Er war als Journalist tätig und hat keine Straftat begangen. Trotzdem wurde er von der EU sanktioniert, wegen angeblicher Nähe zu Russland. Der eigentliche Grund: Er begleitete Pro-Palästinensische Proteste journalistisch.

Das gesperrte Bankkonto seiner Frau wurde wieder freigegeben. Dafür sperrte man nun das Konto der Mutter. Wurde die Sippenhaft wieder eingeführt? Hilfe zu leisten wird zur Straftat. Es droht die Obdachlosigkeit. Den Kindern droht Hunger.

Wir sagen: **Schluss mit den EU-Sanktionen!**

Solidarisieren Sie sich mit Hüseyin Dođru und seiner Familie. Wir brauchen wieder zivilen Ungehorsam.

Zeigen Sie dem EU-Regime, was Sie von ihm halten und schreiben Sie Ihre Abgeordneten an.

Petitionen und weiteres

EU-Sanktionen gegen den deutschen Journalisten Hüseyin Dođru aufheben!

<https://free-dogru.com/>

End EU Sanctions on Journalist Hüseyin Dođru! Protect Press Freedom & Confront Genocide in Gaza!

<https://action.wemove.eu/sign/2026-2-end-eu-sanctions-on-journalist-huseyin-dogru-protect-press-freed-EN>

Petition gegen die EU-Sanktionierung von Privatpersonen innerhalb und außerhalb der EU

<https://www.openpetition.eu/petition/online/petition-gegen-die-eu-sanktionierung-von-privatpersonen-in-nerhalb-und-ausserhalb-der-eu-2>

Rechtsgutachten zu Sanktionen gegen natürliche Personen

https://bsw-ep.eu/wp-content/uploads/Rechtsgutachten_Sanktionen_gegen_natuerliche_Personen_BSW_von_der_Schulenburg_Firmenich.pdf

Sanktionen töten zwischen 1971 und 2021 ca. 38.000.000. Menschen:

[https://www.thelancet.com/journals/langlo/article/PIIS2214-109X\(25\)00189-5/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/langlo/article/PIIS2214-109X(25)00189-5/fulltext)



Amerikas geheimes Establishment

Dieses Buch beendete die erfolgreiche akademische Karriere des Wirtschaftshistorikers Antony Sutton (1925–2002). Nicht weil es voller Fehler war. Im Gegenteil. Sutton war gewarnt worden, dass er eine Veröffentlichung „nicht überleben würde.“

Anonym wurden ihm die Mitgliederlisten des einflussreichen Geheimbundes „Skull and Bones“ an der Yale Universität zugespielt. Damit sprang ihm das Bild einer Organisation ins Auge, die über mehrere Generationen hinweg die wichtigsten Entscheidungen der USA gesteuert oder zumindest mitgesteuert hat und dabei das Prinzip „Teile und Herrsche“ perfektionierte.

Free21 veröffentlicht seine umfassende Recherche inkl. Kopien historischer Dokumente des Ordens in einer neu überarbeiteten Übersetzung von Axel B.C. Krauss.



ePUB zum Download: 14,99 €